



158. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2016





Vorwort	3
Regierungsrat	5
Kantonskanzlei	14
Departement Finanzen	19
Departement Bildung und Kultur	27
Departement Gesundheit und Soziales	36
Departement Bau und Volkswirtschaft	45
Departement Inneres und Sicherheit	56
Statistischer Anhang	65



Vorwort

**Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte**

Mit diesem Bericht legt der Regierungsrat Rechenschaft ab über das Jahr 2016. Der Bericht knüpft formal an die Berichte der Vorjahre an. Die Berichte der Departemente und der Kantonskanzlei werden mit je einer Zusammenfassung eröffnet. Hier wird auch Rechenschaft abgelegt, welche Ziele und Projekte nicht oder nur teilweise erreicht wurden. Im Rahmen des Regierungscontrollings ist ein übergreifendes Konzept in Erarbeitung, welches auch die Weiterentwicklung des Rechenschaftsberichts umfasst. Der Rechenschaftsbericht 2018 wird in neuer Form gestaltet.

Mit Inkraftsetzung des revidierten Organisationsgesetzes per 1. Januar 2016 hat die kantonale Verwaltung ein neues Profil erhalten. Die Mitarbeitenden konnten ab Jahresbeginn ihre Aufgaben in neuen Strukturen an die Hand nehmen. Diverse Umzüge brachten eine Verbesserung der räumlichen Situation. Die Reorganisation hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Nach diesem Reformprojekt ist es wichtig, die Phase der Konsolidierung mit Umsicht anzugehen, Ziele weiterhin in sportlichem Tempo anzupeilen und gleichzeitig genügend Zeit für kritisches Überdenken einzuräumen, um allenfalls notwendige Kurskorrekturen einleiten zu können. Allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sei an dieser Stelle ein grosser Dank ausgesprochen. Dieser Meilenstein war nur zu erreichen, weil sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam auf neue Wege begeben haben – mit persönlicher Motivation, mit einer Bündelung der Kräfte und mit langem Atem.

Der Regierungsrat zieht mit Blick auf die Reorganisation der kantonalen Verwaltung ein durchwegs positives Fazit. Per 20. Dezember konnte die Projektorganisation für die Reorganisation formell aufgelöst werden. Der Projektleitung und der Projektgruppe gebührt ein besonderer Dank für einen ausserordentlichen Einsatz über einen langen Zeitraum hinweg. Im Berichtsjahr ist zudem im Rahmen des Regierungscontrollings auch der zweite Teil des Reorganisationsprojektes mit der Konzeption und Umsetzung neuer Steuerungsinstrumente angelaufen. Zu nennen sind dabei insbesondere der neue Aufgaben- und Finanzplan oder der Steuerungsbericht. Dieser Teil der Reorganisation wird mit eigener Organisation bis 2019 weitergeführt.

Mit der Reorganisation kombiniert war die Aufgabenüberprüfung, die als 3. Säule des Entlastungsprogramms 2015/2016 Einsparungen im Kantonshaushalt zeitigen sollte. Das Monitoring hat gezeigt, dass Einsparungen auch getätigt werden. Die Staatsrechnung 2016 schloss dennoch deutlich schlechter ab als budgetiert. In der Analyse zeigte sich, dass verschiedene Faktoren zu diesem unerfreulichen Ergebnis führten. Zu nennen sind insbesondere tiefere Einnahmen aus verschiedenen Quellen und höhere Ausgaben in den Bereichen «Spitalfinanzierung» und «Individuelle Prämienverbilligung».

Im Rahmen der Public Corporate Governance (PCG) wurden weitere Schritte in Richtung Zielerreichung gemacht. Wichtige Fragen im Bereich der ausgelagerten Erfüllung von öffentlichen Aufgaben sowie der Schaffung, Steuerung und Aufsicht von Beteiligungen des Kantons konnten geklärt werden. So wurden die Delegationen des Regierungsrates in Drittinstitutionen bereinigt. Darüber hinaus wurden die Grundlagen gelegt und der Handlungsbedarf ausgelotet zur Anpassung der Steuerung im Bereich E-Government und Informatik, die Steuerung und Aufsicht der AR Informatik AG betreffend.

Grosse Defizite im Jahr 2015 im Spitalverbund sowie die eingeleiteten Massnahmen des Verwaltungsrates haben zu einer breiten öffentlichen Diskussion und zu Verunsicherung bei den Mitarbeitenden insbesondere am Standort Heiden geführt. Auch im Kantonsrat prägte das Thema einige Debatten und führte zu parlamentarischen Vorstössen. Der Regierungsrat engagierte sich während des ganzen Jahres auf verschiedenen Ebenen stark, um die schwierige Situation zu meistern und zukunftsfähige Lösungen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags zu erarbeiten. Mit Eignerggesprächen zwischen Regierungs- und Verwaltungsrat sowie mit der Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe sorgte der Regierungsrat für eine enge Abstimmung bei der Klärung wichtiger Fragen. Im November hat der Kantonsrat im Rahmen des Voranschlags 2017 eine zusätzliche Erhöhung der Beiträge an den SVAR bewilligt, die so vom Regierungsrat beantragt worden war. Ebenfalls im November hat der Regierungsrat die Eignerstrategie für den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden SVAR verabschiedet.



und publiziert. Zentrale Punkte darin sind die Sicherstellung einer gesunden finanziellen Basis des Unternehmens sowie die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung an allen drei Standorten des Spitalverbundes.

Zur Umsetzung des Regierungsprogramms 2016 – 2019 wurde die strategische Schwerpunktplanung in den Departementen gestartet. Der Regierungsrat hat sich in den letzten Regierungsprogrammen jeweils das Ziel gesetzt, dass die Bevölkerung langfristig wächst und wieder über 55'000 Einwohnerinnen und Einwohner ansteigt. Es zeichnet sich ab, dass dieses Ziel 2017, ein Jahr nach Abschluss des letzten Regierungsprogramms, erreicht wird. Mit den Projekten «Bauen & Wohnen» sowie «Arealentwicklung» wurden wichtige Impulse gesetzt. Mit einer Teilrevision des Baugesetzes sorgten Regierungs- und Kantonsrat dafür, dass diese beiden erfolgreichen Aktivitäten nun zu Daueraufgaben des Kantons geworden sind.

Im September fand die Grundsatzfrage zur Totalrevision der Kantonsverfassung im Kantonsrat eine deutliche Mehrheit. Damit ist ein erster Schritt erfolgt für gezielte Reformen in zwei Bereichen. Zum einen geht es um die Gemeindestrukturen. Hier handelt es sich auch um grundsätzliche Fragen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie des innerkantonalen Finanzausgleichs. Zum anderen geht es um den Bereich der politischen Rechte. Der Regierungsrat hatte sich dafür ausgesprochen, dass kein Verfassungsrat eingesetzt wird, sondern dass die Revisionsarbeiten im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsprozesses erfolgen sollen.

Die erste Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes des Bundes enthält eine Umsetzungsfrist bis Mai 2019. Der Regierungsrat hat im November den Entwurf einer Teilrevision des Baugesetzes zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet. Angesichts der engen Zeitvorgabe aufgrund der Umsetzungsfrist werden bei der Teilrevision vorrangig die Themen Siedlungsgebiet und Bauzonen, Mehrwertausgleich und Innenentwicklung behandelt. Diese Themen werden ergänzt um die raumwirksame Umsetzung des Energiegesetzes und den dringenden Handlungsbedarf aus der Praxis in der Umsetzung des Baugesetzes.

Der Regierungsrat war 2016 mit einem Generationenwechsel im Kader der kantonalen Verwaltung konfrontiert. Nicht weniger als acht der 30 Kaderpositionen auf der zweiten Führungsebene mussten 2016 neu besetzt werden. Hinzu kamen die Wahl eines neuen Direktors der Assekuranz AR und die Besetzung der neuen Verwaltungskommission für die Ausgleichskasse AR.

Das Einvernehmen und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden waren auch im Berichtsjahr wieder gewohnt gut und geprägt von einer konstruktiven Grundhaltung. Regierungsrat und Gemeinden begegnen sich als zuverlässige Partner mit je eigenen Interessen bei gleichzeitig hohem Verantwortungsbewusstsein für den ganzen Kanton. Hierfür gebührt den Gemeinden herzlicher Dank.

Ebenfalls zu danken hat der Regierungsrat dem Kantonsrat für sein Engagement für das nachhaltige Wohl der Bevölkerung wie für die Zukunft von Appenzell Ausserrhodener. Erneut haben Sie sich, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, mit persönlichem Einsatz und Fachwissen eingebracht sowie eine konstruktive und sachorientierte Diskussion geführt und damit eine solide Grundlage für das Gelingen kommender Gesetzgebungsvorhaben gelegt.

Im Namen des Regierungsrates

Matthias Weishaupt, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

1. Allgemeines

Mit 606 Beschlüssen in 39 Sitzungen bewegte sich die Geschäftslast im Rahmen der Vorjahre (2015: 619 Beschlüsse in 40 Sitzungen). Der Trend, der sich bereits 2015 nach der Verkleinerung des Gremiums angedeutet hatte, hat sich fortgesetzt. Die Behandlung der formellen Geschäfte nimmt weniger Zeit in Anspruch, ohne dass die Diskussion und die Auseinandersetzung mit einem Antrag darunter leiden würden. Dies schafft einerseits zusätzlichen Raum zur vertieften Behandlung wichtiger Geschäfte. Andererseits steht mehr Zeit zur Verfügung für vermehrte Diskussionen im Rahmen von Konsultationen oder Strategiesitzungen zur Vorbereitung von Entscheiden.

Mit der Neugestaltung der Sach- und Terminplanung hat der Regierungsrat eine explizite Priorisierung der Geschäfte vorgenommen. Die wichtigsten Geschäfte sind definiert. Ihnen wird besondere Beachtung geschenkt und entsprechend mehr Raum zur vertieften und wiederholten Beratung gegeben. Das Gremium soll bei wichtigen Geschäften noch stärker als Ganzes mit einbezogen sein.

Der Regierungsrat vertiefte in 15 Strategiesitzungen und in drei eineinhalbtägigen Klausuren diverse grössere Themenkomplexe zum Teil mehrmals. Schwerpunkte bildeten die Umsetzung der Reorganisation, insbesondere das neue Regierungscontrolling, der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden und seine Steuerung, das neue Personalrecht und seine Umsetzung sowie diverse strategische Fragen im Bildungsbereich und in der Finanz- und Steuerpolitik.

Der Regierungsrat hat in Umsetzung des Regierungsprogramms beschlossen, den Kontakt mit den kantonalen Institutionen zu vertiefen. Neben den etablierten Aussprachen mit dem Büro des Kantonsrates und mit der Staatswirtschaftlichen Kommission traf sich der Regierungsrat im September daher erstmals mit den Präsidien der kantonalen Gerichte. Diskutiert wurden insbesondere anstehende Gesetzgebungsvorhaben, welche die Gerichte betreffen. Daneben fand ein Austausch über die Reorganisation der kantonalen Verwaltung und die Auswirkungen auf die Gerichte statt. Vereinbart wurde zudem eine jährliche Aussprache mit der Finanzkontrolle, die 2017 erstmals stattfinden wird.

Der Austausch mit den Wirtschaftsverbänden fand 2016 in Rehetobel statt. Neben der Präsentation des Monitoringberichts 2016 und einem Austausch über das Regierungsprogramm diskutierten Regierungsrat und Wirtschaftsvertreter die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf Appenzell Ausserrhoden und die Ostschweizer Wirtschaft.

Das Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Medien fand 2016 in der Alten Stuhlfabrik in Herisau statt. Der Zürcher alt Regierungsrat Dr. Markus Notter leitete den Abend mit einem Referat zum Verhältnis von Medien und Politik ein.

2. Reorganisation der kantonalen Verwaltung (ReKVAR)

Die ReKVAR trat 2016 in eine neue Phase. Mit dem Inkrafttreten des revidierten Organisationsgesetzes und der revidierten Organisationsverordnung nahm die Verwaltung in den neuen Strukturen ihre Arbeit auf. Der Grossteil der anstehenden Projektarbeiten wurde in die Linienverantwortung übergeben. Die Projektleitung wechselte in einen Monitoring-Modus und begleitete die noch zu tätigen Arbeiten. Schwerpunkte der Tätigkeiten bildeten die Umsetzung des Raumkonzepts mit einer langen Reihe von Umzügen, die Bereinigung der Gesetzessammlung und das Monitoring zur Aufgabenüberprüfung. Der Regierungsrat nahm im Berichtsjahr zwei Statusberichte der Projektleitung zur Kenntnis und schloss Ende Dezember mit der Abnahme des Meilensteins 6 das Projekt formell ab. Er konnte feststellen, dass sämtliche Projektziele erreicht wurden. Die hohe politische Akzeptanz des Projekts im Kantonsrat war für die erfolgreiche Umsetzung wichtig. Die Projektorganisation hat sich bewährt. Die Mehrfachrollen, die die Mitglieder des Regierungsrates im Rahmen des Projekts auszufüllen hatten, waren zeitweise sehr anspruchsvoll und führten zu Konflikten. Allerdings wäre eine alternative Organisation nur schwer umsetzbar gewesen. Die Integration der Aufgabenüberprüfung in die Organisation der ReKVAR stellte eine zusätzliche heikle Herausforderung dar, da damit zwangsläufig Zielkonflikte verbunden waren. Das Vorgehenskonzept konnte aber bis zum Schluss eingehalten werden. Die gute, professionelle Projektplanung war einer



der zentralen Erfolgsfaktoren; auch wenn der Zeitdruck bisweilen sehr hoch war. Auf die Herausforderungen in der Führungskommunikation ging der Regierungsrat bereits im letzten Rechenschaftsbericht ein.

Der Regierungsrat beschäftigte sich intensiv mit dem Projekt Regierungscontrolling und stimmte dieses mit der übergreifenden ReKVAR ab. Er verabschiedete im Februar das Grob- und bereits im April das Umsetzungs-konzept. An mehreren Sitzungen stellte er wichtige Weichen zur Ausgestaltung des Aufgaben- und Finanz-plans sowie zum Steuerungsbericht. Letzterer soll die unterjährige Information des Regierungsrates über die laufenden Ausgaben und Einnahmen sicherstellen und allfällige frühzeitige Korrekturen ermöglichen. Eine breit abgestützte Projektleitung unter der Führung von De-partement Finanzen und Kantonskanzlei koordiniert die Umsetzung. Alle Departemente und auch alle Ämter sind in den Prozess miteinbezogen.

Der Regierungsrat widmete sich im Weiteren Entwick-lungsthemen, die im Rahmen der ReKVAR aufgebracht wurden. So beschäftigte er sich eingehend mit der Rolle und den Aufgaben der Departementssekretärinnen und -sekretäre, ihrer Stellvertretungen und der Konferenz der Departementssekretärinnen und Departementssekretäre (DSK). Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit der DSK im November formulierte der Regierungsrat seine Erwartungen und diskutierte diese mit der DSK. Eine Delegation des Regierungsrates entwickelte zudem ein Konzept zur Umsetzung und Verankerung von Entwick-lungsthemen in der kantonalen Verwaltung samt Neu-gestaltung des Kaderseminars. Das Konzept wurde 2016 getestet, bevor es dann ab 2017 definitiv umgesetzt wird.

3. Beziehung zu den Gemeinden

Die traditionellen Landsitzungen in den Gemeinden führten den Regierungsrat im Berichtsjahr nach Gais, Trogen, Grub, Heiden und Walzenhausen. Im Zentrum der Diskussionen mit den Gemeinderäten standen das Entlas-tungsprogramm sowie Fragen der Raumplanung und des Baurechts.

4. Aussenbeziehungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen beschäftigte sich 2016 schwergewichtig mit der Umsetzung der Massenein-wanderungsinitiative, mit der Unternehmenssteuerreform III und mit dem Stabilisierungsprogramm 2017 - 2019 des Bundes.

Die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) traf sich zu ihrer 53. Plenarkonferenz auf der Schwägalp. Im Zentrum der Diskussion standen eine gemeinsame Erklärung zum Projekt Medical Master in St.Gallen sowie ein Positions-bezug zur Vertretung der Ostschweiz im Bundesrat. Die ORK verfolgte letzteres weiter und lud die Spitzen der Bundesratsparteien anlässlich der Eröffnung der OLMA nach St.Gallen zu einer Aussprache ein. Bei dieser Gele-genheit bekräftigten die Vertreterinnen und Vertreter der Ostschweizer Kantonsregierungen den Anspruch auf eine Vertretung der Region im Bundesrat.

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) beschäftigte sich im Berichtsjahr schwergewichtig mit ihrer neuen Stra-tegie. Unter dem Vorsitz des Kantons Zürich wurde der Prozess aufgegleist. Erste Resultate werden 2017 erwartet. Es zeichnet sich bereits ab, dass die Positionierung der IBK im Bereich Wirtschaft zu den Kernthemen der neuen Stra-tegie werden wird. Im Verbund mit den Ostschweizer Kan-tonen konnte die IBK im Dossier Stabilisierungsprogramm 2017 - 2019 einen Erfolg verbuchen. Der Bundesrat nahm sein Ansinnen, die Zollstelle Romanshorn zu schliessen, zurück. Damit konnte die Existenz der Fährverbindung Romanshorn - Friedrichshafen gesichert werden.

Die halbjährlichen Treffen der Regierungen von St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wurden durch vier Themen geprägt: Medical Master in St.Gallen, Autobahnanschluss in der Stadt St.Gallen, Geo-informationsgesetz des Kantons St.Gallen und die Abstim-mung der Interessen der drei Kantone gegenüber SAK und Axpo.

Regierungsrat und Standeskommission liessen sich anläss-lich ihrer jährlichen gemeinsamen Sitzung in Heiden im Januar über die Projekte der Appenzeller Bahnen infor-mieren.



Schwerpunkte der Diskussionen mit den beiden eidgenössischen Parlamentariern bildeten die Unternehmenssteuerreform III, der Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr sowie die neuen Agglomerationsprogramme der dritten Generation.

Im Januar empfing der Regierungsrat den Regierungsrat des Kantons Solothurn anlässlich des Alten Silvesters. Im September folgte er der Einladung des Aargauer Regierungsrates.

5. Verwaltung

Im März informierte der Regierungsrat die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung über den Stand der ReKVAR und über die Belegungs- und Umzugsplanung 2016. Zudem präsentierte er eine detaillierte Auswertung der Staatsrechnung 2015 und informierte über die anstehende Revision der Personalgesetzgebung. Auch die zweite Personalinformation im November stand im Zeichen der ReKVAR und der Revision des Personalrechts.

Das Kaderseminar vom September auf der Schwägalp wurde erstmals nach der bereits angesprochenen, neuen Konzeption durchgeführt. Es ist neu in fünf Teile gegliedert: Aufgegriffen werden jeweils aktuelle politische Themen, gesellschaftliche Trends mit Auswirkungen auf die kantonale Verwaltung, kantonale Entwicklungsthemen und Informationen bzw. Botschaften des Regierungsrates an das Kader. Abgeschlossen wird das Seminar mit verschiedenen Rahmenaktivitäten in Gruppen. Das Kaderseminar 2016 griff die Asylthematik auf (u.a. mit einem Impulsreferat von Staatssekretär Mario Gattiker), beschäftigte sich mit Trends und Auswirkungen der Digitalisierung und erarbeitete einen weiteren Schritt im Projekt Regierungscontrolling mit einer Sequenz zu ausgewählten Fragen des neuen Aufgaben- und Finanzplans. Schliesslich präsentierten die Departemente ihre Projekte zur Umsetzung des neuen Regierungsprogramms. Am Kaderseminar nehmen jeweils sämtliche Leiterinnen und Leiter der Organisationseinheiten sowie der selbständigen und unselbständigen Anstalten und Betriebe teil.

Die Treffen des Regierungsrates mit der DSK standen im Zeichen der ReKVAR und der Organisationsentwicklung. Auch die neue Sach- und Terminplanung des Regierungsrates wurde in enger Zusammenarbeit mit der DSK entwickelt.

6. Umsetzung Regierungsprogramm 2016 - 2019

Seit dem 1. Januar 2016 ist das Regierungsprogramm 2016 - 2019 in Kraft. Damit sind die Departemente beauftragt, ihre Tätigkeiten aufs Programm auszurichten, die darin formulierten Strategien weiterzuentwickeln und fortlaufend Vorhaben zur Erreichung der Ziele umzusetzen.

Im ersten Jahr wurden bereits erste Massnahmen eingeleitet oder realisiert. Die Berichterstattung darüber erfolgt erstmals im Rahmen des Rechenschaftsberichts. Auf den nächsten Seiten findet sich eine Übersicht mit Verweis auf die ausführliche Berichterstattung im Departement.



Ziel 1

Die kantonalen Rahmenbedingungen bieten optimale Voraussetzungen für die Gemeinden, ihre Aufgaben eigenständig, effizient und den Erwartungen der Bevölkerung entsprechend erfüllen zu können.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Förderung von strukturoptimierenden Projekten	Totalrevision Kantonsverfassung Der Regierungsrat lanciert mit dem Anstoss einer Totalrevision der Kantonsverfassung eine grundsätzliche und umfassende Strukturdiskussion.	KK	14
	Optimierung der forstlichen Strukturen Für die Optimierung der forstlichen Strukturen im Hinterland wird der Zusammenschluss der Forstbetriebe Urnäsch, Herisau und Schwellbrunn zu einem Forstbetrieb Hinterland mit Urnäsch als Kopfbetrieb vorgeschlagen.	DBV	50
Intensivierung der Zusammenarbeit	Planungsgrundlagen für Wasserbau Den Gemeinden wurden erstmals umfassende Plangrundlagen zur Beurteilung der Programmperiode 2016 - 2019 bereitgestellt.	DBV	48
	Richtlinien für kommunales Archivgut Für die Gemeindearchive erarbeitete das Staatsarchiv «Richtlinien für kommunales Archivgut», die 2017 der Gemeindeschreiberkonferenz zur Verabschiedung vorgelegt werden.	KK	18
	Zusammenarbeit Ostschweizer Staatsschreiber Auf Initiative von Appenzell Ausserrhoden intensivierte die Ostschweizer Staatsschreiberkonferenz (OSK) ihre Zusammenarbeit.	KK	18

Ziel 2

Kanton und Gemeinden nutzen die Kleinheit und technologischen Möglichkeiten und erfüllen ihre Aufgaben bedarfsorientiert, kostengünstig und in guter Qualität.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Förderung von strukturoptimierenden Projekten	Projekt Sclaris Harmonisierung und Optimierung der Kernprozesse der Schuladministration und der automatisierte, standardisierte und medienbruchfreie Datenaustausch.	DBK	28



Intensivierung der Zusammenarbeit	Fachapplikation Kompass 3 Vereinfachung der Zusammenarbeit, des Datenaustausches sowie die koordinierte Stammdaten- und Adresspflege aller Personen und Institutionen der Berufsbildung.	DBK	30
	Übernahme von Beratungen Appenzell Ausserrhoden übernimmt Studienberatungen und allgemeine Berufs- und Laufbahnberatungen für Ratsuchende aus Appenzell Innerrhoden.	DBK	31
	St.GallenBodenseeArea Ausbau der Zusammenarbeit in der internationalen Standortpromotion mit den Kantonen St.Gallen, Thurgau und Appenzell Innerrhoden als «St.GallenBodenseeArea».	DBV	51
	Vertiefung Kontakt mit kantonalen Institutionen Der Regierungsrat traf sich erstmals mit den Präsidien der kantonalen Gerichte. Vereinbart wurde zudem eine jährliche Aussprache mit der Finanzkontrolle.	RR	5
	Informationsplattform Kanton und Gemeinden bestimmten gemeinsam, wie Migrantinnen und Migranten künftig über die Lebensweise in der Schweiz, über ihre Rechte und Pflichten sowie die Angebote zur Integrationsförderung informiert werden sollen.	DGS	44
Ausbau von E-Government	Umstellung auf CR-Business Die Handelsregisterlösung HR-Net wurde auf die neue Lösung «CR-Business» umgestellt, welche die Voraussetzung für künftige zusätzliche Funktionen bietet.	DBV	53
	Online-Gewerbebewilligungen Sämtliche Informationen und Antragsformulare im Bereich der Gewerbebewilligungen sind elektronisch abrufbar.	DBV	52
	eStrassenverkehrsamt Beim Strassenverkehrsamt ist es seit 2016 möglich, Adress- oder Namensänderung online zu erfassen. Zudem können alle Rechnungen papierlos als E-Rechnung empfangen werden.	DIS	60
	Release 16 für AXIOMA Aufgrund der Aktualisierung von AXIOMA wurden die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit und der Aufbau von E-Government Lösungen vorangetrieben.	KK	15



Strategie	Beschreibung	OE	Seite
	Überarbeitung des Internetauftritts Die kantonale Website ist benutzerfreundlicher, erscheint optisch leichter, besser gegliedert, moderner und ist auf mobilen Geräten gut lesbar (responsive design).	KK	17
	Aufbau des elektronischen Archivs Mit der Inbetriebnahme einer elektronischen Schnittstelle können Daten aus AXIOMA ins elektronische Archiv übernommen werden.	KK	18
	Steuersoftware ISAR in Kombination mit Projekt «eSteuern» «eSteuern» ermöglicht den Steuerpflichtigen, die Steuererklärung systemunterstützt auszufüllen und elektronisch einzureichen sowie einige Standardprozesse (z.B. Fristerstreckungen) elektronisch abzuwickeln.	DF	22

Ziel 3

Appenzell Ausserrhoden bietet attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Bedarfsorientierte Berufsbildung, nicht-gymnasiale und gymnasiale Mittelschulbildung sowie Zugang zu tertiärer Bildung	Totalrevision des Stipendiengesetzes Es werden attraktive Rahmenbedingungen für Familien geschaffen. Als Kanton ohne Hochschule wird damit der Zugang zur tertiären Bildung gefördert.	DBK	31
	Förderung des integrativen Schulmodells Die Ausserrhoder Sekundarschulen wurden beim Wechsel vom kooperativen zum integrativen Modell begleitet.	DBK	28
Förderung der familienexternen Betreuung von Kindern und Jugendlichen unter Einbezug der frühkindlichen Förderung	Projekt «FrüheChanceAR» Im Zentrum von «FrüheChanceAR» stehen Massnahmen, welche die Kinder und ihre Familien stärken, die Chancengerechtigkeit verbessert und Kinder darin unterstützt, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.	DGS	43



Ziel 4

Appenzell Ausserrhoden stellt für die ältere und älter werdende Bevölkerung sowie deren betreuenden Angehörigen bedarfsgerechte und qualitativ gute Angebote zur aktiven Lebensgestaltung wie auch zur Unterstützung im Alltag zur Verfügung.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Breit gefächertes Angebot an Betreuungs-, Pflege- und Unterstützungsangeboten	Obergrenze an Pflegeheimplätzen Der Regierungsrat hat im Frühjahr erstmals eine Obergrenze an Pflegeheimplätzen festgelegt.	DGS	41

Ziel 5

In Appenzell Ausserrhoden sind ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhanden, insbesondere im Gesundheitswesen und in Pflegeeinrichtungen.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Nachhaltige Ausbildung von Gesundfachpersonen im Kanton	HFSV Die Interkantonale Vereinbarung bezüglich der HFSV-Tarife kam über beide Semester zum Tragen. Damit wird dem Anliegen Rechnung getragen, Gesundheitsfachpersonen im Kanton auszubilden.	DBK	31

Ziel 6

Appenzell Ausserrhoden ist ein attraktiver und verlässlicher Partner für die bestehenden sowie ansiedlungsinteressierten Unternehmen und Betriebe. Günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein innovationsfreundliches Klima machen Appenzell Ausserrhoden zu einem vielseitigen und dynamischen Wirtschaftsstandort.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Substanzerhalt und gezielter Ausbau von Schlüsselinfrastrukturen	Modernisierung der Appenzeller Bahnen (AB) Die Modernisierung der AB, die massgeblich durch den Bau der DML und den Einsatz von neuen modernen Zügen geprägt wird, schreitet voran.	DBV	46
	Aggloprogramm St.Gallen-Bodensee 2019-2022 Der Regierungsrat hat das Dossier im Dezember zuhänden des Bundes verabschiedet.	DBV	47
KMU-freundliche Rahmenbedingungen	Zusammenarbeit mit Verein STARTFELD Die Zusammenarbeit mit dem Verein STARTFELD, der für die Förderung von Innovationen und Jungunternehmertum in der Ostschweiz zuständig ist, wurde für die Jahre 2016 - 2019 verlängert.	DBV	52



Ziel 7

Appenzell Ausserrhoden ist bei der Besteuerung von juristischen Personen schweizweit in der Spitzengruppe positioniert.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Steuerlich attraktiver und verlässlicher Unternehmensstandort für juristische Personen	Unternehmenssteuerreform III Aktive Begleitung der Unternehmenssteuerreform III und rechtzeitige Anpassung der kantonalen Unternehmensbesteuerung.	DF	22

Ziel 8

Appenzell Ausserrhoden spielt seinen «Trumpf» als kleinräumiger und komplementärer Lebens- und Naturraum aus und ist damit Lebensmittelpunkt für die ansässige und Anziehungspunkt für die nichtansässige Bevölkerung.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Nutzung der Kleinräumigkeit zur Erhaltung und Schaffung von Kultur- und Freizeitwerten für die ansässige Bevölkerung und Touristen	Totalrevision Tourismusgesetz Der Regierungsrat hat das totalrevidierte Tourismusgesetz auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt, um Freizeitwerte im Kanton für Einheimische und Touristen zu erhalten und neue zu schaffen.	DBV	52
Erhaltung und Schaffung von Kultur- und Freizeitwerten	Tourismusförderung Der Appenzellerland Tourismus AG wurde ein Förderbeitrag von Fr. 940'000 gewährt. Ebenfalls unterstützt wurde die Erlebnisinszenierung auf bestehenden Wanderwegen.	DBV	52
Förderung der Biodiversität und Landschaftsqualität durch gezielte finanzielle Anreize, Information und Beratung	Förderung von Vernetzungsflächen Die Vernetzungsflächen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 22 Hektaren auf 450 Hektaren, die Zahl der Betriebe im Landschaftsqualitätsprogramm um neun auf 439 Betriebe.	DBV	54



Ziel 9

Appenzell Ausserrhoden ermöglicht eine massvolle räumliche und bauliche Entwicklung, die dem Schutz der Natur- und Kulturlandschaften sowie dem Wesen und Charakter der Dorfkerne Rechnung trägt.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Förderung von Altbausanierungen in den Dorfzentren und Belebung der Dorfzentren	Restaurierungs- und Renovationsprojekte Mit 78 bearbeiteten Beitragsgesuchen in der Denkmalpflege wurde der Durchschnittswert der vergangenen Jahre übertroffen. Die Summe der bewilligten Kantonsbeiträge an Restaurierungs- und Renovationsprojekte beläuft sich auf Fr. 797'382.	DBK	35
	Teilrevision Baugesetz Mit der Teilrevision des Baugesetzes wurden die Grundlagen für die finanzielle Unterstützung von Arealentwicklungen und Haus-Analysen geschaffen.	DBV	46
Anpassung der Grundlagen für eine zeitgemässe räumliche und bauliche Entwicklung	Nachführung Richtplan Der Regierungsrat hat Anfang Dezember die Nachführung des Richtplans bis Ende Februar 2017 in die Vernehmlassung geschickt.	DBV	49



Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Roger Nobs

1. Allgemeines

Die Umsetzung der Reform der Staatsleitung prägte in der Kantonskanzlei auch das Berichtsjahr. Das Projekt zur Reorganisation der kantonalen Verwaltung (ReKVAR) unter der Gesamtprojektleitung des Ratschreibers lief bis Ende Jahr weiter. Gleichzeitig trat das Projekt Regierungscontrolling in die Umsetzungsphase. Zudem erforderte die Anpassung der gesamten Gesetzessammlung an die Neuerungen der ReKVAR umfangreiche Arbeiten. Auch die Erarbeitung eines neuen Kantonsratsgesetzes lief während des ganzen Jahres intensiv.

Die Expertenkommission zur Erarbeitung des Kantonsratsgesetzes tagte im Berichtsjahr zwölf Mal. Zwei dieser Sitzungen fanden gemeinsam mit der parlamentarischen Kommission statt, um deren Mitglieder über den aktuellen Stand der Arbeiten zu informieren. Mitte Dezember konnte die Expertenkommission einen ersten Vorentwurf von Gesetz und dazugehöriger Geschäftsordnung des Kantonsrates zuhanden einer Vorkonsultation des Regierungsrates verabschieden.

Das Projekt Regierungscontrolling erreichte mit der Verabschiedung des Grobkonzepts einen ersten Meilenstein. Das Konzept bildet die Basis für ein gemeinsames Verständnis von Controlling in der kantonalen Verwaltung. Im Mai legte der Regierungsrat das Vorgehenskonzept für die weiteren Arbeiten bis ins Jahr 2019 fest. Für die schrittweise Umsetzung des Konzepts wurde in der Folge ein Kernteam unter Co-Leitung des Leiters Kanzleidienste und des Leiters Amt für Finanzen zusammengestellt. In der zweiten Jahreshälfte lag das Hauptaugenmerk auf der Einführung des Aufgaben- und Finanzplans. Nach intensiver Vorbereitungsphase und dank wertvoller Mitarbeit der Departemente konnte der Auftrag für die Erarbeitung des ersten Aufgaben- und Finanzplans von Appenzell Ausserrhoden im September ausgelöst werden. Gleichzeitig arbeitete die Projektleitung erste Entwürfe für ein weiteres zentrales Instrument, den Steuerungsbericht des Regierungsrates, aus. Zur Weiterentwicklung der regierungsrätlichen Planungs- und Steuerungsinstrumente zählte auch die neu konzipierte Sach- und Terminplanung, die dem Kantonsrat im November unterbreitet wurde.

Die Totalrevision der Kantonsverfassung als zentrales Projekt im Sinne des Regierungsprogramms trat 2016 in eine erste entscheidende Phase. Es galt, den Grundsatzbeschluss zur Frage einer Totalrevision für die Beschlussfassung in Regierungsrat und Kantonsrat aufzubereiten.

2. Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden die Stimmberechtigten an vier Wochenenden für dreizehn eidgenössische Volksabstimmungen an die Urnen gerufen. Kantonale Volksabstimmungen oder Wahlen fanden keine statt.

3. Kantonsrat

3.1 Allgemeines

Der Rat behandelte im Berichtsjahr an seinen sieben ordentlichen Sitzungen 63 Geschäfte. Die Geschäftslast lag damit im langjährigen Durchschnitt. Sieben dieser Geschäfte betrafen parlamentarische Vorstösse (zwei Motionen, ein Postulat, vier Interpellationen). Gleichzeitig gingen neun neue Vorstösse beim Büro ein (ein Postulat, zwei Motionen, sechs Interpellationen). Nach der Februarsitzung besuchte der Kantonsrat die Huber+Suhner AG in Herisau.

Im August führte das Büro des Kantonsrates eine gut besuchte Weiterbildungsveranstaltung für die Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu den Themen Kreditrecht und Regierungscontrolling durch.

3.2 Wichtige Geschäfte

Der Kantonsrat verabschiedete im Berichtsjahr wiederum eine Reihe von Gesetzgebungsvorhaben. Verschiedene Vorlagen stammten aus dem Gesundheitsbereich; so eine Revision des Einführungsgesetzes zum KVG betreffend die individuelle Prämienverbilligung, die Schaffung eines kantonalen Gesetzes über die Pflegefinanzierung oder eine Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (zur



Schaffung eines Ethikrates). Auch verabschiedete der Rat ein totalrevidiertes Tourismusförderungsgesetz. Ein ganzes Paket an Gesetzes- und Verordnungsänderungen umfasste eine grosse Revision des kantonalen Personalrechts.

Gesundheitspolitische Themen, insbesondere die Situation im Spitalverbund von Appenzell Ausserrhoden (SVAR) prägten auch die Diskussionen über eingereichte Vorstösse. So überwies der Rat eine Motion der Finanzkommission, mit dem Ziel, die unternehmerische Handlungsfreiheit des Spitalverbundes zu stärken. Eine Interpellation stellte Fragen zur Zukunft des SVAR.

Im März genehmigte der Kantonsrat einen Nachtragskredit zur Beschaffung von Anti-Terror-Material durch die Kantonspolizei. Damit gelangte dieses Instrument des neuen Finanzhaushaltsgesetzes erstmals zur Anwendung.

Im Oktober nahm der Kantonsrat den Schlussbericht zum Regierungsprogramm 2012 - 2015 zur Kenntnis.

Erste Entscheide fielen auch bezüglich Totalrevision der Kantonsverfassung. Der Kantonsrat bestellte im Februar eine parlamentarische Kommission zur Vorbereitung des Geschäfts. Im September dann unterstützte er den Grundsatzbeschluss für eine Totalrevision in erster Lesung deutlich. Er unterstützte auch das Ansinnen, dieses Vorhaben auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg anzugehen.

4. Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre (DSK)

Im Zuge der Reorganisation der kantonalen Verwaltung wurde die Organisationsverordnung teilrevidiert. Ein wichtiger Bestandteil dieser Reform war die deutlichere Umschreibung der Aufgaben der DSK. Im Berichtsjahr galt es nun, diese neuen Vorgaben umzusetzen. Unter anderem hat die DSK die Steuerung von wichtigen departementsübergreifenden Informatikanwendungen übernommen. So fand unter ihrer Verantwortung eine Aktualisierung (sog. Releasewechsel) der zentralen

Geschäftsverwaltungsapplikation AXIOMA (ehemals KONSUL) statt. Dadurch stehen neue Module zur Verfügung, mit denen die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit und der Aufbau von E-Government Lösungen gemäss Zielsetzung des Regierungsprogramms 2016 - 2019 vorangetrieben werden können.

Auch die Aufgabe der Festlegung und Koordination der Informatikplanung für die kantonale Verwaltung übernahm die DSK neu. Dafür galt es, die Jahresagenda der DSK anzupassen und den Planungs- und Budgetierungsprozess für die Informatik neu zu gestalten. Während die Budgetierung zielgerichtet verlief, zeigte sich beim Prozess für die mittelfristige Planung noch Verbesserungspotenzial, insbesondere in der Abstimmung mit der AR Informatik AG und der Strategiekommission.

5. Kanzleidienste

Hauptaufgabe der Kanzleidienste blieb die unterstützende Tätigkeit bei der Vorbereitung, der Durchführung und der Nachbereitung der Sitzungen von Kantonsrat und Regierungsrat. Darüber hinaus fand im Kanzleisekretariat die Abarbeitung der Pendenzen im Bereich der Registernachführung ihren Fortgang. Das Amtsblattregister ist seit Ende Jahr auf dem aktuellen Stand. Im Sach- und Personenregister des Regierungsrates konnten weitere zwei Jahrgänge fertiggestellt werden.

In organisatorischer Hinsicht fanden in den Kanzleidiensten punktuelle Veränderungen statt. Das Kanzleisekretariat als wichtige Anlaufstelle für sämtliche Dienste der Kantonskanzlei wurde räumlich zentraler positioniert. Des Weiteren wurde die Ausbildungsstelle für Lernende stufenweise ausgeweitet. Der Ausbildungsbereich umfasst neu Arbeiten der Dienstleistungs- und Materialzentrale, des Kanzleisekretariats und des Kommunikationsdienstes. Die Lernenden profitieren dadurch von einem interessanten Ausbildungsplatz an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Medien.

Im Bereich der Informatik galt es, die Aufrechterhaltung des Ratsinformationssystems (RIS) sicherzustellen. Mit dem RIS sind seit 2013 die Unterlagen zu den Ausserrho-



der Kantonsratssitzungen sowie die Kontaktdaten der Ratsmitglieder im Internet zugänglich. Nach Inbetriebnahme traten aber immer wieder Probleme bei der Aktualisierung und Veröffentlichung von Dokumenten oder Daten auf. Infolgedessen musste die Architektur des Gesamtsystems neu programmiert werden. Seit der Einspielung der neuen Daten zu Beginn des Amtsjahreswechsels im Juni funktioniert das RIS entsprechend den vereinbarten Anforderungen.

5.1 Passbüro

In den letzten Jahren stieg die Anzahl ausgestellter Reisepässe kontinuierlich an. Besonders augenfällig war der Anstieg ab dem Jahr 2013. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Erneuerung des Passmodells 03 fällig. Der Höchststand war im 2015 erreicht (4'233 Reisepässe). Mit Ablauf des Berichtsjahrs ist die Kehrtwende eingeläutet. Im Jahr 2016 wurden zwar immer noch 3'908 Reisepässe in Produktion gegeben. Ab 2017 rechnet das Passbüro aber mit einem starken Einbruch an Passanträgen. Dies hängt damit zusammen, dass die USA seit Herbst 2006 für die visumsfreie Einreise biometrische Pässe vorschreiben. Viele Kundinnen und Kunden hatten seinerzeit noch starke Vorbehalte gegenüber dem biometrischen Pass 10, weswegen die Nachfrage nach dem Passmodell 03 in den Jahren 2005 und 2006 sehr hoch war. Diese Pässe mussten nach Ablauf der 10-jährigen Gültigkeitsdauer in den letzten zwei Jahren erneuert werden. Aufgrund dieser Sachlage wird die Dotation des Passbüros per 1. Januar 2017 um 20 Stellenprozente reduziert.

Im Bereich der Identitätskarten ist aber ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Im Berichtsjahr wurden rekordhohe 7'260 Identitätskarten ausgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Zunahme von 6 %. Die Statistik im Anhang S. 65 informiert über weitere Zahlen.

5.2 Dienstleistungs- und Materialzentrale

In der Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ) war das Berichtsjahr von personellen und organisatorischen Veränderungen geprägt. Im März übernahm eine neue Leitung die DMZ. Per Ende 2016 ging eine langjährige Mitarbeiterin der Telefonzentrale in Pension. Organisato-

risch wurde per Anfang August der Postdienst Trogen der DMZ angegliedert. Somit liegt die Verantwortung für den Postdienst der gesamten kantonalen Verwaltung in der Hand der DMZ.

Die Leitung der DMZ bereitete im Berichtsjahr die Einführung eines neuen Reservationssystems vor. Ab dem Jahr 2017 werden alle Reservationen der kantonalen Verwaltung für Sitzungszimmer, Leihgeräte und Mobility-Cars über Outlook vorgenommen.

6. Rechtsdienst

Auf Jahresbeginn ist die Teilrevision des Organisationsgesetzes (OrG; bGS 142.12) zur Reform der Staatsleitung in Kraft getreten, welche die Departements- und Ämterstruktur der kantonalen Verwaltung grundlegend neu ausrichtete. Im Nachgang dazu musste die gesamte Gesetzessammlung auf notwendige Bereinigungen hin überprüft werden. Zum Teil ging es dabei um eine formelle Anpassung von Organisationsbezeichnungen. Grundlage für diese Nachführung bildete der neue Art. 27 Abs. 2 OrG, wonach die in Gesetzen verwendeten Organisationsbezeichnungen nicht bindend sind und durch Verordnung geändert werden können. Darüber hinaus waren aber auch mehrere Verordnungen des Kantonsrates und des Regierungsrates spezifisch an neue Zuständigkeiten anzupassen. Die Bereinigung der Gesetzessammlung beschäftigte den Rechtsdienst bis in die zweite Jahreshälfte. Am 26. September verabschiedete der Kantonsrat den Beschluss über die Anpassung kantonsrätlicher Verordnungen an die Reform der Staatsleitung. Am 27. September erliess der Regierungsrat die Verordnung über die Änderung von Organisationsbezeichnungen und Zuständigkeiten. Die gesamte Bereinigung umfasste schliesslich 885 Änderungen, die einzeln im Publikationssystem für die Gesetzessammlung (Lexwork) erfasst werden mussten.

Die ReKVAR gab zudem Anlass, die Sachzuständigkeit des Rechtsdienstes verstärkt auf die Hauptaufgaben auszurichten. Der Rechtsdienst wird künftig keine Rekurse mehr bearbeiten, die in die Zuständigkeit der Departemente fallen. Damit werden Ressourcen frei, die in den Bereich



der Rechtsetzung verlagert werden. Neben der Bereinigung der Gesetzessammlung führte der Rechtsdienst im Berichtsjahr 32 formelle Vorprüfungsverfahren für Gesetze und Verordnungen durch.

Im Berichtsjahr verfügte der Rechtsdienst über eine zweite Praktikumsstelle, um eine durch Mutterschaft bedingte Reduktion bei den Festanstellungen auszugleichen. Diese Lösung hat sich nicht bewährt. Es zeigte sich, dass die Betreuung von zwei Praktikumsstellen übermässigen Aufwand verursacht.

7. Kommunikationsdienst

Der überarbeitete Internetauftritt des Kantons (www.ar.ch) ging Anfang des Berichtsjahres online und überzeuhte von Beginn weg. Der Kommunikationsdienst hatte nur mit wenigen Kinderkrankheiten zu kämpfen. Es zeigte sich einmal mehr, dass eine gute Projektorganisation und eine professionelle Umsetzung Früchte tragen. Die kantonale Website ist benutzerfreundlicher, erscheint optisch leichter, besser gegliedert, moderner und ist auf mobilen Geräten gut lesbar (responsive design). Damit leistet sie einen Beitrag zur Zielsetzung des Regierungsprogramms, das E-Government auszubauen. Im vergangenen Jahr waren rund 430'000 Personen auf www.ar.ch zu Gast und verweilten im Schnitt 4 Minuten und 17 Sekunden auf der Seite. Tagesrekorde mit knapp 6'000 Hits wurden am Tag des Relaunch und bei Wahlen resp. Abstimmungen aufgestellt.

Der Kanton war gewohnt konstant in Lokal- und Regionalmedien präsent. Der Kommunikationsdienst informierte mit rund 170 Medienmitteilungen sowie an Medienkonferenzen über das Handeln des Regierungsrates und der Verwaltung.

Auf grosses, teilweise überregionales Medienecho stiessen vor allem der tödliche Vorfall in der Strafanstalt Gmünden (Sommer/Herbst), das geplante Asyldurchgangszentrum «Sonneblick» in Walzenhausen (Herbst) oder auch der Besuch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga bei den asylsuchenden Minderjährigen (Winter). Dauerthema war der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR).

Die besondere Herausforderung hierbei war, dass die Rollenverteilung zwischen SVAR und dem Kanton in der breiten Öffentlichkeit offensichtlich nicht klar war. Im Verlauf der Ereignisse und unter der Berichterstattung über den SVAR hat auch das Vertrauen zwischen Regierung und Tageszeitung gelitten. Dieses wieder aufzubauen, begann gegen Ende des Berichtsjahres. Der Kanton erklärte das Thema SVAR verstärkt, indem die Öffentlichkeit mit zusätzlichen Originalinformationen und Dokumenten versorgt wurde. Der Regierungsrat vertraut darauf, dass mit mehr Informationen auch mehr Verständnis für das Thema geschaffen werden kann. Dieses Prinzip wurde auch erfolgreich mit dem Internetdossier «Sonneblick» zum Asyldurchgangszentrum Walzenhausen verfolgt.

Die Hauptaufgabe des Kommunikationsdienstes aber ist, Ansprechstelle zu sein für Medienschaffende bei Fragen zu Tätigkeiten von Kantonsrat, Regierungsrat und kantonaler Verwaltung. Fragen nach Sachinformationen, Entscheiden, Verantwortungen, Hintergründen, Zusammenhängen, geeigneten Auskunftspersonen etc. werden immer häufiger. Dies ist auch Folge einer kritischen Entwicklung bei den Medien, wo für die journalistische Arbeit immer weniger Ressourcen zur Verfügung stehen – eine Entwicklung, die nicht nur in Appenzell Ausserrhoden sondern bei allen Kommunikationsdiensten der Kantone zu spüren ist.

Entsprechend hat für den Kommunikationsdienst die Beratungstätigkeit zu Gunsten von Landammann, Regierungsmitgliedern, Departementssekretariaten, Amts- und Abteilungsleiterinnen und -leitern stark zugenommen.

8. Staatsarchiv

Das Staatsarchiv erteilte 337 Auskünfte an Private und erbrachte 281 Dienstleistungen für Behörden. Im Lesesaal wurden zusätzlich 138 Besuchstage erfasst und 607 Archiveinheiten vorgelegt. Auf das Online-Portal der Kirchenbücher wurde insgesamt 52'731mal zugegriffen. Das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr.



Registriert wurden 35 Ablieferungen von staatlichen Stellen und 28 Neuzugänge privater Herkunft. Archivmitarbeitende erstellten 19'346 Verzeichnungsdatensätze, und in SCOPE-Query wurden 15 Bestände aus der Verwaltung und das Fotoarchiv Werner Schoch aufgeschaltet. Mitarbeitende des Staatsarchivs richteten 17 Vorträge bzw. Führungen aus und betreuten drei Publikationen.

Im Sommer wurde die Nachfolge des langjährigen Staatsarchivars Peter Witschi bekannt gegeben: Gewählt wurde Jutta Hafner. Die 37-jährige Historikerin und Archivarin stammt aus St.Gallen und war bereits als Leiterin elektronische Archivierung im Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden tätig.

Die zweite Archivnacht mit der Verabschiedung von Peter Witschi fand am 3. November in der Alten Stuhlfabrik Herisau statt. Peter Witschi wurde durch Vorträge seines Teams («Appenzeller in aller Welt») und durch Landammann Matthias Weishaupt gewürdigt. Zur grossen Überraschung des Staatsarchivars fand zudem eine Buchvernissage statt: Die publizistische Tätigkeit des ersten Staatsarchivars von Appenzell Ausserrhoden wurde als Bibliografie mit Lesekostproben eingefangen.

Das Projekt Electronic Content Management (ECM) wurde Ende November offiziell abgeschlossen. Im Rahmen dieses Projekts wurde bei zwei Departementen (DIS und DF) eine elektronische Schnittstelle in Betrieb genommen. Dies ermöglicht die Übernahme von Daten aus der Geschäftsverwaltungssoftware ins elektronische Archiv. Bei weiteren Organisationseinheiten wurden Vorbereitungen getroffen, sodass künftig weitere Schnittstellen in Betrieb genommen werden können. Der Aufbau eines elektronischen Archivs ist ein wichtiger Bestandteil des Ausbaus von E-Government im Sinne des Regierungsprogrammes.

Vier Zivildienstleistende verzeichneten die Akten des Regierungsrates vom Januar 1930 bis März 1935 auf Traktandenstufe.

Die Meldestelle für Bodenfunde (Archäologie und Paläontologie) befindet sich beim Staatsarchiv. 2016 wurden ein Silexfund und mehrere Knochenfunde gemeldet. Vermessen wurde ein Fragment eines historischen Kanals in Bühler.

Im Rahmen des Kulturgüterschutzes erstellte das Staatsarchiv Sicherstellungsmassnahmen (Digitalisierung zuhanden des Staatsarchivs und Mikroverfilmungen zuhanden des Bundes) für drei Gemeinden. Gesichert wurden die Daten der Einwohnerkontrolle Waldstatt von 1926 bis 1945, der Einwohnerkontrolle Schwellbrunn von 1932 bis 1964 und der Einwohnerkontrolle Gais von 1920 bis 1957.

Für die Gemeindearchive erarbeitete das Staatsarchiv «Richtlinien für kommunales Archivgut», welche 2017 der Gemeindeschreiberkonferenz zur Verabschiedung vorgelegt werden. Damit fördert das Staatsarchiv aktiv die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Sinne des Regierungsprogramms.

9. Aussenbeziehungen

Auf Anschlag von Appenzell Ausserrhoden intensivierte die Ostschweizer Staatsschreiberkonferenz 2016 ihre Zusammenarbeit. Neben der Vorbereitung der Plenarkonferenz der Ostschweizer Regierungskonferenz dient das Gremium nun auch der Vorbereitung der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz, mit dem Ziel, die regionale Koordination und Zusammenarbeit auch auf der Ebene der Staatskanzleien zu verbessern – dies im Sinne des Regierungsprogramms.

Die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz traf sich in Ittingen (TG) und Sarnen zu ihren halbjährlichen Sitzungen. Hauptthema war auch 2016 das E-Voting, insbesondere das weitere Vorgehen nach dem umstrittenen Entscheid des Bundesrates, 2015 nicht alle Systeme für die Nationalratswahlen zuzulassen.



Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Nachdem in den beiden Vorjahren die Budgetvorgaben des Kantonsrates sehr genau eingehalten werden konnten, schloss die Staatsrechnung 2016 massiv schlechter ab als budgetiert. Die Abweichung beträgt rekordhohe Fr. 14,7 Mio.. Dieses schlechte Ergebnis enthält einerseits Mehraufwendungen von Fr. 5,6 Mio. bei der Prämienverbilligung und wesentlich höhere Beiträge für die Spitalfinanzierung im Umfang von Fr. 3,6 Mio.. Andererseits fehlen auf der Einnahmenseite im Wesentlichen Fr. 3,0 Mio. Steuereinnahmen, Fr. 1,3 Mio. Bundeseinnahmen, Fr. 1,4 Mio. Erträge aus Grundstückverkäufen und Fr. 1,1 Mio. Bussenerträge bei der Kantonspolizei.

Im Gesamtergebnis der Staatsrechnung 2016 resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 4 Mio. Dieses unerwartet schlechte Ergebnis beunruhigt umso mehr, als nach Abschluss des Entlastungsprogramms, verbunden mit einer verwaltungsinternen Aufgabenüberprüfung, eine bessere Situation erwartet wurde. Es stellt sich die berechnete Frage, ob eine einmalige Situation eingetreten oder ob bereits wieder ein strukturelles Defizit in noch unbestimmter Höhe entstanden ist.

Aus Eigentümersicht sind die grossen Defizite beim Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) in den Jahren 2015 und 2016 eine zusätzliche Herausforderung für die Kantonsfinanzen. Das Dotationskapital, das der Kanton dem SVAR ursprünglich im Umfang von Fr. 45 Mio. mitgegeben hat, ist gemäss revidiertem Finanzbericht des SVAR mit einem Wert von Fr. 41,4 Mio. bereits reduziert worden. Diese Tatsache, in Kombination mit den grossen Verunsicherungen beim Spital Heiden, stellt den Kanton vor die Herausforderung zu beurteilen, ob und in welchem Umfang künftig beim Kanton Wertberichtigungen auf diesem Dotationskapital vorgenommen werden müssen.

Das kantonale Personalrecht konnte im Berichtsjahr in einem komplexen politischen Prozess termingerecht revidiert und an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden. In diesem Zusammenhang wurden auch Unstimmigkeiten zwischen dem Personalrecht und der Spitalgesetzgebung bereinigt. Im Ergebnis wurden die Kompetenzen geklärt und die Verantwortlichkeiten festgelegt.

Mit der Einführung einer integrierten Steuersoftware für den Kanton und die Gemeinden auf den 1. Januar 2017 wurde ein grosses Informatikprojekt erfolgreich umgesetzt. Die neue Informatiklösung bietet der Kantonalen Steuerverwaltung eine zeitgemässe Arbeitserledigung – und den Steuerpflichtigen einen Mehrwert bezüglich dem Austausch von elektronischen Steuerdaten. Das Projektbudget von rund Fr. 8,5 Mio. kann voraussichtlich eingehalten werden.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Das Sekretariat war im Besonderen mit der Revision des Personalrechts (PG, PGV, BVO und REIS), der Neugestaltung des Informatikeinkaufs für die kantonale Verwaltung sowie der Integration des Amtes für Immobilien befasst. Im Weiteren wurden folgende übergeordneten Projekte erarbeitet und mitgestaltet: Neuer Aufgaben- und Finanzplan (AFP), Regierungscontrolling, internes Kontrollsystem und Mehrwertabgabe auf Bauland. Zudem waren etliche Stellungnahmen zu kantonalen und eidgenössischen Gesetzesvorlagen sowie politischen Vorstössen zu erarbeiten.

1.2 Informatik

Informatikkoordination

Das Departement Finanzen ist u.a. für die Querschnittsaufgabe Informatik verantwortlich und besorgt den Leistungseinkauf für die kantonale Verwaltung. Mit der Reorganisation wurden Kompetenzbereiche und Zuständigkeiten für die Informatik in den Sekretariaten der Departemente und der Kantonskanzlei geschaffen. Das Departementssekretariat koordiniert die Bedürfnisse mit den Organisationseinheiten der Verwaltung und den Gerichten. Es erarbeitet zusammen mit diesen Stellen die Entscheidungsgrundlagen für



den Voranschlag, den Finanzplan und den Einkauf von Informatikleistungen.

Projekte Enterprise Content Management (ECM)

Das vielschichtige Projekt für die kantonale Verwaltung konnte auf Ende 2016 abgeschlossen werden. Der bewilligte Kredit von Fr. 2,6 Mio. wurde eingehalten. Der Schlussbericht wird dem Kantonsrat im Jahr 2017 zur Kenntnis gebracht.

Strategiekommission

Die Strategiekommission ist gemäss Gesetz über eGovernment und Informatik (eGovG) ein gemeinsames Organ von Kanton und den 20 Gemeinden, welches die eGovernment- und Informatik-Strategie erarbeitet sowie die darauf basierende Sach- und Terminplanung betreut. Die Strategiekommission ist kein Organ der AR Informatik AG (ARI). Nachdem Kanton und Gemeinden die Strategie genehmigt haben, erfolgt die Steuerung der Umsetzung durch die Strategiekommission. Die Beantwortung des Postulats von Kantonsrat Brönnimann hat ermöglicht, die Absicht des Gesetzgebers im eGovG allgemein in Erinnerung zu rufen. Zudem konnten die Aufsichtskompetenzen von Regierungsrat und Kantonsrat sowie der Staatswirtschaftlichen Kommission im Bereich der Informatik in einem externen Gutachten aufgezeigt und erläutert werden. Das Gutachten hat die zweckmässige Lösung im eGovG bestätigt.

Zusammenarbeit mit ARI

Die Zusammenarbeit mit der ARI ist kooperativ, zielorientiert und effizient. Der Einkauf der Leistungen für die kantonale Verwaltung erfolgt gemäss dem vereinbarten Leistungskatalog. Die finanziellen Aspekte sind in der Staatsrechnung 2016 ersichtlich.

1.3 Lotteriefonds

Der Kantonsanteil aus dem SWISSLOS-Gewinn 2015 betrug Fr. 2,582 Mio. und wurde dem Lotteriefonds im Mai 2016 gutgeschrieben. Daraus erhielten gemäss Voranschlag der Kulturfonds für das Geschäftsjahr 2016 einen Anteil von Fr. 1,1 Mio. und der Sportfonds Fr. 0,5 Mio.

Die Verwendung der Fondsgelder für gemeinnützige, sportliche und kulturelle Zwecke wird detailliert nach Projekten

ausgewiesen und publiziert. Die Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke wird im Rechenschaftsbericht ausgewiesen (vgl. Statistik S. 66), die Verwendung der Mittel aus dem Alkoholzehntel und die Verteilung der Gelder aus dem Sportfonds werden im Amtsblatt publiziert. Die Vergaben aus dem Kulturfonds werden jeweils im Ausserrhoder Kulturblatt «Obacht Kultur» veröffentlicht. Die detaillierten Verwendungen werden auch Swisslos mitgeteilt.

2. Amt für Finanzen

2.1 Allgemeines

Im letzten Jahr stand für das Amt für Finanzen (AfF) die operative Umsetzung der Reorganisation der kantonalen Verwaltung im Vordergrund. Die neue Organisationsstruktur musste in einem neuen Mandanten im Informatiksystem newsystem@public (nsp) abgebildet werden. In einem aufwändigen Verfahren wurden dann die definitiven Rechnungszahlen 2015 der Organisationseinheiten der gesamten Verwaltung in die neuen Konten aufgeschlüsselt. Gleichzeitig mussten in verschiedensten Bereichen die Abläufe (wie z.B. die Fakturierung oder Visumsregelung) neu geregelt werden. Ebenfalls waren die Berechtigungen für die Post- und Bankkonten anzupassen.

Mit der Reorganisation änderte die Amtsbezeichnung (vorher Finanzamt und ganz früher Landesbuchhaltung), und infolge der Übernahme des Rechnungswesens aus dem ehemaligen Departement Bau und Umwelt auch die Gliederung des AfF. Es besteht neu aus drei Abteilungen: Abteilung Controlling und Gemeindefinanzen, Abteilung Finanzbuchhaltung sowie Abteilung betriebliches Rechnungswesen und Lohnbuchhaltung. Nebst der Zentralisierung des Finanz- und Rechnungswesens waren auch neue Aufgaben wie das zentrale Controlling und das Versicherungsmanagement zu erfüllen.

Im letzten Jahr waren keine personellen Wechsel zu verzeichnen. Die erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die grossen Veränderungen mitgetragen und dadurch überhaupt ermöglicht. Ohne sie hätten die hohen Anforderungen an das Amt kaum erfüllt und die engen Terminvorgaben nicht eingehalten werden können. Die



Arbeiten im Zusammenhang mit dem Veränderungsprozess der Verwaltung waren für das AfF sehr anspruchsvoll, aber hoch spannend und lehrreich. Es zeigte sich, dass die Bündelung der Kompetenzen richtig war. Mit der neuen Organisation ist das Amt gut aufgestellt, um die kommenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

2.2 Projekte

Die Arbeiten zur integrierten Projektkostenbewirtschaftung der Infrastrukturämter Amt für Immobilien und Tiefbauamt konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Buchhaltungssoftware nsp wurde mit dem Modul «Projektkostenmanagement» erweitert. Damit können Ressourcen eingespart werden, da der aufwändige manuelle Abstimmungsaufwand zwischen Projektkosten und Buchhaltung entfällt.

Die Zentralisierung des Rechnungswesens bedingte auch, das ECM-Projekt «Kreditorenworkflow» möglichst rasch umzusetzen. Mit dem Kreditorenworkflow wird der gesamte Belegfluss der an den Kanton gestellten Rechnungen neu organisiert und auf eine digitale Verarbeitung umgestellt. Die Kreditorenbelege werden zentral elektronisch erfasst und in den Organisationseinheiten weiterverarbeitet, elektronisch visiert, verbucht und archiviert. Dadurch ist ein direkter Online-Zugriff auf die Rechnungsbelege jederzeit und ortsunabhängig möglich, was für den finanziellen Führungsprozess bedeutsam ist und die Revisionsarbeiten im Finanz- und Rechnungswesen markant verbessert. Die Planungs- und Entwicklungsarbeiten konnten im Berichtsjahr soweit abgeschlossen werden, dass der Kreditorenworkflow 2017 etappenweise eingeführt werden kann.

Das AfF erstellte im Berichtsjahr ein Konzept für eine auf der Informatiklösung «MS-Navision» basierende integrierte Lohnbuchhaltung. Die neue Lösung soll im 2017 umgesetzt werden, so dass ab dem Jahr 2018 auch die Lohnbuchhaltung der Verwaltung im nsp integriert verarbeitet werden kann.

In der Lohnbuchhaltung wurde ausserdem die elektronische Lohnabrechnung eingeführt. Seit November erhalten die Angestellten ihre Lohnabrechnung in elektronischer Form mit einem geschützten eMail. Eine besondere Herausforderung dabei war die Datensicherheit.

Der Führungsprozess des Regierungsrates soll optimiert und die dafür vorgesehenen Entscheidungsgrundlagen sollen aufeinander abgestimmt werden. Ein zentrales Element zur Steuerung des kantonalen Haushaltes wird der AFP sein. Das Amt arbeitet intensiv in der Arbeitsgruppe «Regierungscontrolling» mit. Im Jahr 2016 konnten die konzeptionellen Arbeiten für den AFP mehrheitlich abgeschlossen werden. Der erste AFP soll im November 2017 dem Kantonsrat zur Kenntnis vorgelegt werden.

2.3 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

In den letzten Jahren hat das AfF mit dem Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs auch dessen Entwicklung aufgezeigt. Das wichtigste Element des Finanzausgleichs, die Mindestausstattung für die Gemeinden, wurde näher untersucht. Es konnten auch mögliche zukünftige Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Eine allfällige Revision des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes steht jedoch in engem Zusammenhang mit dem Projekt zur Verbesserung der Gemeindestrukturen und den dafür massgebenden Eckwerten aus der Totalrevision der Kantonsverfassung. Bis die Rahmenbedingungen geklärt sind, bleibt die Revision des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes sistiert.

2.4 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Mit Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) ist auch die Finanzaufsicht über die Gemeinden neu geregelt worden. Bei der Beurteilung der Finanzlage der Gemeinden steht das frühzeitige Erkennen finanzieller Risiken und längerfristiger Fehlentwicklungen im Vordergrund. Die Prüfung der Finanzlage erfolgt mittels definierten Finanzkennzahlen und aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bezüglich Haushaltsgleichgewicht und Schuldenbegrenzung. Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat jährlich Bericht über die Finanzlage der Gemeinden. Dem Bericht beigelegt wird jeweils die Gemeindefinanzstatistik.

Um die Gemeinden bei der Umsetzung des FHG und des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) unterstützen zu können, führte das AfF eine Überprüfung der Rechnungslegung der Gemeinden durch. Die Feststellungen daraus wurden den Finanzverantwortlichen der Gemeinden



präsentiert. Anhand von Beispielen und Mustern konnten Verbesserungsmöglichkeiten für die Rechnungslegung der Gemeinden aufgezeigt werden. Im Rechnungsjahr 2016 haben alle Gemeinden die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt.

3. Steuerverwaltung

3.1 Allgemeines

Der Stellenwert der Informatik in der Steuerverwaltung ist bedeutend und nimmt stetig zu. Mit dem Projekt «ISAR» (Integrierte Steuersoftware Appenzell Ausserrhodens) wurden die Grundlagen geschaffen, um die heutigen und künftigen Herausforderungen zu meistern. Die Arbeiten im Berichtsjahr waren stark geprägt durch die intensiven Vorbereitungen zur Einführung des neuen und komplexen Informatiksystems. Gleichzeitig wurde auch die Einführung der elektronischen Steuererklärung (eSteuern) vorbereitet. Beide Projekte führten zwangsläufig zu organisatorischen Veränderungen und zu einem grossen Ausbildungsbedarf innerhalb der Steuerverwaltung.

Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) und die im Juni auf kantonaler Ebene eingereichte Volksinitiative für mehr Steuergerechtigkeit beeinflussen die Gesetzgebungsarbeiten auf kantonaler Ebene. Deshalb wurde eine umfangreichere Revision des Steuergesetzes gestartet mit dem Ziel, die neuen Bestimmungen auf den 1. Januar 2019 in Kraft setzen zu können. Zudem sind zahlreiche zwingende Anpassungen an das aktuelle Bundesrecht zu berücksichtigen.

3.2 Steuerertrag

Die wichtigsten Eckwerte des Steuerertrags sind im Statistikeil aufgeführt (ab S. 68). 2016 konnte der budgetierte Steuerertrag bei den natürlichen und bei den juristischen Personen nicht erreicht werden. Die Erträge der Einkommens- und Vermögenssteuern blieben um Fr. 1,0 Mio. bzw. 0,7 % unter dem Voranschlag. Der gesamte Steuerertrag der natürlichen Personen ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1,6 Mio. gestiegen. Bei der Quellensteuer wurden aufgrund der Ausserbetriebsetzung des Informatiksystems weniger

Rechnungen gestellt. Ein Teil der Quellensteuererträge wird deshalb erst im Jahre 2017 zufließen.

Bei den juristischen Personen ist der Steuerertrag – anders als in den Vorjahren – zurückgegangen. In erster Linie verursachten die schwierige wirtschaftliche Lage und die Eurokurs-Entwicklung dieses schlechtere Resultat. Der Voranschlag wurde um Fr. 1,6 Mio. oder 11,9 % nicht erreicht. Bei den Grundstückgewinn- sowie bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern wurde die Vorgabe leicht übertroffen.

3.3 Veranlagungsstand per 31. Dezember

Im Segment der unselbständig Erwerbenden Personen einschliesslich der Nichterwerbstätigen sind für die Steuerperiode 2015 insgesamt 57 % (Vorjahr: 69 %) der Steuerpflichtigen veranlagt. Im Segment der selbständig Erwerbenden Personen einschliesslich der Landwirte sind es 51 % (Vorjahr: 57 %) und bei den juristischen Personen 37 % (Vorjahr: 39 %).

Die Ursachen für den Rückgang des Veranlagungsstandes liegen bei den zusätzlichen Arbeiten für die Einführung des neuen Informatiksystems. Die Arbeiten für die Projekte «ISAR» und «eSteuern» sowie die organisatorischen Anpassungen und die umfangreichen Ausbildungen haben einen erheblichen Teil der personellen Ressourcen der Steuerverwaltung absorbiert. Nach der Umsetzung der Projekte werden Massnahmen veranlasst, um diesen tiefen Veranlagungsstand wieder auf ein vertretbares Niveau zu erhöhen. Erfahrungsgemäss sind mehrere Jahre notwendig, um solche Rückstände aufholen zu können.

3.4 Aufgaben und Projekte

Der bestehende Vertrag mit der Verwaltungsrechenzentrum AG St.Gallen (VRSG) über die Datenverarbeitung wurde per Ende 2016 aufgelöst. Die Daten konnten in guter Qualität in das neue Informatiksystem NEST übernommen werden. Das Projekt «eSteuern» löst die veraltete Excel-Steuererklärung (ELSTER) ab. Damit können die Daten medienbruchfrei in das neue System übertragen werden. Der vom Bundesparlament eingeführte automatische Informationsaustausch mit dem Ausland und das internationale Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in



Steuersachen werden in den Kantonen zu einem höheren administrativen Aufwand führen. Es werden zusätzliche Arbeiten anfallen. Zudem verlangt die Arbeitserledigung sehr gute allgemeine und fachspezifische Kenntnisse in der französischen und englischen Sprache.

3.5 Personelles

Die Mitarbeitenden stehen in einem grösseren Veränderungsprozess und die Tätigkeiten wandeln sich stark. Das Berufsbild des klassischen «Steuerbeamten» verliert immer mehr an Bedeutung und wird durch ein neues berufliches Umfeld ersetzt. Neu müssen Informatiksysteme betreut und Resultate oder Fehler der automatischen Verarbeitung von Steuerdaten beurteilt werden. Dieser Wandel fordert die Mitarbeitenden heraus, bietet aber gleichzeitig Chancen für persönliche Weiterentwicklung innerhalb der Steuerverwaltung.

4. Personalamt

4.1 Allgemeines

Die Dienstleistungen des Personalamtes wurden neben dem operativen Tagesgeschäft vor allem im Rahmen der Revision des Personalrechts beansprucht. Im operativen Tagesgeschäft wurden neben der Neufassung aller Arbeitsverträge die letzten Umsetzungsarbeiten aus der Reorganisation erledigt. Mit den Ersatzrekrutierungen von 17 Amts- und Abteilungsleitern und Behördenmitgliedern wurde ein Generationenwechsel eingeleitet. Dies entsprach rund 30 % der insgesamt 57 rekrutierten Personen (Vorjahr: 46). Die notwendigen Zusatzabklärungen bei Kaderstellen (Assessment Centers) führten zu Mehrkosten. Die gesamte Personalwerbung kostete Fr. 202'667; davon Fr. 63'720 für die Assessments. Dank geeigneten Massnahmen konnten die Kosten für Stelleninserate gesenkt und dadurch die Zusatzkosten bei den Kaderrekrutierungen teilweise kompensiert werden. Im Durchschnitt lagen die Rekrutierungskosten pro Person bei Fr. 3'556 (Vorjahr: Fr. 3'250).

Die Umsetzung der Teilrevision Personalrecht entwickelte sich zu einem organisationsübergreifenden Projekt, wel-

ches die verschiedensten Anforderungen seitens der Sozialpartner, des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden, der ARI sowie der Volksschule zu berücksichtigen hatte. Dementsprechend wuchs die zeitliche Beanspruchung des Personalamts, sei dies bei der Koordination der diversen Arbeitsgruppen, bei der Begleitung der parlamentarischen Kommission oder bei der Entwicklung von Grundlagenpapieren als Basis für die Ausformulierung der Gesetzestexte. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit erwies sich als unkompliziert, professionell und lösungsorientiert.

4.2 Umsetzung Projekte

Die Teilrevision Personalrecht konnte dank der Flexibilität und Unterstützungsbereitschaft von sämtlichen involvierten Stellen termingerecht umgesetzt werden. So verabschiedete der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 26. September die Anträge des Regierungsrates zum Personalgesetz sowie zur Besoldungsverordnung. Lediglich beim Vaterschaftsurlaub konnte sich der Antrag des Regierungsrates nicht durchsetzen (10 Tage) und wurde vom Parlament auf 5 Tage gekürzt.

Gestützt auf diese Gesetzesgrundlage konnten die entsprechenden Ausführungsbestimmungen der Personalverordnung sowie des REIS von den Arbeitsgruppen überarbeitet und vom Regierungsrat Anfang Dezember verabschiedet werden.

4.3 Entwicklung Personalbestand

Ende 2016 betrug der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund) 1'040 Angestellte. Im Berichtsjahr waren 63 Austritte zu verzeichnen. Diese setzen sich zusammen aus 45 Kündigungen durch Angestellte, fünf Kündigungen durch den Arbeitgeber sowie sieben ordentlichen und sechs vorzeitigen Pensionierungen. Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 6,0 % (Vorjahr: 6,7 %). Eingetreten sind im vergangenen Jahr 65 Personen (41 Frauen und 24 Männer), wovon sechs Frauen und elf Männer auf Kaderstufe. Der Kaderanteil der Neueingetretenen betrug 26 % und lag damit um 18 % höher als im Vorjahr (8 %).



Die Statistiken ab S. 73 zeigen die Veränderungen des Personalbestandes und der Personaleinheiten, die Fluktuationsrate sowie die Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft.

4.4 Lehrlingswesen

Im vergangenen Sommer haben zehn Lernende ihre Ausbildung abgeschlossen. Die Abschlussnoten der Kaufleute lagen zwischen 4,4 und 5,0. Dabei erreichte Lynn Spirjak mit 5,0 das beste Resultat ihrer Generation. Sabrina Stoop und Ramon Huber (beides Lernende Fachpersonen Betriebsunterhalt am BBZ, Fachrichtung Hausdienst) erzielten die Abschlussnoten 5,4 resp. 5,5 und schlossen im eidgenössischen Rang ab.

Für alle Ausbilderinnen und Ausbilder fand eine Schulung statt bezüglich der Bildungsverordnung 12. Mit den Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern wurde ein Austrittsgespräch geführt, um die Qualität im Lehrlingswesen zu steigern.

Sieben neue Lernende Kaufleute und ein Fachmann Betriebsunterhalt mit Fachrichtung Hausdienst haben im August ihre Ausbildung begonnen.

Ende Berichtsjahr ist eine Lehrstelle als Kauffrau/Kaufmann noch nicht besetzt. Die Selektion wird Anfang Jahr fortgesetzt. Die Lehrstelle im Werkhof Heiden als Fachperson Betriebsunterhalt, Fachrichtung Werkdienst ist noch vakant. Zusätzlich wird im kommenden Sommer mit einem Sportstudenten der UNITED school of sports erstmals ein junges Sporttalent aus dem Appenzellerland eine kaufmännische Grundbildung bei der kantonalen Verwaltung absolvieren.

4.5 Fort- und Weiterbildung

Im vergangenen Jahr haben 17 Mitarbeitende eine Weiterbildung mit einem eidgenössischen Fachausweis, einem CAS- oder MAS-Abschluss oder ein Nachdiplomstudium begonnen. Diese Weiterbildungen werden von der kantonalen Verwaltung gemäss Reglement unterstützt. Fortbildungskurse der POE-Ost in St. Gallen in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit wurden von 32 Mitarbeitenden (Vorjahr: 30) besucht.

Den ersten Teil des Führungstrainings der Verwaltung haben 18 Kadermitarbeitende absolviert. Dies entspricht einer Zunahme von fünf Teilnehmenden gegenüber dem Vorjahr. Am Kurs «Mit 50 an die Zukunft denken!» nahmen 17 Mitarbeitende und vier Partner/innen teil. Den Vorbereitungskurs auf die Pensionierung, der von der Pro Senectute durchgeführt wird, wurde von 31 Personen (23 Mitarbeitenden und acht Partner/innen) besucht.

Der Einführungstag für neue Mitarbeitende fand viermal statt. Es konnten 139 neue Mitarbeitende begrüsst werden, davon rund die Hälfte Mitarbeitende des Spitalverbundes.

5. Amt für Immobilien

5.1 Allgemeines

Im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung wurde vielschichtige Arbeit geleistet, und verschiedenste bauliche Massnahmen wurden durchgeführt. 162 Arbeitsplätze wurden verschoben und 18 neu eingerichtet. Ende Jahr wurden zudem die Archive der Organisationseinheiten an die neuen Standorte verschoben. Mit dem Umzug der KESB am 23. Dezember wurden die Reorganisations-Umzüge abgeschlossen.

Für den baulichen Zivilschutz wurden 135 Verfügungen im Baubewilligungsverfahren erlassen. Acht Schutzräume mit 148 Plätzen und drei Gewerbe-Schutzräume wurden aufgehoben. Die periodische Anlagekontrolle wurde im «Geschützten Spital Heiden» sowie in der «Geschützten Sanitätsstelle Heiden» durchgeführt. Für das Alterszentrum Heinrichsbad in Herisau sowie die Höhenklinik in Gais wurden Planungsarbeiten von Schutzräumen unterstützt.

Im Bereiche des subventionierten Wohnbaus (WEG/WS) wurden aufgrund von Handänderungen diverse Löschungen von Anmerkungen vorgenommen sowie verschiedene Gesuche und Rückzahlungen bearbeitet. Für die Mietverbilligung durch den Bund von total Fr. 172'798 mussten diverse Abklärungen der finanziellen Verhältnisse und verschiedene zweijährliche Kontrollen von bestehenden Zusatzverbilligungen durchgeführt werden.



Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit zur Erneuerung des Ostschweizerischen Kinderspitals St. Gallen wurden die für Appenzell Ausserrhoden wichtigsten offenen Fragen zum Bauprojekt aufgearbeitet und dem Projektverantwortlichen unterbreitet.

5.2 Grundstückschätzungsbehörde

Im Berichtsjahr wurden sämtliche in den letzten zehn Jahren verkauften Grundstücke in Appenzell Ausserrhoden erfasst. Für die Bodenwertstatistik wurden die durchschnittlichen Verkaufspreise für jede Gemeinde und jede Lageklasse erhoben. Auch wurden erstmals sämtliche Liegenschaften der Pensionskasse AR geschätzt.

2016 wurden 2'960 Grundstücke geschätzt. Der Anteil der zurückgestellten Grundstückschätzungen ging von 274 auf 155 zurück (vgl. Statistik, S. 75). Zu den Schätzungen sind 61 Einsprachen eingegangen (2,1 %, Vorjahr: 2,7 %). Davon waren drei Rekurse durch das Departement Finanzen zu entscheiden. Eine Beschwerde an das Obergericht aus dem Jahr 2015 wurde in allen Einsprachepunkten abgewiesen.

5.3 Liegenschaftenverwaltung

Unterhalt allgemein

Im Einklang mit den Nutzungsbedürfnissen hat das Amt für Immobilien (AfIM) den Unterhalt und Betrieb (und damit den Werterhalt) der kantonalen Grundstücke und Liegenschaften sowie diejenigen der Pensionskasse AR sichergestellt. Weitere Aufgaben waren beispielsweise Grundbuchgeschäfte, Parkplatzbewirtschaftung, Schliesswesen, Tanklagerbewirtschaftung und Energiebuchhaltung. Angestrebt wird eine marktgerechte Vollvermietung der Renditeliegenschaften. Eine angemessene Bruttorendite gibt Auskunft über den Vermietungserfolg (vgl. Statistiken ab S. 79). Nebst der Bewirtschaftung der kantonalen Liegenschaften im Finanzvermögen werden auch die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sowie alle durch die kantonale Verwaltung zugemieteten Objekte sowie die Alphütten der Stiftung pro Appenzell betreut. Trotz Konkurrenzausschreibung gelang es, den Dienstleistungsvertrag für die Verwaltung der Liegenschaften der Pensionskasse AR um weitere fünf Jahre zu verlängern. Somit darf das AfIM weiterhin als kompetenter Partner diese Liegenschaften mit einem Gebäude-Asse-

kuranzwert von ca. Fr. 96,8 Mio. und einem Nettomietzinsvolumen von über Fr. 5 Mio. verwalten und unterhalten.

Bauten Verwaltungsvermögen

Die Umzüge von Verwaltungsstellen lösten diverse Anpassungen und Erneuerungen in verschiedenen Gebäuden aus. In Trogen wurde im Rathaus, Landsgemeindeplatz 2, im Erdgeschoss der bestehende Schalter für das Migrationsamt realisiert. Die Büroräumlichkeiten im 2. Obergeschoss, Landsgemeindeplatz 5, wurden für das Amt für Kultur eingerichtet und die Beleuchtung im Treppenhaus durch eine stromsparende LED-Beleuchtung ersetzt. Im Haus Landsgemeindeplatz 5a wurde die Zugangstreppe saniert und die beleuchtete Beschriftungstafel der Regionalpolizei neu erstellt. Im Aufenthaltsraum der Verkehrspolizei wurde eine Kochnische eingebaut. Im Fünfeckpalast soll die erarbeitete Bestandesanalyse die geplante Fenstererneuerung erleichtern.

Im Obstmarkt 1, Herisau, wurden neue Büros für das Amt für Immobilien auf Anfang Februar bereitgestellt. Im Regierungsgebäude Obstmarkt 3/5, Herisau, wurden im Zusammenhang mit den Umzügen Büros renoviert, die Eingangshalle aufgefrischt und die Funkalarmübermittlung erneuert. Im Zeughaus Herisau wurden diverse Nutzungsanpassungen der Räumlichkeiten im Erdgeschoss sowie im 2. OG realisiert und der Technikraum klimatisiert. In verschiedenen Verwaltungsliegenschaften mussten die Schliessanlagen den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden.

Bauten Finanzvermögen

In den Liegenschaften Alpsteinstrasse 26B und Cilanderstrasse 2, Herisau, mussten die Heizkessel ersetzt werden. Nach Kündigungen in der Liegenschaft Hinterbissaustrasse 68, Heiden, und der dreigeschossigen Wohnung im Haus Huebstrasse 40A, Herisau, wurden umfassende Renovationen vorgenommen. In der Liegenschaft Kreuzstrasse 22, Herisau, wurde der Personenaufzug saniert und die Elektro-Hauptverteilung erneuert. Auch im Geschäftshaus Kirchpatz 4, Heiden, wurde der Personenlift modernisiert. Bei diversen Liegenschaften sind nach Mieterwechseln kleinere Sanierungen und Reparaturen ausgeführt worden. Bei der Liegenschaft Poststrasse 21, Heiden, wurde der bestehende Parkplatz den heutigen Normen angepasst.



Immobilienwesen (Kauf/Verkauf)

Zwecks allfälliger Veräusserung wurden Immobilienbewertungen und verkaufsvorbereitende Unterlagen für diverse Liegenschaften und Grundstücke erarbeitet. Folgende Verkaufsgeschäfte konnten abgeschlossen werden: Huebstrasse 40B sowie Huebstrasse 49 in Herisau. Zwei neue Liegenschaften an der Cilanderstrasse 2 und an der Gosauerstrasse 82 in Herisau wurden vorsorglich erworben und in die Liegenschaftenverwaltung integriert.

5.4 Hochbauten und Unterhalt

Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA), Herisau

Das Vorprojekt mit Kostenschätzung wurde für den Projektteil Haus VIII, Küchensanierung Etappe 3, Erneuerung Spülerei, erstellt. Der Kredit für die Umsetzung wurde aber zurückgestellt.

Kantonsschule Trogen

Für die 2. Etappe des Konviktgebäudes wurden die Ausführungsphase und die Arbeitsausschreibungen fertiggestellt sowie ein Gebäudecheck mit darauffolgender Asbestsanierung vorgenommen. Die Unterlagen für die provisorische Zertifizierung Minergie-Eco sind erarbeitet. Anfang Juli wurde mit dem Bau begonnen und bis Ende Jahr der Rohbau fertiggestellt. Der Turnhallenboden der Dreifach-Sporthalle wurde durch einen neuen, den heutigen Normen entsprechenden Hallenboden ersetzt. Um das Rote Schulhaus und den Pavillon vor Wassereintrich zu schützen, wurde der Hochwasserschutz zur Nachbarparzelle angepasst. Mit dem neu erstellten Verbindungsweg zur Sporthalle kann der Kraftraum im Gebäude der Fenkart-Stiftung besser genutzt werden.

Strafanstalt Gmünden, Niderrudon

Das Provisorium für die Abteilung Strafvollzug wurde umgesetzt und im Juli dem Nutzer übergeben. Für die Erneuerung der Zellenruf- und Gegensprechanlage wurde ein Grobkonzept erarbeitet. Im Zwischentrakt wurde die Liftanlage erneuert.

Berufsbildungszentrum (BBZ), Herisau

Der Turnhallenboden in der Einfach-Turnhalle wurde durch einen neuen, den heutigen Normen entsprechenden Hallenboden ersetzt. Die Beleuchtung der Korridorbereiche

wurde mit stromsparenden LED-Leuchten ausgestattet. Ein neuer Gasheizkessel wurde eingebaut.

Werkhöfe Wilen in Herisau und Bissau in Heiden, Wegmacherhütten

Im Werkhof Wilen wurde in einer 2. Etappe die Fassade saniert und das Werkstattgebäude energetisch optimiert. Die Wegmacherhütte Hinterergeten in Wolfhalden wurde rückgebaut.

Asylzentrum

Im Auftrag des Departementes Gesundheit und Soziales wurde das Projekt und die Baueingabe sowie das Brandschutzkonzept für das geplante Asylzentrum Sonneblick in Walzenhausen erarbeitet.

Diverses

Im Gutenbergzentrum, Kasernenstrasse 4, Herisau, wurden das gemietete 3. und 4. OG miteinander verbunden und damit den Sicherheitsbedürfnissen der KESB angepasst. Im Verwaltungsgebäude Kasernenstrasse 17, Herisau, wurde das Dach ausgebaut. Zudem wurden sowohl an der Kasernenstrasse 17 als auch 17A weitere Renovationen und kleinere Umbauarbeiten ausgeführt.

5.5 Beratung und Begleitung

Im Auftrag der Gemeinde Bühler wurde das Projekt «Umbau Mittleres Schulhaus» in der Phase Vor- und Bauprojekt mit Kostenvoranschlag, Erarbeitung Edikt sowie Ausschreibungsphase begleitet und Ende November die Baueingabe veranlasst. Im Auftrag des Rehabilitationszentrums Lutzenberg wurden für den Neubau der Werkstätten ein Studienauftrag zur Wahl eines Architekturbüros und die Unterlagen zum Bauentscheid vorbereitet. Nach dem Bauentscheid wurden die Phasen Vor- und Bauprojekt mit Kostenvoranschlag sowie die Ausschreibungsphase begleitet und Ende Dezember die Baueingabe veranlasst.



Departement Bildung und Kultur

Vorsteher: Regierungsrat Alfred Stricker

Nach der Reorganisation war 2016 das erste Jahr des neu vereinigten Departements Bildung und Kultur. Im Zuge der Reorganisation bezog das Amt für Kultur neue Räumlichkeiten am Landsgemeindeplatz in Trogen.

Mit Walter Klauser (Leiter Amt für Volksschule und Sport) ging eine langjährige Führungsperson in Pension. Die Aufgaben wurden entflochten: Die Nachfolge führt das Amt, die pädagogischen Fachstellen wurden in der Abteilung Volksschule zusammengefasst. Die neue Departementssekretärin stellte nach dem Weggang ihres Vorgängers einen nahtlosen Übergang der departementalen Geschäfte sicher. Auch konnte die Stellvertretung besetzt werden.

Die Arbeiten an der Totalrevision des Stipendiengesetzes wurden weitergeführt. Der Gesetzesentwurf war im Frühjahr in der Vernehmlassung und konnte im Herbst zur ersten Lesung an den Kantonsrat überwiesen werden. Die neue Stipendiengesetzgebung ist modern und orientiert sich am Stipendienkonkordat. Ganz im Sinne des laufenden Regierungsprogramms 2016 - 2019 kommt der Regierungsrat damit dem Bestreben nach, attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten. Als Kanton ohne Hochschule fördert er damit weiterhin den Zugang zur tertiären Bildung.

1. Interkantonale Zusammenarbeit/ Erziehungsdirektorenkonferenz

Mitarbeitende nahmen Einsitz in verschiedenen Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, der Schweizerischen Konferenz der Kulturbefauftragten, der Erziehungsdirektoren- und der Kulturbefauftragtenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein sowie im Stiftungsrat Roothuus Gonten. Daneben wirkten sie in interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Das Departement stellt zudem je eine ständige Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Kommission Kultur (Vorsitz) der Internationalen Bodenseekonferenz, im Hochschulrat der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich sowie im Fachhochschulrat Ostschweiz und im Beirat der Fachhochschule St. Gallen.

Die drei Fachhochschulen in St. Gallen, Buchs und Rapperswil sind ab 2021 nach neuem Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz nicht mehr als selbständige Standorte akkreditierbar. Verschiedene Nachfolgelösungen für eine Fachhochschule Ostschweiz wurden interkantonaler erarbeitet und einander gegenübergestellt. Ziel ist, auf den 1. September 2020 eine Nachfolgevereinbarung in Kraft setzen zu können.

2. Departementssekretariat

Das Departementssekretariat leistete Beiträge für 36 vom Bildungs- und Kulturdirektor eingereichte Regierungsratsgeschäfte (Vorjahr: 47). Zusammen mit den Ämtern wurden 26 Vernehmlassungen oder Mitberichte bearbeitet (Vorjahr: 17). Vier Rechtsmittelverfahren konnten abgeschlossen werden (Vorjahr: Abschluss von 5 Rechtsmittelverfahren). Es wurden diverse Rechtsaukünfte erteilt.

Die Umsetzung des departementalen Konzepts zum «Enterprise Content Management (ECM)» hat die Erstellung, Bearbeitung, Ablage und Archivierung von Geschäftsinhalten in elektronischen Systemen zum Inhalt. Es sind noch weitere Arbeiten notwendig, um die Struktur des Amtes für Kultur mit derjenigen des übrigen Departements zusammenzuführen.

3. Amt für Volksschule und Sport

3.1 Allgemeines

Im Zug der Reorganisation der Verwaltung überprüfte die Departementsleitung die Organisation des Amtes für Volksschule und Sport und entschied sich für eine neue



Führungsstruktur bei gleichem Personalbestand. Seit dem 1. September sind dem Amtsleiter vier Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter unterstellt. Sie führen die Abteilungen «Volksschule», «Sport», «Schulpsychologischer Dienst» und «Pädagogisch-Therapeutische Dienste». Die fünf Mitarbeitenden der pädagogischen Fachstellen sind der Abteilungsleitung «Volksschule» unterstellt.

Ein Arbeitsschwerpunkt des Amtes lag in der Umsetzung des elektronischen Schuladministrationssystems Sclaris. In enger Zusammenarbeit mit der AR Informatik AG setzten Mitarbeitende des Amtes und der Schulsekretariate der Gemeinden das erste gemeinsame Projekt von Kanton und Gemeinden gemäss eGovernmentgesetz um. Dieser Schritt steht im Einklang mit den Zielen des aktuellen Regierungsprogramms 2016 – 2019, strukturoptimierende Projekte zu fördern und eGovernment auszubauen.

Anfang 2016 besuchten 5'536 Lernende (Vorjahr: 5'542) die Ausserrhoder Volksschule. Der Rückgang fiel mit - 0,1 % deutlich weniger stark aus als im Vorjahr mit - 1,0 %. Im Kindergarten nahm die Zahl der Lernenden um 34 zu (+ 3,3 %), in der Primarschule um 29 (+ 1 %). Auf der Sekundarstufe war der Rückgang der Anzahl Lernender um 69 (- 4,4 %) noch immer deutlich.

Eine Sonderschule besuchten 116 Lernende (Vorjahr: 102). Von verstärkten Massnahmen in Regelklassen profitierten 37 Lernende (Vorjahr: 38). 38 Lernende (Vorjahr: 42) absolvierten die Volksschule in Form des häuslichen Unterrichtes.

3.2 Abteilung Volksschule

Die Planung der Einführung des neuen Lehrplans per 1. August 2017 konnte weitgehend abgeschlossen werden. Erste Umsetzungsaktivitäten wie Informationsveranstaltungen für rund 650 Lehrpersonen und zyklenspezifische Workshops wurden erfolgreich durchgeführt. Weitere Weiterbildungskurse werden im laufenden und in den beiden folgenden Schuljahren gezielt fortgeführt, wobei in den Bereichen «Beurteilung», «Medien und Informatik», «Wirtschaft» und «Ethik, Religionen und Gemeinschaft» erhöhter Bedarf besteht. Die Abteilung «Volksschule» entwickelte entsprechende Konzepte. Der neue Lehrplan formuliert die zu erreichenden Kom-

petenzen (bislang: Lernziele). Als erster Kanton regelte Appenzell Ausserrhoden die kompetenzorientierte Beurteilungspraxis und fasste die Grundlagen in einer Broschüre zusammen. Zusätzlich wurde für die Lehrpersonen auf der Homepage des Amtes für Volksschule und Sport eine umfangreiche Praxismappe aufgeschaltet.

Lehrmittel sind immer noch sehr wichtig, aber nicht mehr unterrichtsbestimmend. Das Departement Bildung und Kultur überprüfte deshalb die bisher gültigen Lehrmittel-Obligatorien und entschied sich, sie neu festzulegen. In den Fächern Mathematik, Englisch und Französisch sind Lehrmittel weiterhin als obligatorisch deklariert. In den anderen Fächern sind empfohlene Lehrmittel aufgelistet. Die neuen Richtlinien gelten ab 1. August 2017.

Die künftige Organisation der Sekundarstufe I blieb aufgrund der Anzahl der Lernenden eine wichtige bildungspolitische Herausforderung. Rund zwei Drittel der Ausserrhoder Sekundarschulen wechselten vom kooperativen zu einem integrativen Modell oder arbeiteten intensiv daran, um diesen Wechsel auf Beginn des Schuljahres 2017/18 vollziehen zu können. Die pädagogischen Fachstellen unterstützten und begleiteten die Schulen in diesen Prozessen. Sie werden dies bei den noch im bisherigen Modell arbeitenden vier Schulen (Urnäsch, Waldstatt, Walzenhausen und Trogen) weiterhin tun. Dies ist im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 – 2019, attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen zu bieten.

Mit verschiedenen Vertretungen der Lehrerschaft und mit den Schulleiterinnen und den Schulleitern der Volksschulen fand ein regelmässiger Austausch statt. Dabei standen der Umgang mit schwierigen Situationen, personelle sowie organisatorische Fragen und pädagogische Themen im Zentrum.

An den Zusammenkünften mit den Schulpräsidentinnen und -präsidenten waren finanzielle Belange, strategische Aspekte und Veränderungen durch den neuen Lehrplan wichtige Diskussionsthemen.

Die Ferienplanung glich das Amt mit den umliegenden Kantonen ab. Ab dem Schuljahr 2017/18 werden die Weihnachtsferien für die Lernenden zwei Wochen dauern.



Die Lehrpersonen werden entsprechend den zusätzlichen unterrichtsfreien Tagen dieser beiden Wochen die gleiche Anzahl Tage an Weiterbildungen besuchen. Dies kommt auch dem Prozess der Einführung des neuen Lehrplans zugute, welcher die Lehrpersonen zu obligatorischen, zusätzlichen Weiterbildungen verpflichtet.

Im Berichtsjahr liess das Amt fünf Volksschulen extern evaluieren. Dabei standen die Qualitätsbereiche «Lehren und Lernen», «Schulmanagement» und «Zusammenarbeit» besonders im Fokus. An weiteren fünf Schulen erfolgten Audits. Dabei fokussierte das Amt auf die Umsetzung der Entwicklungshinweise aus den früher durchgeführten externen Evaluationen, das schulinterne Qualitätsmanagement und allgemeine Entwicklungsthemen.

3.3 Abteilung Sport

Die Abteilung Sport organisierte 14 J+S-Ausbildungskurse in acht verschiedenen Sportarten mit insgesamt 352 Teilnehmenden. Die Ausserrhoder Sportvereine erhielten für 400 Kurse und Lager mit rund 5'500 teilnehmenden Kindern und Jugendlichen J+S-Beiträge in der Höhe von rund Fr. 490'000.

Mit Beiträgen aus dem Sportfonds wurde die Breitensportförderung unterstützt. Den kantonalen und regionalen Sportverbänden wurden Fr. 249'100 zugesprochen, Sportanlagen wurden mit Fr. 186'200, Sportmaterialanschaffungen mit Fr. 80'330 und Projekte der allgemeinen Sportförderung mit Fr. 146'600 unterstützt. Den zugesprochenen Auszahlungen in der Höhe von Fr. 661'450 stand ein Ertrag an Swisslos-Gewinnen in der Höhe von Fr. 500'000 gegenüber. Der Fondsbestand schrumpfte demnach um Fr. 161'450 auf rund Fr. 1,2 Mio. Ende Jahr.

An der Sportlerehrung durften 37 Athletinnen und Athleten und zehn Teams für die im Jahr 2016 insgesamt erreichten 89 nationalen und internationalen Medaillen Auszeichnungen entgegen nehmen. Zum dritten Mal fand zudem eine Ehrung zum Nachwuchssportler und Nachwuchsteam wie auch zum Sportförderer des Jahres statt. 37 Sportschülerinnen und Sportschüler aus zehn Sportarten konnten während des Schuljahrs 2015/16 die schulische Ausbildung und den Leistungssport miteinander verbinden.

Die Appenzellerland Sport AG ist Partner der Kantonsschule Trogen sowie der Sekundarschulen Herisau und Teufen. 19 Lernende hatten ihren Wohnsitz in Appenzell Ausserrhoden, 18 in einem anderen Kanton. 13 Sporttalente mit Wohnsitz in Appenzell Ausserrhoden besuchten eine ausserkantonale Sportschule.

3.4 Abteilung Schulpsychologischer Dienst

2016 bearbeitete der schulpsychologische Dienst 529 Fälle. Darunter waren deutlich mehr Jungen als Mädchen (310/207). Anmeldegründe waren Schulleistungsprobleme, Lernprobleme, Verhaltensauffälligkeiten, Fragen zur Schullaufbahn und Bedarfsabklärungen von Sonderschulen. Neben der Beratung und fallbezogenen Arbeit führte der Schulpsychologische Dienst in neun Klassen Kriseninterventionen durch. Zudem beteiligte er sich an Elternabenden und Lehrerfortbildungen. Seit dem 1. August 2016 erfüllt der Schulpsychologische Dienst ein Beratungsmandat an der Kantonsschule Trogen. Im September stellte der Schulpsychologische Dienst in Zusammenarbeit mit dem Departement Gesundheit und Soziales den Primarklassen ein weiteres Mal die Ausstellung 'Mein Körper gehört mir' zur Verfügung.

Die Fachstelle Kindesschutz bot in Fragen des Kindesschutzes erste Beratungen und Unterstützungen an. Die interdisziplinäre Kinderschutzgruppe Appenzell Ausserrhoden beriet Personen, die mit Kindern und Jugendlichen beruflich oder ehrenamtlich in Beziehung stehen.

3.5 Abteilung Pädagogisch-Therapeutische Dienste

Die Pädagogisch-Therapeutischen Dienste führten Abklärungen, Beratungen und Therapien in den Bereichen «Heilpädagogische Früherziehung», «Logopädie» und «Psychomotoriktherapie» durch. Die heilpädagogischen Früherzieherinnen begleiteten 48 Kinder (Vorjahr: 48) im Vorschulalter mit Entwicklungsproblemen oder Behinderungen und berieten deren Eltern. Die Logopädinnen und Logopäden klärten 194 Kinder ab (Vorjahr: 191) und führten 439 Therapien (Vorjahr: 455) durch. Die Psychomotorik-Therapeutinnen klärten 52 Kinder ab (Vorjahr: 51) und führten 94 Therapien (Vorjahr: 100) durch.



4. Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung

4.1 Allgemeines

Im November fand unter der Trägerschaft des Amtes, des Industrievereins, des Gewerbeverbands und der Organisation der Arbeitswelt für die Gesundheits- und Sozialberufe die vierte Plattform Berufsbildung statt. Es nahmen rund 100 Personen (Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, Lehrpersonen und Fachpersonen der Berufsbildung) teil. Die Themenblöcke hatten die Lernortkooperation, das eidg. Berufsattest (EBA) und das Qualifikationsverfahren zum Inhalt. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden fielen mehrheitlich gut bis sehr gut aus.

4.2 Einführung Educase

Mit «Educase» der Firma Basenet Informatik AG wird an den beiden kantonalen Schulen (Berufsbildungszentrum Herisau und Kantonsschule Trogen) eine gemeinsame Schuladministrationslösung eingeführt. Im Laufe der ersten fünf Monate wurde das Projekt soweit konkretisiert, dass per Ende Mai die Verträge unterzeichnet werden konnten. Anschliessend wurden verschiedene Konzepte für Schnittstellen und die Anforderungen an «Educase» erarbeitet und per Mitte September verabschiedet. Die Mitarbeitenden in der Administration der beiden Schulen konnten ab Mitte November in der Testumgebung auf «Educase» zugreifen. Wie im Projektplan vorgesehen, konnte Ende Jahr eine erste umfassende Testphase erfolgreich abgeschlossen werden. Neben den beiden kantonalen Schulen ist auch die AR Informatik AG als Betreiberin der Software in das Projekt involviert.

4.3 Abteilung Berufsbildung

Appenzell Ausserrhoden führte als Pilotkanton zusammen mit dem Kanton St. Gallen im Juli die EDV-Fachapplikation Kompass 3 in der Abteilung Berufsbildung und in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung sowie im Sekretariat des Berufsbildungszentrums Herisau ein und löste damit Kompass 2 ab. Durch die zentrale Daten- und Dokumentenhaltung wird in neun Kantonen und dem Fürstentum

Liechtenstein eine Vereinfachung der Zusammenarbeit, des Datenaustausches sowie die koordinierte Stammdaten- und Adresspflege aller Personen und Institutionen der Berufsbildung ermöglicht. Die Migration verlief Dank der sehr guten Planung und Projektführung von Abraxas und der Zusammenarbeit zwischen der AR Informatik AG und der Abteilung Berufsbildung reibungslos. Das Projekt konnte Ende Jahr abgeschlossen werden. Damit wird dem aktuellen Regierungsprogramm 2016 - 2019 Rechnung getragen, strukturoptimierende Projekte zu fördern und die Zusammenarbeit zu intensivieren.

Aufgrund der Änderung der Jugendarbeitsschutzverordnung wurden im Berichtsjahr von verschiedenen Verbänden für die betroffenen Berufe begleitende Massnahmen umgesetzt. Die Abteilung Berufsbildung überprüfte und erteilte 260 Bildungsbewilligungen, was 20 % aller Bildungsbewilligungen entspricht. Die Überprüfung erfolgt anhand einer Selbstdeklaration durch die Lehrbetriebe. Mit diesem vereinfachten Prozessablauf, den alle Kantone verwenden, kann der Aufwand gering gehalten werden. 80 % der Lehrbetriebe sandten die Deklaration innerhalb der vorgegebenen Frist von 30 Tagen zurück. Die Unterstützung durch die Abteilung Berufsbildung nutzten 5 % der Lehrbetriebe. Die Zusammenarbeit und die Koordination mit den Nachbarkantonen St. Gallen sowie Appenzell Innerrhoden und dem kantonalen Arbeitsinspektorat AR/AI verliefen einwandfrei. Damit wird dem aktuellen Regierungsprogramm 2016 - 2019 Rechnung getragen, strukturoptimierende Projekte zu fördern und die Zusammenarbeit zu intensivieren.

2016 wurden 544 neue Lehrverträge genehmigt (Vorjahr: 531). Der Gesamtbestand an Lehrverträgen ist leicht rückläufig und betrug 1'358 (Vorjahr: 1'400). Davon entfallen 1'252 auf die berufliche Grundbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis EFZ (Vorjahr: 1'296) und 106 auf das eidg. Berufsattest EBA (Vorjahr: 103).

Es wurden 501 Qualifikationsverfahren (Vorjahr: 464) durchgeführt. 424 Kandidatinnen und Kandidaten haben das EFZ erhalten (Vorjahr: 390), das EBA 52 (Vorjahr: 50). Insgesamt bestanden 476 Lernende die Prüfung (Vorjahr: 440). Die Durchfallquote lag bei 5 % (Vorjahr: 4,9 %).



Die Anzahl der Lehrvertragsauflösungen ging von 105 auf 103 (- 1,9 %) zurück. Damit lagen die Lehrvertragsauflösungen mit 7,58 % (Vorjahr: 7,5 %) im mehrjährigen Durchschnitt.

Die Interkantonale Vereinbarung (HFSV) bezüglich der HFSV-Tarife kam erstmals über beide Semester zum Tragen. Insgesamt stiegen dadurch die Kosten auf Fr. 3'782'320 (Vorjahr: Fr. 3'048'776), am höchsten im Bereich HF Gesundheit (+ Fr. 397'972/+ 25 %). Damit wird dem aktuellen Regierungsprogramm 2016 - 2019 Rechnung getragen, Gesundheitsfachpersonen im Kanton auszubilden. Weiterhin ist eine Zunahme der Studierenden von 294 (Vorjahr: 276) zu verzeichnen. Eine markante Veränderung der Teilnehmenden (+ 8 %) und der Kosten (+ 15 %) verzeichneten die Berufsprüfungen.

Die Statistiken im Anhang ab S. 81 informieren über weitere Zahlen.

4.4 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Die statistisch ausgewiesene Anzahl Ratsuchender war 2016 gegenüber dem Vorjahr konstant. Eine deutliche Veränderung ergab sich bei den Altersgruppen der Ratsuchenden. Es nahmen fast 20 % weniger Jugendliche eine Berufsberatung in Anspruch. Grund für die Abnahme ist der Rückgang der Lernenden, die sich in der Oberstufe befanden. Zugenommen hatte dagegen die Anzahl der Ratsuchenden zwischen 16 und 24 Jahren (+ 13 %). 16 % der Ratsuchenden waren Erwachsene ab 25 Jahren.

Appenzell Ausserrhoden übernimmt gemäss einer Leistungsvereinbarung auch Studienberatungen und allgemeine Berufs- und Laufbahnberatungen für Ratsuchende aus Appenzell Innerrhoden. Damit wird dem aktuellen Regierungsprogramm 2016 - 2019 Rechnung getragen, strukturoptimierende Projekte zu fördern und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Die Studienberatungen stiegen in Appenzell Ausserrhoden um 18 % und in Appenzell Innerrhoden um 67 %.

Im Sommer hat die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB) den Standort des Berufsinformationszentrums BIZ in die Räumlichkeiten im Haus Tannenbaum

verlegt. Dies erlaubte die Erweiterung der Öffnungszeiten von Mittwochnachmittag auf jeden Nachmittag unter der Woche. Das Angebot der Informationsmaterialien wurde für die Online-Recherche um zwei Laptops und zwei iPads erweitert. Dank der Übernahme der Initialkosten durch zwei Stiftungen konnte zeitgleich die BIZ-App AR aufgeschaltet werden. Jugendliche erhalten damit auch auf ihrem Smartphone Informationen zu Berufen, Ausbildungen und Lehrstellenangeboten. Davon profitieren auch die Lehrbetriebe, da regional und nicht nur kantonal gesucht werden kann.

Neben dem Kerngeschäft der Einzelberatungen führte das Team 656 Kurzgespräche und Schulhaussprechstunden von jeweils weniger als 30 Minuten durch, erteilte 549 telefonische oder schriftliche Auskünfte und nahm 66 öffentliche Auftritte wie Elternabende, Klasseninformationen und Informationsveranstaltungen für andere Zielgruppen wahr.

Die Statistiken im Anhang ab S. 81 informieren über weitere Zahlen.

4.5 Abteilung Ausbildungs- und Studienbeiträge

Die Totalrevision der Stipendiengesetzgebung dominierte den Abteilungsalldag. Das Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz) wurde am 31. Oktober 2016 im Kantonsrat in erster Lesung behandelt.

Es wurden insgesamt 573 (Vorjahr: 539/+ 6,3 %) Beitragsanfragen bearbeitet, wovon 359 (Vorjahr: 308/+ 16,6 %) informelle Anfragen vor der Einreichung eines formellen Beitragsgesuchs im Rahmen des sogenannten Erst- bzw. Vorgesprächs mit geringem Aufwand erledigt werden konnten. 214 Gesuche wurden verfügt (Vorjahr: 231/- 7,4 %). In 199 Fällen wurden Stipendien (Vorjahr: 202/-1,5 %) und in sechs Situationen rückzahlungspflichtige Ausbildungsdarlehen gewährt (Vorjahr: 10/- 40 %). Bei 95,8 % der eingereichten formellen Ausbildungsbeitragsgesuchen wurde ein Leistungsanspruch ausgewiesen (Vorjahr: 91,3 %), 9 Gesuche bzw. 4,2 % wurden abgewiesen (Vorjahr: 8,2 %; 2010 waren es noch 28 %).

Die Summe der zugesprochenen Stipendienleistungen belief sich auf rund Fr. 1,55 Mio. (Vorjahr: Fr. 1,45 Mio./+6,9 %). Der durchschnittlich gewährte Stipendienbetrag betrug rund Fr. 7'780 (Vorjahr: Fr. 7'170/+8,5 %). In ca. 48 % der



beitragsberechtigten Fälle wurde der maximale Stipendienanspruch ausgeschöpft.

Ausbezahlt wurden Stipendien von insgesamt rund Fr. 1,43 Mio. (Vorjahr: Fr. 1.42 Mio./+ 0,9 %) und rückzahlungspflichtige Ausbildungsdarlehen von Fr. 57'000 (Vorjahr: Fr. 78'000/- 27 %). Der Stipendienaufwand befand sich damit in etwa auf dem Niveau des Jahres 2009.

An die auf der tertiären Bildungsstufe ausgerichteten Ausbildungsbeiträge des Vorjahres 2015 leistete der Bund einen Subventionsbeitrag von rund Fr. 166'000 (Vorjahr: Fr. 168'000).

4.6 Schulgelder an ausserkantonale allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe II

Für 190 Lernende wurden im Berichtsjahr Schulgelder von insgesamt Fr. 2,73 Mio. an ausserkantonale Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II entrichtet (Vorjahr: Fr. 2,62 Mio./+4,0 %; 215 Lernende/- 11,6 %). Der im Vergleich zum Vorjahr trotz tieferen Lernendenzahlen resultierende Mehraufwand ist vorwiegend auf den höheren Trägerbeitrag an die Interstaatliche Maturitätsschule für Erwachsene St. Gallen/Sargans (ISME) zurückzuführen.

Die Statistiken im Anhang S. 84 informieren über weitere Zahlen.

4.7 Studiengelder an Hochschulen

Bei gleichbleibenden Abgeltungstarifen betrugen die Studiengeldkosten für 932 ausserrhodische Studierende auf der tertiären Bildungsstufe (Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen, universitäre Hochschulen) gesamthaft Fr. 16,86 Mio. (vgl. Statistik im Anhang, S. 85; Vorjahr: Fr. 16,61 Mio./+ 1,52 %; 959 Studierende/- 2,8 %). Mit demselben Effekt wie auf der Sekundarstufe II stieg auch auf der Tertiärstufe A der Aufwand für weniger Studierende im Vergleich zum Vorjahr leicht an. Gründe dafür waren der höhere Trägerbeitrag an die FHS St. Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, sowie die periodengerechte Buchführung (Rechnungsabgrenzung) gemäss HRM2.

5. Kantonsschule Trogen

Im Juni wurden 61 Kandidatinnen und 45 Kandidaten von insgesamt 107 Maturandinnen und Maturanden das gymnasiale Maturazeugnis überreicht. Die Erfolgsquote lag im Gymnasium bei 99 %. In der Berufsfachschule Wirtschaft haben sieben Lernende das Qualifikationsverfahren ganz oder teilweise bestanden. Vier Lernende hatten keinen Erfolg. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte an 11 Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. 22 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem sieben Fachmaturitätsausweise Gesundheit, sieben Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und 13 Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus.

Beim Start zum Schuljahr 2016/17 verzeichnete die Kantonsschule Trogen (KST) insgesamt 585 Lernende (Gymnasium: 341/- 16; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität: 36/-8; Fachmittelschule und Fachmaturität: 89/- 18; Sekundarschule: 119/- 15). Im Vergleich zum Schuljahr 2015/16 werden insgesamt 57 Lernende (- 8,8 %) weniger unterrichtet. Der Rückgang in der Berufsfachschule wird dazu führen, dass auf das Schuljahr 2017/18 keine 1. Klasse BFS W mehr angeboten werden kann. Die Prognose stellt in Aussicht, dass die Schülerzahlen ab 2020 wieder zunehmen wird.

Am 5. Juli nahm der Regierungsrat den Schlussbericht der «Strategischen Optionen der Kantonsschule Trogen, Phase 2: Umsetzung» entgegen. Umgesetzt wurde unter anderem das Échange Projekt mit dem französischsprachigen Gymnasium la Planta in Sion VS, die Optimierung mit Praxisbezug im Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht sowie die Talentförderung im Bereich des bildnerischen Gestaltens. Die MINT-Woche mit zusätzlichen Angeboten im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wurde erarbeitet und in den Schulunterricht integriert. Auf Beginn des Schuljahres 2016/17 wurden auch die zweisprachige Matura mit Englisch und die Pädagogische Fachmatura als zusätzliche Angebote der KST gestartet.



Am 27. September genehmigte der Regierungsrat den Projektauftrag für die Phase 3 der strategischen Optionen. Diese Phase beinhaltet neben der Umsetzung weiterer Angebote auch die Evaluation der in den letzten beiden Jahren implementierten Neuerungen. Zusätzlich soll in den nächsten drei Jahren eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Fernunterrichts auf der Sekundarstufe II erarbeitet werden.

Mit Beginn des Schuljahres 2016/17 erhielten die Lernenden der KST als Resultat der Zusammenarbeit mit dem schulpсихologischen Dienst des Kantons Appenzell Ausserrhoden ein erweitertes Angebot der psychologischen Betreuung. Die Neueintretenden durften zudem zum ersten Mal mit ihren digitalen Geräten in die Schule kommen (Bring your own device - BYOD) und von einem vollständig überarbeiteten und den Bedürfnissen der digitalen Gesellschaft angepassten Informatikunterricht profitieren. Mit dieser Neuerung machte die KST einen weiteren Schritt in Richtung Digitalisierung der Schule.

Die Schülerzahlen an der Sekundarschule waren weiter rückläufig. Vor diesem Hintergrund und aus grundsätzlichen Überlegungen entschieden die zuständige Kommission der Trägergemeinden und der Kantonsschule zusammen mit den Gemeinderäten, auf Beginn des Schuljahres 2018/19 einen Modellwechsel vorzunehmen: Die Sekundarschule TWR wird vom heutigen, kooperativen Modell zum integrierten Modell mit heterogenen Stammklassen und Niveauunterricht in den Fächern Mathematik, Französisch und Englisch wechseln.

Die Statistiken im Anhang S. 82 informieren über weitere Zahlen.

6. Berufsbildungszentrum Herisau

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum Herisau (BBZ) stieg im Berichtsjahr wieder an (Schuljahr 2016/17: 1'005; Schuljahr 2015/16: 979; 2014/15: 1'051).

Das Qualitätsmanagementsystem wurde weiterentwickelt und mit dem überarbeiteten Prozess «Unterricht Brücke AR» ergänzt. Die zweite umfassende Überarbeitung betraf alle Prozesse der Lernenden- und Ausbildungsberatung.

Zwei externe Audits an der Bauschule Aarau und dem Brückenangebot in Aarau lieferten gute Eindrücke von anderen Qualitätsmanagementsystemen und Ideen zur Weiterentwicklung unserer Prozesse. Die Routineüberprüfung durch die Schweizerische Gesellschaft für Qualitätsmanagement verlief erfolgreich und war eine gute Reflexionsmöglichkeit für die neu besetzte Stelle der Lernenden- und Ausbildungsberatung. Nach der Abwägung aller Vor- und Nachteile entschied sich die Schulleitung des BBZ zusammen mit dem Departement Bildung und Kultur gegen eine Führung der Schule mittels Globalkredit. Eine Aufgaben- und Finanzplanung soll den normalen Budgetierungsprozess auf den 1. Januar 2018 hin ablösen.

Die 12 Laufbahnqualifikationen (LBQ) mit Lehrenden verliefen alle erfolgreich. Die Betroffenen zeichneten sich fast durchwegs durch eine sehr gute Reflexionsfähigkeit sowie durch strukturierte, zielführende Portfolios aus. Eine Befragung der Lehrenden zeigte, dass der Aufwand/Nutzen der LBQ verbessert werden kann. So sollen Fleissarbeiten gestrichen oder reduziert und Reflexionen, welche zu gezielten Verbesserungsmassnahmen führen, verstärkt werden.

Nach dem Schuljahr 2015/16 hatten über 80 % der Lernenden der Brücke AR eine Anschlusslösung. Im Sommer startete die Brücke AR mit fünf Klassen und im neuen Modell mit zwei Schultagen. Inputlektionen und Lernraum bilden die unterschiedlichen Arbeitsformen für Lernende. Im Lernraum vertiefen sie selbständig ihr Wissen und arbeiten an Bewerbungen oder Projekten. Sie werden dabei von Lehrpersonen begleitet. Auch startete eine erste Integrationsklasse am BBZ mit 13 Lernenden während vier Schulhalbtagen Deutsch und allgemeinbildenden Unterricht. Bereits ab Oktober wurde wegen der grossen Nachfrage eine zweite Klasse geführt.

Vermehrt weisen Lernende grosse sprachliche Defizite in Deutsch auf. Im Oktober startete ein Deutsch-Förderkurs mit 30 Lernenden in zwei Klassen. Ziel ist es, eine erfolgreiche EBA- oder EFZ-Ausbildung zu unterstützen. Die wiederum grosse Anzahl Lernender (1'020) und Klassen sowie die Bildung neuer Klassen und das neue Konzept der Brücke AR verschärften das Raumproblem am BBZ zusätzlich. Es bestehen keine Möglichkeiten mehr, nicht belegten Schulraum für Gruppenarbeiten, Coachings oder Besprechungen zu nutzen.



Das Projekt E-Learning startete mit den Erstjahr-Lernenden der Fachgruppen Detailhandel, Schreiner und Polymechaniker/Konstrukteure ins zweite Pilotjahr. Android-Tablets wurden abgelöst durch Windows 10-Laptops. Die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten und der bessere Bedienungskomfort dieser Geräte sind gegenüber der besseren Mobilität höher zu werten. Die Zahl der geeigneten Arbeitstools reduzierte sich ebenfalls; der Schwerpunkt liegt klar auf der Verwendung der Microsoft Office 365 Produkte. Diese kann das BBZ den Lernenden während der gesamten Ausbildungsdauer kostenlos zur Verfügung stellen. Rund zwei Drittel der Lehrpersonen erhielt einen eigenen Laptop. Dies mit dem Ziel, die fixen Arbeitsplätze als Vorbereitungsräume und Schulzimmer umzunutzen. Begleitet wurde die Einführung der Geräte durch Schulungen.

Die Weiterbildungskurse am BBZ Herisau wurden per Ende März der Erwachsenenbildung AR GmbH übergeben. Die Übergabe verlief reibungslos, und der neue Anbieter startete mit allen bisherigen Lehrpersonen in das neue Semester. Das Angebot ist vergleichbar mit dem vorherigen Angebot und ist bereits akzeptiert. Die Kurse finden nach wie vor in den Räumen des BBZ statt. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Anbieter ist sehr gut und vertrauensvoll.

Die Statistik im Anhang S. 81 informiert über weitere Zahlen.

7. Amt für Kultur

7.1. Kultur

Es wurden drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben und darin die geförderten Projekte aufgeführt. Die Kulturlandsgemeinde fand am 7./8. Mai in Stein statt. Sie widmete sich während zwei Tagen fabelhaften Wirklichkeiten, Wahrheiten, Mythen und guten Geschichten.

Das im 2015 gestartete gemeinsame Ausstellungsprojekt «iigfädlet» zum Thema Textil wurde weiterentwickelt: Fünf Ausserrhoder Museen und drei aus dem Kanton St. Gallen arbeiteten eng zusammen. Mit 25 Gesuchen bei

der öffentlichen Hand sowie bei nationalen und regionalen Kulturförderinstanzen wurden die erforderlichen Mittel gesichert. 14 der 17 Häuser beteiligten sich am internationalen Museumstag.

Ende November wurde anlässlich der jährlichen Kulturbegrenzung in Heiden das neue Kulturkonzept 2016 – 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sind sieben Schwerpunkte formuliert, verbunden mit einer Auswertung der bisherigen Tätigkeit des Amts für Kultur.

Die Kulturvermittlungsplattform «kklick», getragen von den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, St. Gallen und Thurgau, wurde nach der erfolgreichen Pilotphase weitergeführt. Die gleichen drei Kantone prüften einen gemeinsamen Förderschwerpunkt im Bereich Textil. Im Rahmen der KBK-Ost wird ein gemeinsames Literatur-Förderprogramm erarbeitet.

Bei der Kulturförderung war eine neue Höchstzahl an Gesuchen zu verzeichnen. Insgesamt sind 209 Gesuche (2015: 183) behandelt worden, davon erhielten 163 eine Unterstützung, Dies entspricht 78 % der Gesuche (- 5 %). Bei insgesamt Fr. 657'296 Förderbeiträgen ergab dies eine durchschnittliche Beitragssumme von Fr. 4'032 pro Gesuch (2015: Fr. 4'195). Daneben wurden 23 Institutionen mit jährlichen Betriebsbeiträgen in der Höhe von insgesamt Fr. 1'029'000 unterstützt.

7.2 Kantonsbibliothek

Besondere Ereignisse waren die Übernahme des Nachlasses von Walter Georg Ehrbar (1884 – 1960), Grafiker und Maler, die Durchführung einer Langen BAROCKnacht im Rahmen von «Jahrhundert der Zellweger» sowie die Veröffentlichung der «Appenzeller Anthologie», eines Sammelwerks appenzellischer Literatur seit 1900.

Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, ein Radiobeitrag sowie Vorträge und Reden waren auch im Berichtsjahr Bestandteile der Öffentlichkeitspräsenz. Neue Bücher, an denen sich die Kantonsbibliothek (KBAR) massgeblich beteiligte, sind die «Appenzeller Anthologie» und die «Appenzeller Welten» von Mäddel Fuchs und Albert Tanner sowie «Mächtig geheim» von Iris Blum, ein Werk



zur Collectio Magica et Occulta CMO. Das 143. Heft der Appenzellischen Jahrbücher fokussierte auf Hans Konrad Sonderegger von Heiden. 59 kulturhistorische Führungen (Vorjahr: 57) mit 1'047 Personen (Vorjahr: 1'008) und 17 Vorträge und Präsentationen mit total 800 Personen fanden statt.

Familienarchiv Zellweger: Verzeichnung Dokumente Zellweger-Wohnung, Neuerfassung von 1'439 Datensätzen; total Einheiten im Online-Katalog für Handschriften und Nachlässe: 15'938. Vergabe von 13 Transkriptionsaufträgen (Vorjahr: 17). Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 114'756 Einheiten erfasst (Stand Vorjahr: 109'073).

Die historischen Sammlungen wurden erneut um wertvolle Inhalte ergänzt. 40 Personen (Vorjahr: 38) und Institutionen haben der KBAR Dokumente vermacht. Die Appenzeller Bibliographie zählt 304 (Vorjahr: 351) neue Einheiten (Zwischenstand). Auf den Servern werden 9,5 Terabyte Daten verwaltet (Vorjahr: 8,5).

676 Personen (Vorjahr: 743) kamen zu Besuch (ohne Führungen). Im Lesesaal wurden 743 Medien (Vorjahr: 490) benutzt. 231 Medien (Vorjahr: 435) wurden ausgeliehen. Die Zahl der Downloads via dibiost.ch betrug 21'817 (Vorjahr: 14'566). Die Appenzeller Bestände unter e-periodica.ch verzeichneten 365'841 Pageviews (Vorjahr: 56'947) und 169'380 Downloads (Vorjahr: 451). Die Hintergründe für diese sprunghaften Anstiege sind unbekannt. Über das Presseportal Ostschweiz wurden 1'189 Texte heruntergeladen (Vorjahr: 1'758).

7.3 Denkmalpflege

Mit 78 bearbeiteten Beitragsgesuchen wurde der Durchschnittswert der vergangenen Jahre übertroffen. Die Summe der bewilligten Kantonsbeiträge an Restaurierungs- und Renovationsprojekte beläuft sich auf Fr. 797'382 (vgl. Statistik im Anhang, S. 85). Die Denkmalpflege führte rund 440 Besprechungen mit Behörden, Planerinnen, Planern und Bauherrschaften. Projektierungen für Ersatzneubauten in den Dörfern haben sprunghaft zugenommen. Zum Ende des Berichtsjahres waren rund 15 Vorhaben in Planung. Damit wurde dem

aktuellen Regierungsprogramm 2016 – 2019 Rechnung getragen, welches vorsieht, dass Altbausanierungen zu fördern sind.

206 Stellungnahmen wurden zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben, davon in etwa 15 % in schriftlicher Form.

Bei 61 % der zwischen 2009 und 2016 untersuchten Liegenschaften folgten Renovations- und Umbauarbeiten. Nach Anpassung der gesetzlichen Grundlagen kann die Haus-Analyse weiter geführt werden. Dies im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 – 2019, welches vorsieht, dass Altbausanierungen zu fördern sind. Der politische Entscheid zur Weiterführung der Haus-Analyse hinterlässt Spuren: Bei entsprechenden Umbauprojekten ist die Denkmalpflege stark eingebunden.

Das Forum Appenzellerhaus veranstaltete im Zeughaus Teufen drei gut besuchte Fachvorträge zum Thema Dächer. Der Denkmalpfleger hielt rund ein halbes Dutzend Vorträge.



Departement Gesundheit und Soziales

Direktor: Landammann Dr. Matthias Weishaupt

Seit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2016 sind die Bereiche Gesundheit und Soziales unter einem Dach vereint. Das neue Departement baut auf Mitarbeitende und Fachbereiche aus drei bisherigen Departementen. Angesichts von zusätzlichen Aufgaben, Umzügen und einigen personellen Wechseln bei gleichbleibender Ressourcenknappheit mussten Prioritäten gesetzt und verschiedene Geschäfte pendent gehalten oder verschoben werden. Dank grossem Einsatz aller Mitarbeitenden hat das Departement Gesundheit und Soziales die Phase des Übergangs gut gemeistert.

Der «Gesundheitsbericht Appenzel Ausserrhoden 2016» richtet den Fokus auf die nationale Ebene und beleuchtet neue Herausforderungen, Fakten und Massnahmen. Er macht zweierlei deutlich: 1. Gesundheits- und Sozialpolitik sind eng miteinander verknüpft. Dieser Tatsache wird zu wenig Beachtung geschenkt. Dabei liegt hier Potenzial für Innovation, Prävention – und damit für die Vermeidung von menschlich leidvollen Situationen mit hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten. 2. Zahlreiche Aktivitäten des Bundes wie etwa im Bereich der Finanzierung der Gesundheitsleistungen bleiben nicht ohne Folgen für die Kantone. Sie bedeuten auch für Appenzel Ausserrhoden nicht selten einen Zuwachs an Aufgaben und Kosten. Diesem Kontext ist angemessen Rechnung zu tragen.

Er zeigt sich beispielsweise in den Auswirkungen der KVG-Revision: Viele der aktuellen Herausforderungen und Schwierigkeiten, die sich im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung stellen, sind auf Änderungen im Bundesgesetz zurückzuführen und betreffen den Spitalverbund Appenzel Ausserrhoden gleichermassen wie Spitäler in anderen Kantonen. Hier gilt es, gemeinsam mit allen Akteuren zukunftsfähige Lösungen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags zu entwickeln.

Der Spitalverbund Appenzel Ausserrhoden (SVAR) stand verschiedentlich im Fokus der Aufmerksamkeit. Das hohe Defizit des SVAR im Jahr 2015 (Fr. 9,7 Mio.), die neue Strategie des Verwaltungsrates des SVAR für das Spital Heiden, das einen grossen Anteil zu diesem finanziellen Verlust beitrug, und das sich abzeichnende Defizit des SVAR für das Jahr 2016 (Fr. 8,8 Mio.) forderten das Departement in verschiedener Hinsicht. Neben den ordentlichen Eignerggesprächen mit dem Verwaltungsrat waren zahlreiche ausserordentliche Treffen mit Delegationen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung des SVAR notwendig. Insbesondere die Kommunikation zur Finanzsituation und Strategie des SVAR verlangte grosse Präsenz und stellte eine besondere Herausforderung dar, sei es bei Informationsveranstaltungen für Mitarbeitende, bei Medienkonferenzen und Medienanfragen oder bei Sitzungen mit den parlamentarischen Aufsichtskommissionen und Vorstössen im Kantonsrat. Trotz zahlreicher Stellungnahmen des Regierungsrates, des Departements und des SVAR konnte in der Öffentlichkeit nicht klar genug dargelegt werden, wer – unter Beachtung der gesetzlich festgeschriebenen Rollenteilung – für welche Aufgaben zuständig ist. Immer wieder galt es zu klären, wer für die Aufsicht, die Strategie und die Leitung des SVAR zuständig ist und dass der Regierungsrat nicht in die Strategieentscheide und das Tagesgeschäft des SVAR eingreifen kann, auch wenn dies politisch und medial gefordert wird. Der Regierungsrat beauftragte zudem das Departement mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe «Weiterentwicklung SVAR», die insbesondere die finanziellen Abgeltungspraktiken zwischen Kanton und SVAR zu klären hatte. Im November genehmigte der Kantonsrat mit dem Voranschlag eine Erhöhung der Beiträge an den SVAR um Fr. 2,5 Mio. Im Rahmen der Spitalplanung und des Erlasses der neuen Spitalliste Akutsomatik erforderte der SVAR angesichts der neuen Strategie für das Spital Heiden besondere Abklärungen. Schliesslich oblag dem Departement die Koordination bei der Erarbeitung der Eignerstrategie des Regierungsrates zum SVAR.

Auch im Bereich Soziales ist das Departement gefordert, Aufgaben anzugehen, die sich aufgrund von Entwicklungen stellen, die nicht durch den Kanton steuerbar sind. Ein Beispiel dafür ist die Notwendigkeit, ein neues kantonales Asyl-durchgangszentrum – geplant im «Sonnenblick» Walzenhausen – sowie für unbegleitete Minderjährige im Asylbereich eine alters- und bedarfsgerechte Unterbringung – betreut von «tipiti» im Kinderdorf Pestalozzi Trogen – einzurichten.



1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Das Departementssekretariat nahm im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung weiterhin Koordinationsaufgaben und Berichterstattung wahr. Im Zentrum standen dabei insbesondere Umbauten und Umzüge von Büro- und Archivräumlichkeiten. Innerhalb des Departementssekretariats fand aufgrund der neuen Aufgabenbereiche sowie der personellen und örtlichen Veränderungen eine Organisationsentwicklung statt.

Die Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz über die Pflegefinanzierung und zur Teilrevision des Einführungsgesetzes zum KVG (EG zum KVG) sowie für die zugehörigen Verordnungen konnten abgeschlossen werden. Die Erlasse treten am 1. Januar 2017 in Kraft. Die Teilrevision des EG zum KVG führte zu Änderungen beim Vollzug der individuellen Prämienverbilligungen. In Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung und der Ausgleichskasse und IV-Stelle konnten die Anpassungen rechtzeitig vorgenommen werden, damit die für das Jahr 2017 notwendigen Simulationsrechnungen vorlagen.

Im Auftrag des Regierungsrats hat der Rechtsdienst des Departements die Auflösung und Übertragung der Aufgaben der Lungenliga Appenzell Ausserrhoden an die Lungenliga St. Gallen vorbereitet. Bereits im Frühling wurden infolge einer Kündigung vorzeitig die Aufgaben an die Lungenliga St. Gallen übertragen. Sämtliche Vereinbarungen mit St. Gallen konnten abgeschlossen werden, so dass voraussichtlich im 2017 die Lungenliga Appenzell Ausserrhoden liquidiert und aufgelöst werden kann.

Das Departementssekretariat leistete viel Unterstützungsarbeiten für die Ämter. Diese reichten von der Abklärung von Rechtsfragen bis zur Betreuung aufwändiger Rechtsmittelverfahren, insbesondere im Bereich der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen und der Tarifverfahren nach KVG. Auch wurden diverse Mitberichte und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kantonen beantwortet sowie departementale Rechtsmittelverfahren und Verfügungen bearbeitet. Besonders zu erwähnen ist die zeitintensive Unterstützung für die Abteilung Sozialhilfe und Asyl für die zwei Projekte «neues kantonales Durchgangszentrum für

Asylsuchende Walzenhausen» und «neues Unterbringungs- und Betreuungskonzept für unbegleitete Minderjährige im Asylbereich».

1.2 Personelles

Seit der Reorganisation ist Angela Koller, ehemalige Mitarbeiterin des Departementssekretariats Inneres und Kultur, stellvertretende Departementssekretärin. Im September konnten mit Michaela Schryber die letzten vakanten Stellenprozente besetzt werden.

1.3 Ethikrat

Der Ethikrat tagte im Berichtsjahr dreimal. Er hat sich vor allem mit den Themen «Brückensicherung» und «Kosten für Rekursverfahren bei fürsorgerischen Unterbringungen» beschäftigt. Die Thematik der Kosten bei Rekursverfahren bei fürsorgerischen Unterbringungen wurde aus diesem Anlass in die vorgesehene Teilrevision des Einführungsgesetzes zum ZGB aufgenommen.

2. Amt für Gesundheit

2.1 Allgemeines

Durch die Reorganisation wurden auf Beginn des Berichtsjahres das Spitalamt und das ehemalige Amt für Gesundheit im neuen Amt für Gesundheit zusammengeführt. Das Amt gliedert sich in die Abteilung Spitalversorgung und die Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Prävention. Der kantonsärztliche Dienst, der kantonszahnärztliche Dienst, die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle und die Beratungsstelle für Suchtfragen sind organisatorisch der Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Prävention zugeteilt.

2.2 Personelles

Seit dem 1. Januar 2016 ist Heidi Liechti stellvertretende Leiterin des Amtes für Gesundheit und leitet gleichzeitig die Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung



und Prävention. In der Abteilung Spitalversorgung ist am 1. Juni Nathalie Schorer zum Team gestossen. Die Nachfolge des Kantonszahnarztes Dr. med. dent. Thomas Eifert trat am 1. April Dr. med. dent. Roland Zettel an. Marianne Aegerter verliess die Beratungsstelle für Suchtfragen Ende Februar. Am 1. Juni hat Gabriela Waldispühl ihre Nachfolge als Suchtberaterin angetreten. Nach 13 Jahren, wovon drei Jahre als Leiterin, verliess Andrea Heeb Ende September die Beratungsstelle für Suchtfragen. Neuer Leiter ist seit dem 1. November Markus Meitz.

2.3 Abteilung Spitalversorgung

2.3.1 Spitalplanung und Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik und Rehabilitation

Die Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2015 Akutsomatik und Rehabilitation waren bis Ende 2016 befristet. Der Regierungsrat hat deshalb im Dezember die Spitalplanung und die Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik und Rehabilitation für die Jahre 2017 bis 2019 genehmigt und per 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Auf der Spitalliste im Versorgungsbereich Akutsomatik sind bis auf die Augenklinik Dr. A. Scarpatetti AG, Teufen, alle bisherigen Listenspitäler weiterhin gelistet. Angepasst wurde zum Teil ihr Leistungsspektrum. Neu dazugekommen ist die Klinik Stephanshorn AG, St. Gallen. Alle bisherigen Listenspitäler im Versorgungsbereich Rehabilitation sind weiterhin gelistet.

2.3.2 Spitalfinanzierung

Im Berichtsjahr beläuft sich der kantonale Anteil an die stationären Spitalrechnungen im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf 53 %. Im Bereich der Invalidenversicherung finanziert der Kanton 20 %. Vor diesem Hintergrund ist die Rechnungskontrolle, welche in der Abteilung zusammen mit dem kantonsärztlichen Dienst durchgeführt wird, wichtig. Aufgrund des Volumens der Spitalfinanzierung sind neben der Kontrolle die Kostenprognosen und -analysen zentral.

Der Regierungsrat genehmigt jeweils die Tarifverträge der Spitäler mit einem Standort im Kanton. Damit er seiner Aufgabe in rechtskonformer Art und Weise nachkommen kann,

hatten die Spitäler des Kantons im Berichtsjahr erstmals auf Basis der Vorgaben der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren detaillierte Kostendaten zu liefern. Die Bereinigung der kantonalen Daten war sehr aufwändig.

2.3.3 Spitalaufsicht

Die kantonale Aufsicht über die Spitäler erfolgt auf Basis der gesetzlichen Grundlagen. Umfassendere konzeptionelle Arbeiten mussten aufgrund der knappen personellen Ressourcen erneut verschoben werden und konnten nur punktuell vorangetrieben werden. So wurden beispielsweise vorerst provisorische Betriebsbewilligungen für Spitäler ausgestellt.

2.3.4 Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR)

Die Turbulenzen im SVAR beeinflussten die Abteilung Spitalversorgung im Berichtsjahr erheblich. Dies betrifft die Aufgaben im Rahmen der Spitalplanung, Spitalfinanzierung und der Spitalaufsicht sowie die Rechenschaftspflicht gegenüber den kantonalen Behörden.

2.4 Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Prävention

2.4.1 Allgemeines

In Erfüllung des Auftrags zur Gesundheitsberichterstattung gemäss Art. 12 des Gesundheitsgesetzes ist im Berichtsjahr der Gesundheitsbericht 2016 vorbereitet worden. Aus Ressourcengründen wurde auf eigene Datenerhebungen und Datenauswertungen auf kantonaler Ebene weitgehend verzichtet. Der Bericht richtet den Blick in erster Linie auf die nationale Ebene.

2.4.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen getroffen. Ein zentrales Thema war der Gesundheitsbericht 2016.



2.4.3 Kantonsärztlicher Dienst

Die Gesuche um Kostengutsprache hielten sich im üblichen Rahmen. Der kantonsärztliche Dienst unterstützte die Abteilung Spitalversorgung bei der Erarbeitung der Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik und Rehabilitation mit medizinischem Fachwissen.

Das System der schulärztlichen Untersuchung für die Ausserrhoder Kinder wurde eingehend überprüft, weil die Schulgemeinden vermehrt Dispensgesuche erhalten haben. Die entsprechenden Massnahmen werden 2017 eingeführt.

2.4.4 Kantonszahnärztlicher Dienst

Der kantonszahnärztliche Dienst führte mehrere gesundheitspolizeiliche Verfahren durch, wobei im Berichtsjahr noch nicht alle Fälle abgeschlossen werden konnten. Aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten schulzahnärztlichen Untersuchungen konnte insgesamt eine Verbesserung der Zahngesundheit beobachtet werden.

2.4.5 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Im November wurden die jährlichen Prüfungen für Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen durchgeführt. Von den acht Kandidierenden haben fünf die Prüfung erfolgreich bestanden.

Der Prozess der schrittweisen Einführung eines nationalen Gesundheitsregisters (NAREG) wurde in der Fachstelle aktiv begleitet; die Datenmigration aus dem Kanton ins nationale Register wurde deutlich vor der gesetzten Frist vollzogen. Im NAREG wird der Grossteil der Gesundheitsfachpersonen erfasst, die nicht unter das eidgenössische Medizinalberufegesetz oder das eidgenössische Psychologieberufegesetz fallen.

Die Fachstelle führte 71 Inspektionen durch. Mehrheitlich wurden nur geringe Mängel festgestellt, welche von den kontrollierten Gesundheitsfachpersonen und Institutionen rasch behoben werden konnten.

2.4.6 Beratungsstelle für Suchtfragen

Personelle Änderungen in der Leitung und Beratung und insgesamt fehlende personelle Ressourcen führten zu Einschränkungen resp. einem Abbau in der Suchtprävention und Suchtberatung. Einen Schwerpunkt bildeten deshalb die laufenden Kooperationsprogramme und -projekte mit anderen Kantonen. Beispiele dazu:

- An der 6. IBK-Konferenz wurde das Präventionsprogramm «freelance» der Kantone St. Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen, Graubünden, Nidwalden, Zug und des Fürstentums Liechtenstein mit dem zweiten Preis ausgezeichnet.
- Zusammen mit dem Kanton St. Gallen, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Land Vorarlberg beteiligte sich Appenzell Ausserrhoden am Jugendwettbewerb 2016. Das Projekt «Bau vom eigenen Ski» aus Appenzell Ausserrhoden wurde mit dem zweiten Preis ausgezeichnet.
- Die Projektkantone von SOS-Spielsucht lancierten die Sensibilisierungs-Kampagne «Wenn dein Spiel zur Droge wird» vom 24. Oktober bis 20. November zur Prävention und Früherkennung von Glücksspielsucht.

Die Kampagne lief in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Thurgau, Graubünden und Glarus.

Kurz- und Langzeitberatungen nahmen im Berichtsjahr weiter zu. Stark angestiegen sind das Fahren in angetrunkenem Zustand und das Fahren unter Drogeneinfluss. Die fehlbaren Lenkerinnen und Lenker werden jeweils vom Strassenverkehrsamt an die Beratungsstelle für Suchtfragen überwiesen.

Im September wurde in der Beratungsstelle ein Aufrechterhaltungsaudit mittels QuaTheDA (Qualität Therapie Drogen Alkohol) erfolgreich durchgeführt.

2.4.7 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission für Zahnärzte und Heilpraktiker

Im Berichtsjahr gingen zwei Gesuche um Überprüfung von Rechnungen von Zahnärzten ein. In beiden Fällen gaben die überprüften Behandlungen aus Sicht der Kommission Anlass für Beanstandungen. Die Kommission konnte keine



Einigungen erzielen und gab Empfehlungen ab. Im einen Fall konnten sich die Parteien im Nachhinein einigen.

3. Veterinäramt

3.1 Einführung neue Hundegesetzgebung

Am 1. Januar 2016 ist die neue Hundegesetzgebung in Kraft getreten. Damit ist die Zuständigkeit im Vollzug zu grossen Teilen von den Gemeinden an das Veterinäramt übergegangen. Als Übergangslösung erfolgte die Steuererhebung letztmals durch die Kantonspolizei. Um eine schlanke und effiziente Erhebung der Hundesteuer durch das Veterinäramt für die nächsten Jahre zu ermöglichen, war es nötig, die in diversen Datenbanken vorhandenen Hunde- und Hundesteuerdaten miteinander abzugleichen und von den Hundehaltenden bestätigen zu lassen. Bis Ende Jahr konnten so 98,7 % der bekannten Hundedaten (5'090 Datensätze) überprüft werden. Im Weiteren wurde die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Kantonspolizei geklärt und die Arbeiten für eine übersichtliche Informationsbroschüre aufgenommen.

3.2 Vogelgrippe

Im November wurden am Bodensee tote Wildvögel gefunden, bei welchen das Vogelgrippevirus H5N8 nachgewiesen wurde. Aufgrund einer Notverordnung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen mussten im ganzen Kanton Schutzmassnahmen für Geflügelhaltungen angeordnet werden. Zudem wurde die Bevölkerung aufgefordert, wachsam zu sein und seuchenverdächtige Tiere zu melden. Durch die gute, rasche und vorausschauende Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Geflügelhaltenden konnten Seuchenfälle verhindert werden.

3.3 Übrige Tierseuchen

Abgesehen von der Vogelgrippe war es ein ruhiges Jahr in Sachen Tierseuchen. So sind keine ausserordentlichen Seuchenausbrüche zu vermerken. Auch die Seuchenlage bei der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) entwickelt sich weiter positiv. Wie im Vorjahr wurden keine Neuinfektionen auf BVD-freien

Rindviehhaltungen entdeckt. Drei Seuchenfälle mit erklärba- ren Infektionsquellen sind bekämpft worden.

3.4 Rückstand bei der Kontrolle der Primärproduktion

Aufgrund anhaltend vieler und zum Teil intensiver Tierschutzfälle, wegen übergeordneten Aufgaben und durch personelle Veränderungen konnten im Berichtsjahr die vom Bund geforderten Kontrollen im Bereich der Primärproduktion zahlenmässig nicht erfüllt werden. Von den rund 170 ordentlich vorgesehenen Kontrollen auf Ganzjahresbetrieben konnten nur 13 % durchgeführt werden. Von den geforderten ordentlichen Kontrollen auf Sömmerungsbetrieben wurden 84 % (11 von 13) abgehalten. Kontrollen in Fisch- und Bienenhaltungen haben keine stattgefunden.

3.5 Entwicklung Tierschutzkontrollen

Seit einigen Jahren nimmt die Anzahl ausserordentlicher Tierschutzfälle stetig zu. Fälle ergeben sich einerseits im Zusammenhang mit der vom Bund vorgegebenen, ordentlichen Grundkontrolle und andererseits durch Meldungen aus der Bevölkerung oder anderer Stellen. Während der landwirtschaftliche Inspektionsdienst die ordentliche Grundkontrolle im Auftrag übernimmt, ist für die übrigen Meldungen das Veterinäramt selber zuständig. Beispielhaft kann dies mit dem Total durchgeführter ordentlicher Tierschutzkontrollen durch das Veterinäramt vor Ort veranschaulicht werden: Im Berichtsjahr erfolgten rund doppelt so viele Kontrollen (101) als noch zwei Jahre zuvor (53). Hinzu kommen zahlreiche administrative Kontrollen, welche vom Amt aus erledigt werden. Da der Wahrheitsgehalt von Meldungen sehr unterschiedlich ist, ist das Veterinäramt gezwungen, jede Meldung zu prüfen und gegebenenfalls Massnahmen zu ergreifen. Diese Unvorhersehbarkeit bindet Ressourcen und fordert das Veterinäramt, Prioritäten zu setzen.

3.6 Gebührenverordnung

Ende Mai hat der Regierungsrat die Verordnung über Entschädigungen und Abgaben (bGS 925.321) totalrevidiert. Hauptänderung war eine betragliche Harmonisierung der Entschädigung von Tierärztinnen und Tierärzten mit dem Kanton St. Gallen, insbesondere für Aufträge im Rahmen der



Tiergesundheitsgesetzgebung. Durch die Abkehr von starren Pauschalen gewinnt das Veterinäramt an Flexibilität, um im Einzelfall angemessene Entschädigungen auszahlen zu können, was besonders bei ausserordentlichen Ereignissen wichtig ist. Auf der Gebührensseite erfolgte auch eine entsprechende Anpassung.

4. Amt für Soziales

4.1 Allgemeines

Durch die Reorganisation wurden auf Beginn des Berichtsjahres drei Organisationseinheiten der ehemaligen Departemente Gesundheit sowie Inneres und Kultur zusammengeführt und im neuen Amt für Soziales vereint: Das Amt für Soziale Einrichtungen, die Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit sowie Bereiche des Amtes für Gesellschaft, nämlich Asyl, Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten, der Chancengleichheit für Frau und Mann sowie von Familien und der Jugend. Zudem wurde die Heimpflege – ein Teil des Pflegekinderwesens – von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde an das Amt für Soziales delegiert. Von Heimpflege spricht man, wenn mehrere Minderjährige gleichzeitig tagsüber oder tags- und nachtsüber durch andere Personen als ihre Eltern betreut werden (darunter fallen auch Kindertagesstätten). Das Aufgabenspektrum wurde in vier Abteilungen gebündelt: Soziale Einrichtungen, Pflegeheime und Spitex, Sozialhilfe und Asyl sowie Chancengleichheit.

4.2 Personelles

Für die neuen Aufgaben der Aufsicht von stationären Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kindertagesstätten (Abteilung Soziale Einrichtungen) hat Christiane Peelen ihre Tätigkeit Anfang Mai in einem 50-Prozent-Pensum aufgenommen. Für den Bereich der Bewilligung und Aufsicht von Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung sowie von Einrichtungen für suchtkgefährdete Menschen mit Drogenproblemen hat Kathrin Hörler am 1. Juli ihr neues Tätigkeitsfeld in einem 80-Prozent-Pensum angetreten. Einen Wechsel gab es in der Abteilung Chancengleichheit: Daniel Kaufmann hat das Amt Ende September verlassen; Anfang November ist Michaela Tanner eingetreten.

4.3 Abteilung Soziale Einrichtungen

Die 2015 erlassenen Richtlinien zur Basisqualität beschreiben die Qualitätsvorgaben und deren Überprüfung in Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung. Das Jahr 2015 diente der Implementierung der Qualitätsvorgaben durch die Institutionen. Zur Überprüfung und zur systematischen Qualitätssicherung werden alle drei Jahre eine periodische Selbstbeurteilung und eine Berichterstattung von den bewilligten Einrichtungen eingefordert. Zum ersten Mal wurde sie nun im Berichtsjahr bei einem Teil der Einrichtungen durchgeführt. Die überwiegende Zahl der Einrichtungen deklarieren, dass sie 85 % und mehr der Qualitätskriterien erfüllen. Im 2017 folgen die angemeldeten Aufsichtsbesuche, um sich auch vor Ort einen Eindruck über die Umsetzung der Basisqualität zu verschaffen.

In den letzten Jahren nahmen die Angebote im Bereich der Kindertagesstätten zu. Derzeit führen acht Trägerschaften an 14 verschiedenen Standorten familienergänzende Angebote (2014: neun Standorte), mit insgesamt 250 Betreuungsplätzen für Kinder von zwei Monaten bis zum 12. Lebensjahr (2014: 210 Plätze). Der grösste Anteil Plätze verteilt sich auf nicht-schulpflichtige Kinder. Gemäss Bundesvorgaben sind die Einrichtungen mindestens alle zwei Jahre durch die Aufsichtsbehörde zu besuchen. Die Aufsichtsbehörde hat die Aufgabe, sich in geeigneter Weise ein Urteil über das Befinden und die Betreuung der Minderjährigen zu bilden und darüber zu wachen, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung erfüllt und eingehalten werden. Nach einer ersten Situationsanalyse im Berichtsjahr wird diesbezüglich bereits ein grosser Handlungsbedarf festgestellt.

4.4 Abteilung Pflegeheime und Spitex

Mit dem Beschluss der Pflegeheimliste hat der Regierungsrat den Zwischenbericht zur Pflegeheimplanung zur Kenntnis genommen, welcher sich vorwiegend auf die statistischen Grundlagen des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (OBSAN) abstützte. Gemäss diesem Bericht übersteigt das Angebot an Pflegeheimplätzen in Appenzell Ausserrrhoden den berechneten Bedarf deutlich. Zudem erreichten die Pflegeheime im Jahr 2015 insgesamt eine Auslastung von knapp 89 %. Aufgrund dieser Sachlage und um die Schaffung weiterer Überkapazitäten zu vermeiden, hat der Regierungsrat im Frühjahr erstmals eine Obergrenze



an Pflegeheimplätzen festgelegt. Er erfüllt damit ein Ziel aus dem Regierungsprogramm, wonach der älteren Bevölkerung ein bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Betreuungs- und Pflegeangebot zur Verfügung stehen soll.

Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 13. Juni das Gesetz über die Pflegefinanzierung (PFG) einstimmig verabschiedet, und die Referendumsfrist ist unbenutzt abgelaufen. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz wurden in der Verordnung über die Pflegefinanzierung (PFV) festgelegt. Die PFV regelt die Einzelheiten zur Finanzierung von Pflegeleistungen und von nicht-pflegerischen Leistungen. Im Hinblick auf die neuen Finanzierungsbestimmungen gemäss PFG wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Spitex-Verbandes SG|AR|AI, den Spitexorganisationen Appenzellerland, Rotbachtal und Vorderland sowie der Gemeindepräsidien eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat mit externer Unterstützung ein «Konzept über die Finanzierung der Hilfe und Pflege zu Hause in Appenzell Ausserrhoden ab 2017» erarbeitet. Die zentralen Elemente dieses Konzeptes wurden in der PFV aufgenommen. Eine wesentliche Veränderung erfährt dabei die Finanzierung der Leistungen der Hilfe und Pflege von Spitex-Organisationen mit einem Versorgungsauftrag einer Gemeinde. Sie erfolgt ab 2017 nicht mehr defizitorientiert, sondern leistungsbezogen. Die Leistungserbringer legen ihre Tarife im Rahmen der durch den Regierungsrat bestimmten Höchstansätze und aufgrund ihrer Kostenrechnung fest. Defizite werden nicht mehr durch die Gemeinden gedeckt.

In Zusammenarbeit mit Vertretern der verschiedenen Leistungserbringer in Palliative Care (Appenzellische Ärztesgesellschaft, Curaviva Appenzellerland, Spitexverband SG|AR|AI, Insos Appenzell Ausserrhoden, Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden, Landeskirchen), den Gemeinden und palliative ostschweiz wurde ein «Palliative Care Konzept Appenzell Ausserrhoden» erarbeitet. Ziel ist, eine zweckmässig vernetzte und zugängliche palliative Versorgung von guter Qualität in allen Gemeinden zu gewährleisten. Dieser Zielsetzung wurden die Ergebnisse der Ist-Analyse in den einzelnen Versorgungsbereichen gegenübergestellt und der Handlungsbedarf sowie entsprechende Massnahmen abgeleitet. Das Konzept wird 2017 dem Regierungsrat zur Verabschiedung unterbreitet.

4.5 Abteilung Sozialhilfe und Asyl

Das Berichtsjahr war infolge der Zunahme der Asylgesuche geprägt von der Umsetzung der Massnahmen zur Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsplätzen in einem neuen kantonalen Durchgangszentrum für Asylsuchende. Bei der Suche nach möglichen Objekten kam es zum Kontakt mit der Stiftung «Sonneblick» in Walzenhausen als Eigentümerin der gleichnamigen Liegenschaft. Am 5. Juli hat der Regierungsrat zwei Entscheide gefällt: Zum einen die Unterzeichnung eines Mietvertrags mit der Stiftung über zehn Jahre für eine ordentliche Belegung mit 80 Personen; zum andern, aus Wirtschaftlichkeitsgründen von der selbständigen Betriebsführung abzusehen und mit dem Kanton St. Gallen entsprechende Verhandlungen zu führen. Am 13. Dezember haben die Regierungen von Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen beschlossen, die bisher in der «Landegg» bewährte Zusammenarbeit fortzusetzen, indem der «Sonneblick» durch den Kanton St. Gallen geführt wird und ihm im Gegenzug ein Drittel der 80 Plätze zur Verfügung stehen. Der Zeitpunkt der Eröffnung des neuen Durchgangszentrums ist offen und hängt vom Ausgang der Einsprachen gegen die Baueingabe ab.

Die Zunahme der Asylgesuche betraf nicht nur diejenigen der erwachsenen Personen. Es flüchteten vermehrt auch unbegleitete Kinder und unbegleitete minderjährige Jugendliche (mineur(s) non accompagné(s) - MNA). MNA haben aufgrund ihres Alters sowie des Umstandes, dass sie ohne Sorgeberechtigte in der Schweiz im Asylprozess stehen, besondere Schutzbedürfnisse. Der Kanton sowie die Gemeinden verfügten bislang nicht über die für die Unterbringung und Betreuung notwendige und altersgerechte Infrastruktur für diese hohe Anzahl Kinder und Jugendliche. Deshalb wurde die Umsetzung eines entsprechenden Unterbringungskonzeptes vorangetrieben, und es konnten zwei geeignete Partner gefunden werden: Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi in Trogen, die zwei ungenutzte Häuser vermietet und damit die Unterbringung sicherstellen konnte, und der Verein tipiti, der die Betreuung und Begleitung der MNA übernommen hat und über grosse Erfahrung in diesem Aufgabenbereich verfügt. Bei der Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung wurde besonders darauf geachtet, dass alle MNA - ungeachtet des Asylverfahrensstandes und der Finanzierungszuständigkeit - Zugang zu diesem Angebot haben. Zur Ausarbeitung und Umsetzung eines stationären



und externen Bildungsangebotes wurde das Departement Bildung und Kultur beigezogen. Am 19. April hat der Regierungsrat sowohl der Unterzeichnung der Mietverträge mit der Stiftung Kinderdorf als auch der Leistungsvereinbarung mit dem Verein tipiti zugestimmt, sodass der Betrieb am 1. Mai aufgenommen werden konnte.

Die Statistiken im Anhang ab S. 92 informieren über die Zahlen betreffend Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen im Kanton.

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war eine weitere Kernaufgabe im Berichtsjahr: Insgesamt wurde die Abteilung 342 Mal (Vorjahr: 431) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe und Sozialarbeit konsultiert.

Ferner wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2015 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 3,2 %. In Appenzell Ausserrhoden sank sie indessen leicht von 2,1 % (2014) auf 2,0 % (2015). Die Anzahl der durch die Gemeinden geführter Fälle sank geringfügig von 732 (2014) auf 728 (2015). Diese Fälle umfassten 2015 insgesamt 1'106 Personen (2014: 1'120 Personen).

4.6 Abteilung Chancengleichheit

Nachfolgend findet sich eine Auswahl von Projekten, die im Berichtsjahr fachlich und finanziell unterstützt oder realisiert wurden:

Handlungsfeld 1 - Vielfalt leben und erleben

ZARTwerk, das Netzwerk gegen Zwangsheirat in Appenzell Ausserrhoden, zeigte im März die Ausstellung «Willkommen zu Hause» zum Thema Gewalt in Familie und Partnerschaft. Mit Führungen, Referaten und einer Filmvorführung konnte dieses sensible und oft tabuisierte Thema rund 360 Besucherinnen und Besuchern näher gebracht werden.

Der Vernetzungsanlass Plattform09 zum Thema «Werte und Vorurteile» griff ein sehr aktuelles gesellschaftspolitisches Thema auf. Andreas Beelmann, Professor an der Universität

Jena in Deutschland, zeigte auf, wie es zu festgefahrenen Einstellungen und Vorurteilen gegenüber Menschen kommt und wohin sie führen. Der Tenor der anschliessenden Podiumsdiskussion war klar: Vorurteile können am ehesten durch Begegnungen abgebaut werden.

Handlungsfeld 2 - Arbeits- und Lebenswelt in Balance bringen

Im Berichtsjahr wurde das Projekt «Mein Beruf» gestartet. «Mein Beruf» ist ein neues Angebot für den Berufswahlunterricht mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler dazu zu ermutigen, ihre Berufswahl aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten und Interessen zu treffen und sich von gesellschaftlich geprägten Geschlechterstereotypen zu lösen.

Die Medienkampagne «Dann ist ein Mann ein Mann - Der Mann im Spannungsfeld von Arbeit, Familie und Mannsein» brachte starke Aussagen von fünf Ausserrhoder Männern hervor, wie sie Beruf und Familie vereinbaren. Es braucht diese Vorbilder, wie aus einer Studie von Pro Familia hervorgeht; denn neun von zehn Männern würden gerne weniger arbeiten, um mehr Familienzeit zur Verfügung zu haben und dafür Lohnneinbussen in Kauf nehmen.

Das «Lohnmobil» machte im September Halt auf dem Obstmarkt in Herisau. Die Wanderausstellung zur Lohngleichheit von Frauen und Männern unterstrich mit ihrem Rahmenprogramm das aktuelle kantonale und schweizerische Engagement zur Verwirklichung der Lohngleichheit.

Handlungsfeld 3 - starke Familien

Im Berichtsjahr wurde das Thema «Frühe Förderung» lanciert, welches im Einklang mit zentralen Anliegen des aktuellen Regierungsprogramms liegt. Im Zentrum früher Förderung stehen Massnahmen, welche die Kinder und ihre Familien stärken, die Chancengerechtigkeit unter anderem im Bildungswesen stärkt und Kinder darin unterstützt, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Die interdepartementale Arbeitsgruppe «FrüheChanceAR» erstellt derzeit eine Bestandesaufnahme. Die Auslegeordnung soll bestehende Angebote und offensichtliche Lücken aufzeigen.

Dank einer neuen Leistungsvereinbarung mit Kibesuisse erhalten die Kitas in Appenzell Ausserrhoden fachliche Beratung und vergünstigte Kurse. Damit wird die Qualität der familienergänzenden Betreuung im Kanton gestärkt.



Zusätzlich wurden im Berichtsjahr finanzielle Beiträge an Weiterbildungen von Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern sowie von Tageseltern geleistet.

In der von der Abteilung Chancengleichheit betriebenen «Koordinationsstelle Netzwerk Elternbildung» wurden neue Schwerpunkte gesetzt, u.a. steht die verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen im Fokus. Die Pilotphase «Elternbildung in der Schule» ist in der Gemeinde Herisau erfolgreich gestartet.

Die Wanderausstellung «Mein Körper gehört mir!» wurde erfolgreich in Herisau durchgeführt. Diese interaktive Ausstellung motivierte Lehrpersonen und Eltern dazu, frühzeitig und spielerisch mit der Prävention zur Verhinderung sexueller Ausbeutung von Kindern zu beginnen. Über 500 teilnehmende Kinder wurden ermutigt, sich gegen Gewalt zu wehren.

Handlungsfeld 4 - Gesellschaft MitWirkung

Im Rahmen eines Detailkonzepts bestimmten Kanton und Gemeinden gemeinsam, wie aus dem Ausland zuziehende Migrantinnen und Migranten künftig über die Lebensweise in der Schweiz, über ihre Rechte und Pflichten sowie die Angebote zur Integrationsförderung informiert werden sollen. Die obligatorischen Erstinformationsgespräche sollen künftig zentral durch eine beim Kanton angesiedelte Anlauf- und Informationsstelle erfolgen. Ausserdem wollen Kanton und Gemeinden mit einer webbasierten Informationsplattform ihrer gesetzlichen Informationspflicht gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nachkommen. Die Massnahmen werden im 2017 umgesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden ist in diesem Bereich und dem nachfolgenden Handlungsfeld 5 im Sinne des Regierungsprogramms gestärkt worden.

Handlungsfeld 5 - Netzwerk schafft Mehrwert

Zusammen mit der Gemeindepräsidentenkonferenz wurde ein Austausch zwischen den Verantwortlichen der Kinder- und Jugendpolitik organisiert. In Anbetracht der zunehmend über Internet und soziale Netzwerke ausgeübten verbalen und sexuellen Gewalt wurden neues Wissen und aktuelle Instrumente für die Jugendarbeit vorgestellt und diskutiert.

5. KESB

Der Aufbau einer neuen Organisation wie der KESB mit fortlaufenden Anpassungen an Gesetzesänderungen, Rechtsprechung und neue Aufgaben ist realistischerweise auf zehn Jahre zu veranschlagen. So war das Berichtsjahr für die KESB Appenzell Ausserrhoden nicht «courant normal», sondern von verschiedenen Herausforderungen geprägt. Auf den 1. Januar wurde die neue Software für die Klientenverwaltung (CMI Axioma KES) in Betrieb genommen. Die Umstellung war mit erheblichem Schulungs-, Wartungs- und Bearbeitungsaufwand verbunden, ist aber erfolgreich abgeschlossen worden. Für 2016 sind dank der neuen Software erstmals verlässlichere statistische Auswertungen möglich.

Nach dem Weggang von Jolanda Oelke-Brunner, welche die Behörde seit August 2013 leitete, wurde Felix Oesch als interimistischer Leiter (ohne Behörfunktion) beigezogen. Er hat die interne Zusammenarbeit analysiert und die Rahmenbedingungen dafür verbessert. Am 1. September übernahm Peter Dörflinger sowohl die Gesamtleitung der KESB als auch das Präsidium der Behörde als Spruchkörper.

Zwischen Oktober und Dezember wurden die Räumlichkeiten um- und ausgebaut. Seit Ende Dezember betreibt die KESB einen eigenen Schalter und ist für Klienten und Ratsuchende wieder direkt erreichbar. Die Besprechungen finden in eigens dafür eingerichteten Räumen statt; für die Kinder ist eine Spielecke eingerichtet worden. Das 3. und 4. Obergeschoss sind intern mit einer Wendeltreppe verbunden.

Bis Ende 2015 wurden mit einem besonderen Effort und zulasten der Aufbauarbeit die altrechtlichen Beistandschaften und Beiratschaften fristgerecht in das Erwachsenenschutzrecht überführt. Im Berichtsjahr wäre die Überprüfung der internen Prozesse und die Bearbeitung der zahlreichen Schnittstellen (Regionale Berufsbeistandschaften, Ärzte und Kliniken, Schulen, Banken, Gemeinden, Soziale Dienste, Grundbuch- und Erbschaftsämter etc.) angestanden. Diese Planung konnte nur ansatzweise umgesetzt werden.



Departement Bau und Volkswirtschaft

Direktorin: Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

Der Regierungsrat hat im Sommer 2015 beschlossen, den damaligen Entwurf für eine Teilrevision des Baugesetzes zurückzuziehen und neu aufzugleisen. Dieser Schritt wurde auch von den Gemeinden, Parteien, Verbänden und Beteiligten mehrheitlich als richtig befunden. Denn die Zusammenhänge zwischen der Baugesetzrevision, der laufenden Richtplannachführung sowie der Regelung zum Mehrwertausgleich sollen gesamthaft beurteilt werden können. In diesem Sinne hat der Regierungsrat den Gesetzgebungsprozess neu aufgegleist und Ende Jahr die erste Etappe einer Teilrevision des Baugesetzes sowie die Nachführung des Richtplans bis Ende Februar 2017 in die Vernehmlassung geschickt.

Zwei wichtige Vorlagen wurden im 4. Quartal zur Vernehmlassung verabschiedet: Mit dem Konzept öffentlicher Regionalverkehr 2018 - 2022 werden die Weichen für die Weiterentwicklung des ÖV-Angebots bis 2022 gestellt. Es gingen über 40 Stellungnahmen ein. Die vielen Vernehmlassungen zeigen die hohe Identifikation der Institutionen mit dem öffentlichen Regionalverkehr und die Sensibilität, wenn es um «ihren» ÖV geht. Das Energiekonzept 2017 - 2025 bildet den strategischen Rahmen für die energiepolitischen Massnahmen bis 2025. Ziel des Regierungsrates ist, den Energieverbrauch im Kanton in den nächsten Jahren deutlich zu senken; dies insbesondere durch Massnahmen im Gebäudebereich sowie den Ausbau der Stromproduktion aus «eigenen» erneuerbaren Energiequellen. Beide Konzepte dienen dem Kanton als Richtschnur für die kommenden Jahre.

Im Juni hat der Kantonsrat einer Totalrevision des vierzig Jahre alten Tourismusgesetzes nach intensiver Auseinandersetzung in zweiter Lesung zugestimmt. Damit hat der Kantonsrat ein klares Bekenntnis abgegeben, die Tourismuswirtschaft im Kanton zu stärken und die Ausserrhoder Beherbergungswirtschaft bei der Bewältigung bestehender struktureller Herausforderungen zu unterstützen.

Das Nein der Kantone St.Gallen und Thurgau zu den Planungskrediten für die Expo2027 kam überraschend. Damit lässt sich die Idee einer nächsten Landesausstellung in der Region Bodensee-Ostschweiz nicht umsetzen. Verpasst wird die einmalige Chance, der Ostschweiz wichtige Impulse für die Gesellschaft, Wirtschaft, den Tourismus sowie die Kultur zu verleihen. Der Ausserrhoder Kantonsrat hat sich noch im November 2015 klar für einen entsprechenden Kredit über Fr. 800'000 ausgesprochen. Die Kantone haben das Projekt im Dezember beendet und die Projektorganisation aufgelöst.

Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl hat im September ihren Rücktritt aus der Ausserrhoder Regierung per Ende Amtsjahr 2017 erklärt. Marianne Koller-Bohl will mit ihrem Rücktritt in der Mitte der Legislaturperiode die Kontinuität in der Regierungsarbeit gewährleisten.

1. Departementssekretariat

Das Departement hat im Berichtsjahr verschiedene Gesetzgebungsprojekte vorangetrieben oder abgeschlossen; darunter das neue Tourismusgesetz und die dazugehörige Verordnung sowie die Teilrevision der Verordnung über das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Zudem hat der Regierungsrat im Dezember die überholte Öko-Qualitätsverordnung aufgehoben und gleichzeitig eine neue Verordnung über die Vernetzungsbeiträge

erlassen sowie eine Teilrevision des Geschäftsreglements für die tripartite Kommission von Appenzell Ausserrhoden beschlossen.

Klar im Fokus des Departements stand aber die Teilrevision des Baugesetzes: Der Regierungsrat hat im Sommer 2015 beschlossen, den damaligen Entwurf für eine Teilrevision zurückzuziehen und neu aufzugleisen.



Die Zusammenhänge zwischen der Baugesetzrevision, der laufenden Richtplannachführung sowie der Regelung zum Mehrwertausgleich sollten gesamthaft beurteilt werden können. In diesem Sinne und im Bestreben, die Voraussetzungen für eine innere Verdichtung, eine zeitgemässe räumliche und bauliche Entwicklung sowie den Mehrwertausgleich von planungsbedingten Massnahmen im Sinne des Regierungsprogramms 2016 - 2019 zu schaffen, hat der Regierungsrat Anfang Dezember die erste Etappe einer Teilrevision des Baugesetzes sowie die Nachführung des Richtplans bis Ende Februar 2017 in die Vernehmlassung geschickt. Bis am 1. Mai 2019 müssen die Anpassungen in der kantonalen Richtplanung und im Baugesetz in Kraft gesetzt werden. Ansonsten wird die Ausscheidung neuer Bauzonen von Bundesrecht wegen unzulässig.

Im Berichtsjahr hat der Kantonsrat zudem einer Mini-Teilrevision des Baugesetzes in zwei Lesungen klar zugestimmt. Im Zentrum der Vorlage stand die Schaffung von zwei neuen Artikeln, welche die Grundlagen für die finanzielle Unterstützung von Arealentwicklungen und Haus-Analysen bilden. Im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 - 2019 kommt der Regierungsrat damit dem Bestreben nach, die Erneuerung und Belebung der Dorfzentren durch Altbausanierungen sowie die aktive Unterstützung der Gemeinden bei der Entwicklung von Arealen in Dorfzentren und Gewerbearealen zu ermöglichen. Die beiden erfolgreichen Projekte aus dem Regierungsprogramm 2012 - 2015 können damit im Rahmen der ordentlichen Verwaltungstätigkeit weitergeführt werden.

65 Rekurse gegen Entscheide von Gemeindebehörden und departementalen Amtsstellen (Vorjahr: 77 (DBU), 11 (DBV)) sowie sieben Einsprachen gegen Flurgenossenschaftsbeschlüsse und Grundwasserschutzzonen (Vorjahr: acht) sind eingegangen. Erledigt wurden 56 Rekurse und drei Einsprachen, darunter auch solche aus den Vorjahren. Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von kommunalen Reglementen forderten den Rechtsdienst zeitlich stark; insbesondere der Aufwand für Anfragen der Gemeinden nimmt stetig zu.

1.1 Baukoordinationsdienst

Beim Baukoordinationsdienst gingen 907 Baugesuche ein (Vorjahr: 946, Durchschnitt der letzten zehn Jahre: 900). Davon betrafen elf Eingaben ein bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren und sieben Eingaben ein Vernehmlassungsverfahren nach Strassengesetz. In sieben Fällen musste gestützt auf das Rohrleitungsgesetz eine Bewilligung des Regierungsrates eingeholt werden. Schliesslich gingen 17 Meldungen von Solaranlagen ausserhalb Bauzonen ein.

Zwei Drittel der Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt, wobei bis Ende Jahr rund 91 % der im 2016 eingegangenen Baugesuche erledigt werden konnten. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer durch die kantonalen Stellen betrug 3,84 Wochen pro Fall (Vorjahr: 3,51). Rund 70 % der Verfahren konnten dank dem Baugesuchsprogramm rein elektronisch abgewickelt werden.

1.2 Öffentlicher Verkehr

Die Modernisierung der Appenzeller Bahnen, die massgeblich durch den Bau der Durchmesserlinie Appenzell - St.Gallen - Trogen (DML) und den Einsatz von neuen modernen Zügen geprägt wird, schreitet voran - ganz im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 - 2019. Die Finanzierungsvereinbarung für den Bau der Infrastruktur wurde im Frühling von allen Vertragspartnern unterzeichnet. Die aktuellen Kostenschätzungen bewegen sich im Rahmen der gesprochenen Kredite.

Um das Angebot ausbauen zu können sind Infrastrukturmassnahmen auf den Linien St. Gallen - Trogen und St.Gallen - Gais - Appenzell notwendig. Das grösste Teilprojekt ist der Ruckhaldentunnel, der dank dem Wegfall der Zahnradstrecke die notwendige Fahrzeitverkürzung für eine Zugskreuzung und damit die Einführung des Viertelstudenttaktes zwischen Trogen und Teufen per Ende 2018 ermöglicht. Der Spatenstich erfolgte am 4. April, und der Durchstich wird im Sommer 2017 erwartet.

Der Fahrplanwechsel im Dezember brachte für Appenzell Ausserrhodens keine grossen Veränderungen. Auf gesamt-



schweizerischer Ebene führte die Eröffnung des neuen Gotthardbasistunnels aber dazu, dass die Fahrt mit dem Voralpenexpress vom Appenzellerland über Arth-Goldau ins Tessin um mehr als 30 Minuten verkürzt wurde.

Im Berichtsjahr hat Appenzell Ausserrhoden zusammen mit den Nachbarkantonen und dem Bund erstmals eine Zielvereinbarung für die Postautolinien im Appenzellerland abgeschlossen. Damit können Bund und Kantone mit den Transportunternehmen über einen mittelfristigen Zeithorizont finanzielle und qualitative Ziele vereinbaren. Die Zielvereinbarung mit PostAuto Region Ostschweiz gilt für die Jahre 2018 - 2021 und führt zu tieferen Kosten für die öffentliche Hand.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass beim Bestellverfahren Reformbedarf in der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen besteht. Der Bundesrat hat deshalb Ende Juni beschlossen, eine Vernehmlassungsvorlage für eine Reform des regionalen Personenverkehrs (RPV) auszuarbeiten. Von Bedeutung für die kleineren Kantone ist dabei, dass sie angemessen in den Prozess einbezogen werden. Denn mögliche Kompetenzverschiebungen zwischen Bund und Kantonen haben sehr schnell Auswirkungen auf die kleineren Kantone, die mit geringen personellen Ressourcen das gesamte Spektrum des öffentlichen Verkehrs bearbeiten. Appenzell Ausserrhoden konnte in diesem wichtigen Projekt Einsitz nehmen.

Das Berichtsjahr wurde auch geprägt durch die Erarbeitung des Konzepts öffentlicher Regionalverkehr Appenzell Ausserrhoden 2018 - 2022 (ÖV-Konzept). Das ÖV-Konzept zeigt die vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Angebotsentwicklung und der Finanzierung in den kommenden Jahren. Bis Mitte Dezember wurde eine breite Vernehmlassung durchgeführt. Das Interesse an der Mitgestaltung des öffentlichen Verkehrs ist gross. Es gingen über 40 Stellungnahmen mit zahlreichen Bemerkungen und Ausbauvorschlägen ein. Es ist vorgesehen, das ÖV-Konzept im Mai 2017 dem Kantonsrat zur Genehmigung vorzulegen.

2. Tiefbauamt

Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat das Tiefbauamt im Berichtsjahr neu die Aufsicht über die Fuss- und Wanderwege übernommen, gleichzeitig aber die Wassernutzung sowie die Vermessung und Geoinformation abgegeben.

Viel Arbeit brachte das Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee 2019 - 2022 (3. Generation). Es enthält die Herisauer Grossprojekte «Bahnhofareal» und Umbau «Schwänlikreuzung». Der Regierungsrat unterstützt im Sinne des Regierungsprogramms 2016 - 2019 diesen gezielten Ausbau von Schlüsselinfrastrukturen und hat das Dossier im Dezember zuhänden des Bundes verabschiedet.

Diskussionen bis in den Kantonsrat gab das geplante Verkehrssystemmanagement für den Verkehrsraum St.Gallen (Pfortneranlagen).

2.1 Strassen- und Brückenbau

Beim Kantonsstrassennetz wurden die geplanten Objekte mehrheitlich umgesetzt. Dank des milden und schnee-armen Spätherbstes konnte bis kurz vor Weihnachten gearbeitet werden. Hervorzuheben sind die Inbetriebnahme der neuen Steblenbachbrücke in Waldstatt und der Abschluss des mehrjährigen Ausbaus der Mittellandstrasse auf dem Gemeindegebiet Wald. Termingerecht wurde der Ausbau der Kasernenstrasse in der Walke Herisau abgeschlossen, so dass für die Eröffnung des Migros-Provisoriums ein durchgehendes Trottoir und eine behindertengerechte Bushaltestelle bereit standen. Ende Jahr entschied das Obergericht im Streitfall um die Pflasterung auf dem Landsgemeindeplatz Trogen und den angrenzenden Kantonsstrassen. Es besteht die Hoffnung, dass in Trogen im Jahr 2018 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

In der Projektierung konnten einige grössere Vorhaben genehmigt und öffentlich aufgelegt werden. Dazu gehört der Strassenausbau mit Trottoir zum Schwimmbad Walzenhausen, die Gesamterneuerung der letzten Etappe zwischen Hundwil und Zürchersmühle oder der Ausbau mit Trottoir



zwischen Rehetobel und Kaien. In Gais soll infolge der Erweiterung der Klinik der Verkehr neu über die Nördlistrasse geführt werden, was einen Ausbau der Einmündung in die Kantonsstrasse im Hebrig notwendig macht.

Viel Arbeit generieren die Vorhaben der Appenzeller Bahnen. Zu der weiter nur stockend vorankommenden Sanierung der Bahnübergänge kamen die behindertengerechten Umbauten der Haltestellen entlang der Kantonsstrasse, die Arealentwicklungen Bahnhof Herisau und Gais, die Neuauflage des Teilprojektes Verlängerung Kreuzungsstelle Lustmühle der DML und die Vorhaben im Ortskern von Teufen. Nachdem die Gesamtprojektleitung für die Sanierung der Ortsdurchfahrt Teufen die Arbeit aufnahm und die Planermandate für den Umbau des Bahnhofs, der Bahnhofkreuzung und der Doppelspur durchs Dorf ausschrieb, rumorte es wieder in der Bevölkerung, und ein Komitee sammelte erfolgreich Unterschriften für eine Kurztunnel-Initiative. Dieses fordert den Bau eines rund 360 Meter langen Tunnels zwischen Bahnhof und Schützengarten. Die Abstimmung in der Gemeinde Teufen ist im Mai 2017. Kurz vor Weihnachten lagen die Vorprojekte für den Umbau des Bahnhofes und die Umgestaltung der Bahnhofkreuzung zu einem Kreisel vor.

Im Hinblick auf das 3. kantonale Strassenbau- und Investitionsprogramm 2019 – 2022 konnten sich die Gemeinden zum Vorschlag der Objektliste äussern. Mehrheitlich stimmen die Gemeinden den Objekten zu.

2.2 Strassenunterhalt

Harzig verlaufen die Planungen zur Sanierung der Fussgängerstreifen auf dem Kantonsstrassennetz. Nach sieben Jahren Arbeit und zahlreichen Diskussionen mit Gemeindebehörden und Anwohnern ist erst rund die Hälfte der ehemals 490 Fussgängerstreifen saniert. Viele mussten infolge nicht erfüllbarer Kriterien entfernt werden, was wiederum an mehreren Orten zu Unterschriftensammlungen führte. Ebenfalls im Rückstand ist die

Prüfung der Bushaltestellen hinsichtlich der Anforderungen aus dem Behindertengleichstellungsgesetz. Für 17 Gemeinden sind die Strassenlärmsanierungsprojekte 2. Generation erstellt worden. Bei der Ortsdurchfahrt Waldstatt wurde als Pilotversuch erstmals wieder seit zehn Jahren ein lärmarmes Belag eingebaut.

2.3 Mobilität und Support

Im Sommer startete die neu geschaffene Abteilung Mobilität und Support mit einer neuen Abteilungsleiterin. Hauptaufgaben sind der Landerwerb für die Bauprojekte, die Strassenbaupolizei, die Aufsicht über die Fuss- und Wanderwege, die Prüfung der kommunalen Strassenverzeichnisse und der Statuten von Flurgenossenschaften sowie die Bewirtschaftung der amtsinternen GIS-Karten.

Im Frühjahr wurden für Rehetobel, Wald und Teufen die ersten kommunalen Strassenverzeichnisse genehmigt. Die Frist zur öffentlichen Auflage der Verzeichnisse ist seit vier Jahren abgelaufen, und viele Gemeinden tun sich weiterhin schwer mit dem Aufbau der Verzeichnisse.

Der Aufwand für die Vorprüfung von Statutenänderungen von Flurgenossenschaften (37) sowie die Vorbereitung von Genehmigungsanträgen (40) ist im Berichtsjahr stark angestiegen. Der Regierungsrat hat 35 Statutenänderungen sowie fünf neue Statuten von Flurgenossenschaften genehmigt.

2.4 Wasserbau

Appenzell Ausserrhoden blieb trotz schweizweitem Dauerregen im Juni von Hochwassern und Unwettern verschont. Im Herbst nahm der neue Abteilungsleiter seine Arbeit auf. Die Gemeinden konnten zu den geplanten Objekten der Programmperiode 2016 – 2019 Stellung nehmen, wobei gemäss Stossrichtung des Regierungsprogramms 2016 – 2019, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in der Erbringung von öffentlichen Leistungen zu verstärken, erstmals nicht nur Listen mit den Bauvorhaben, sondern umfassende Plangrundlagen bereit gestellt wurden.



3. Amt für Raum und Wald

Das aus dem Planungsamt und dem Oberforstamt hervorgegangene neue Amt erarbeitete für sich im Berichtsjahr neue Strukturen und Abläufe. Ab Ende März konnte das ganze Amt am Standort an der Kasernenstrasse 17A auch räumlich zusammengeführt werden. Das Amt für Raum und Wald mit den beiden Abteilungen Raumentwicklung sowie Wald und Natur entwickelte sich im Jahresverlauf gut.

3.1 Dienste (Sekretariat, Geoinformation, Vermessung)

Zum Aufbau eines kantonalen Kompetenzzentrums für Geoinformation konnte die GIS-Fachstelle mit einer Geografin besetzt werden. Nach gutem Start stockte das Projekt zum Aufbau des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB wegen Zeitmangels der Projektleitung. Mit der eidgenössischen Vermessungsdirektion wurde die Programmvereinbarung zur amtlichen Vermessung für die Periode 2016 - 2019 abgeschlossen.

3.2 Raumentwicklung

Zusammenarbeit und übergeordnete Raumplanung

Nach rund zweieinhalb Jahren intensiver Zusammenarbeit über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg, konnte im Dezember das Agglomerationsprogramm St.Gallen-Bodensee der 3. Generation beim Bund eingereicht werden (vgl. auch Abschnitt Tiefbauamt, S. 47). Im Programm soll mit dem neuen Themenschwerpunkt «Landschaft» die Landschaftsqualität innerhalb und ausserhalb der Siedlungsgebiete gesteigert werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie Landschaftsräume für Alltag und Freizeit attraktiver gemacht werden können. Im Frühjahr 2018 liegt der Prüfbericht des Bundes zum Agglomerationsprogramm vor.

Kantonalplanungen

Aufgrund der im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung eingegangenen Stellungnahmen und des Vorprüfungsberichtes des Bundes wurde die Nachführung des kantonalen Richtplans überarbeitet. Insbesondere wurde die Nachführung inhaltlich und zeitlich auf die Baugesetz-

revision abgestimmt. In zwei Strategiesitzungen befasste sich der Regierungsrat mit der komplexen Materie. Am 29. November verabschiedete der Regierungsrat das überarbeitete Planungsinstrument zur zweiten Anhörung bei den Gemeinden - ganz im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 - 2019.

Ortsplanungen

Zur Sicherung der übergeordneten strategischen Ziele der räumlichen Entwicklung bis zur Inkraftsetzung des kantonalen Richtplans definierte das Departement für die Gemeinden Übergangsregeln für Ein- und Umzonungen. Insgesamt ist weder eine Vergrösserung der Bauzonenfläche noch eine Vergrösserung der Einwohnerkapazitäten mehr möglich. Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben haben die Gemeinden ihre Ortsplanungen weiter optimiert. Das Schwerkraft lag im Bereich der Teilzonenpläne (18 Vorprüfungen, 16 Genehmigungen) sowie der Sondernutzungspläne (12 Vorprüfungen, acht Genehmigungen), die sich im Rahmen der Umsetzung der Ortsplanungen als notwendig erwiesen.

Baubewilligungen und Stellungnahmen

Im Berichtsjahr wurden 566 Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen behandelt; elf mehr als im Vorjahr. Die Anzahl liegt leicht über dem Mittel der letzten drei Jahren (560). Sechs Einsprachen sind eingegangen. Im Vorjahr waren es deren zwölf. 92 schriftliche Stellungnahmen zu Strassenbauprojekten, Wasserbauprojekten und anderen raumplanerischen Voranfragen wurden ausgefertigt. Zusätzlich wurden 66 raumplanerische Verfügungen sowie Verfügungen zu Bodenrechtsgesuchen erstellt.

3.3 Wald und Natur

Walderhaltung, Waldbewirtschaftung

Das Departement bewilligte auf Antrag der Abteilung Wald und Natur sieben Rodungen (Vorjahr: 16) mit einer Rodungsfläche von 76 Aren (Vorjahr: 227). Es hat zu 116 Baugesuchen am oder im Wald (Vorjahr: 129) sowie zu 130 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich (Vorjahr: 121) Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden 23 Mitberichte zuhanden der Abteilung Raumentwicklung verfasst (Vorjahr: 24).



Die Holznutzung nahm im Berichtsjahr leicht zu. Im Privatwald wurden 29'000 Festmeter Holz zur Nutzung angezeichnet (Vorjahr: 25'000 m³). Der Holzpreis hat sich auf einem niederen Niveau stabilisiert, die Nachfrage für das Nadelholz war befriedigend.

Forstliche Planung

Die Jahresziele zur Umsetzung des kantonalen Waldplanes wurden erreicht. Auf Ebene Forstbetriebe wurden die Betriebspläne für die Forstreviere Trogen und Urnäsch - Hundwil - Stein in Kraft gesetzt. Unter der Leitung der Abteilung Wald und Natur hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den für den Wald verantwortlichen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie den Betriebsleitern der Forstbetriebe der Gemeinden Herisau, Urnäsch und Schwellbrunn, ein Konzept für eine Optimierung der forstlichen Strukturen im Hinterland erarbeitet. Der Schlussbericht empfiehlt ganz im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 - 2019 den Zusammenschluss der Forstbetriebe Urnäsch, Herisau und Schwellbrunn zu einem einzigen Forstbetrieb Hinterland mit Urnäsch als Kopfbetrieb. Er wurde den Gemeinden vorgelegt und bildet die Entscheidungsgrundlage für die künftige Zusammenarbeit im forstlichen Bereich im Hinterland.

Prävention Naturgefahren

Im Berichtsjahr waren keine grösseren Naturereignisse zu verzeichnen. Für Massnahmen zur Prävention von gravitativen Naturgefahren wurden Beiträge von Bund und Kanton in der Höhe von Fr. 372'000 ausgerichtet.

Staatswald

Erstmals seit vielen Jahren konnte die Fläche des Staatswaldes mit dem Kauf der Waldungen der Kirchgemeinde Heiden um 7,5 Hektaren vergrössert werden.

Natur und Landschaft

Der Regierungsrat hat die Programmvereinbarung im Bereich Natur und Landschaft für die Periode 2016 - 2019 neu abgeschlossen. Verglichen mit der Vorperiode konnte ein leicht höherer Bundesbeitrag von Fr. 237'000 vereinbart werden (Vorperiode: Fr. 228'500).

4. Amt für Umwelt

4.1 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat das Amt für Umwelt (AfU) im Berichtsjahr die Fischereiverwaltung übernommen. Die Administration ist neu aufgebaut und die notwendigen Vorlagen sind erarbeitet. Zur Vorbereitung der Neuausschreibung der Fischereireviere per Januar 2017 sind die 26 Reviere erstmalig umfassend aufgenommen und nach einheitlichen Kriterien bewertet worden.

Das AfU hat zusammen mit dem so genannten Kontaktgremium Wasser eine gut besuchte Weiterbildungsveranstaltung für die Verantwortlichen der Wasserversorgungen organisiert und ein Muster-Wasserversorgungsreglement erarbeitet. Als weitere Dienstleistung für die Wasserversorgungen hat das Amt die von der SUVA verlangten Radonmessungen organisiert und umgesetzt.

Im Herbst ging die neue Anschlussleitung der Gemeinde Rehetobel an den Abwasserverband Altenrhein in Betrieb. Parallel dazu begann der Bau der Anschlussleitung der Gemeinde Speicher. Die Anschlüsse entlasten die Goldach bei gleichzeitiger Verbesserung der Abwasserreinigung hinsichtlich Reinigungsleistung und Betriebssicherheit. Die Bundesbeiträge von ca. Fr. 3,7 Mio. an die neue Verfahrensstufe für die Beseitigung von Mikroverunreinigungen auf der ARA Bachwis, Herisau, sind eingegangen.

Die Dichtheitskontrolle der landwirtschaftlichen Düngieranlagen und die Überprüfung der Lagerung wassergefährdender Stoffe (v.a. Dieselbetankungsanlagen) wurden fortgesetzt. In beiden Bereichen wurden mehrfach Mängel oder Sanierungsbedarf festgestellt. Über 90 % der kontrollierten Dieselbetankungsanlagen waren nicht bewilligt. Ebenfalls intensiviert wurden die Baukontrollen bei landwirtschaftlichen Projekten. Die Sanierung der einwandigen erdverlegten Tankanlagen konnte im laufenden Jahr abgeschlossen werden.

Umweltpikett

Das erste Jahr der Zusammenarbeit an Wochenenden und Feiertagen der beiden Pikettdienste der Kantone Appenzell



Ausserrhoden und St. Gallen verlief gut. Ziel beider Kantone ist es, eine definitive Vereinbarung abzuschliessen.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 31 Schadenfallmeldungen eingegangen. Bei 24 Fällen hat der Pikettdienst eingegriffen. Wie im Vorjahr kam es in drei Fällen zu einem Fischsterben. In einem Fall starben 60 Bachforellen wegen eines Chemikalieneintrags in ein Gewässer.

4.2 Luft

2016 war die Luftqualität in der Ostschweiz so gut wie noch nie seit Messbeginn. Dies trifft vor allem auch auf die Belastung durch Feinstaub PM10 zu. Dennoch können auch einzelne lokale Holzfeuerungen die Umwelt erheblich mit Feinstaub und Russ belasten. Keine nennenswerte Verringerung wurde bei den Ammoniak-Immissionen beobachtet, die vor allem durch die Landwirtschaft entstehen. Hier besteht Handlungsbedarf. Massnahmen, die auch für die Rindviehhaltung im Kanton von Bedeutung sind, werden zurzeit auf Bundesebene intensiv diskutiert.

Mobilfunk

Die Nutzung der Mobilfunkdienste nimmt weiter zu. Entsprechend werden die Mobilfunknetze auch in unserem Kanton laufend modernisiert und ausgebaut. Die wichtigen Antennenstandorte sind heute auch mit dem Funkstandard LTE der vierten Generation ausgerüstet. Die Nachrüstung erfolgte bei 30 Standorten – als Bagatelländerung ohne Erhöhung der Sendeleistung und ohne Bewilligungsverfahren. Zwei Anlagen wurden im ordentlichen Bewilligungsverfahren ausgebaut. Das AfU überprüft periodisch die Einhaltung der bewilligten Anlagedaten und Bestimmungen der NISV durch die Mobilfunkbetreiber.

4.3 Energie/Klima

Das kantonale Energiekonzept 2017 – 2025 wurde vollständig überarbeitet und im November vom Regierungsrat zu Handen der Vernehmlassung bis Anfang Februar 2017 verabschiedet.

Über das kantonale Förderprogramm wurden gegenüber dem Vorjahr etwas weniger Beiträge ausbezahlt. Ange-

stiegen sind die Beitragszusicherungen. Dies wird sich 2017/2018 bei den Auszahlungen zeigen. Innerhalb der Förderbereiche zeichnet sich eine Verschiebung von den holzbefeuerten Wärmeerzeugern hin zu Wärmepumpen ab. Das bestehende Förderprogramm lief Ende 2016 aus. Das neue Förderprogramm ab 2017 orientiert sich am harmonisierten Fördermodell der Kantone. 20 Kantone haben eine gemeinsame Software zur effizienten und kostengünstigen Administration der Beiträge eingeführt. Diese steht ab 2017 für Gesuchstellende wie Kontrollorgane zur Verfügung.

Die erste Etappe des kantonalen EnergyGIS konnte bis Sommer realisiert werden. Das EnergyGIS wird in Etappen umgesetzt und in das neue, webbasierte Geoportals für Betrachter überführt. Das EnergyGIS führt alle vorhandenen Daten zu Energieerzeugung, Potential und Nutzung auf der geographischen Plattform zusammen. Dadurch erhalten Kanton und Gemeinden ein wertvolles Instrument für ihre Energieplanungen und Massnahmen. Die Arbeiten an der zweiten Etappe sind im Gange.

5. Amt für Wirtschaft und Arbeit

Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit eine Vielzahl neuer Aufgaben und Zuständigkeiten übernommen: Die Abteilung Standortförderung ist neu auch für die Bereiche Tourismus, Gewerbebewilligungen, Arealentwicklung und das Arbeitsamt zuständig. Die Abteilung Arbeitsinspektorat übernahm neu den Vollzug des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) sowie das Eich- und Messwesen.

5.1 Standortförderung

Der globale Standortwettbewerb hat sich auch im Berichtsjahr weiter verschärft, und die Rahmenbedingungen der Schweiz als Investitionsstandort sind weiter stark unter Druck geraten. Deshalb hat sich die Zusammenarbeit und der gemeinsame Auftritt in der internationalen Standortpromotion mit den Ostschweizer Kantonen St. Gallen, Thurgau und Appenzell Innerrhoden als «St.GallenBodenseeArea» für Appenzell Ausserrhoden im Sinne



des Regierungsprogramms 2016 - 2019 bewährt und konnte weiter ausgebaut und verstärkt werden. Sie trägt vorteilhaft zur Wahrnehmung von Appenzell Ausserrhoden bei und eröffnet Möglichkeiten, die allein nicht zu realisieren wären.

Ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016 - 2019 konnte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Verein STARTFELD, der für die Förderung von Innovationen und Jungunternehmertum in der Ostschweiz zuständig ist, für die Jahre 2016 - 2019 verlängert werden. Zudem zeigte sich bei den regelmässig durchgeführten Firmenbesuchen, dass der Fachkräftemangel weiterhin ein wichtiges Thema ist. Zusammen mit dem Kanton St.Gallen wurde deshalb wieder ein Sprungbrett-Event und - gemeinsam mit den Nachbarkantonen - bereits zum dritten Mal die Veranstaltung «ProOst» organisiert. Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen.

Zur Netzwerkpflege wurden verschiedene Veranstaltungen wie den stets gut besuchten Anlass «Beste Köpfe» oder - zusammen mit der Steuerverwaltung - verschiedene Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern organisiert.

Neue Regionalpolitik (NRP)

Anfang Jahr startete die 3. NRP-Umsetzungsperiode 2016 - 2019. Aufgrund des Entlastungsprogramms beteiligt sich Appenzell Ausserrhoden nur noch an interkantonalen Projekten. Weiterhin stehen Darlehen für die Unterstützung von (touristischen) Infrastrukturen zur Verfügung. Im Berichtsjahr konnten wieder einige interessante Projekte begleitet werden (z.B. Gesundheitsregion Appenzellerland, Ostschweizer Gästekarte OSKAR, Fensterplatz, Regionales Innovationssystem etc.).

Tourismus

Im Juni hat der Kantonsrat einer Totalrevision des vierzig Jahre alten Tourismusgesetzes in zweiter Lesung zugestimmt. Er hat damit die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, die Tourismusbranche in ausgewählten Bereichen auch weiterhin finanziell zu unterstützen. Insbesondere soll die Entwicklung und Vermarktung der touristischen Angebote im Kanton neu geschäftsfeld-

spezifisch und nach Möglichkeit destinationsübergreifend vorangetrieben werden. Der notwendige Strukturwandel in der Ausserrhoder Beherbergungswirtschaft wird durch die Förderung marktfähiger, neuer Geschäftsmodelle unterstützt. Der Regierungsrat hat die Vorlage auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt - und damit ganz im Sinne der politischen Stossrichtung des Regierungsprogramms 2016 - 2019 die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um Freizeitwerte im Kanton für die einheimische Bevölkerung und Touristen zu erhalten und neue zu schaffen.

Aufgrund der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2016 und 2017 wurde der kantonalen Tourismusmarketing-Organisation Appenzellerland Tourismus AG wie im Vorjahr ein Förderbeitrag von Fr. 940'000 gewährt. Ebenfalls unterstützt wurde die Erlebnisinszenierung auf bestehenden Wanderwegen (Witzweg, Gäbristour, Lillyweg etc.). Die Schaffung von Freizeitwerten für die ansässige und nicht ansässige Bevölkerung ist Ziel des aktuellen Regierungsprogramms 2016 - 2019.

Im Sinne des Regierungsprogramms 2016 - 2019 wurde zusammen mit dem Kanton St. Gallen geprüft, ob eine verstärkte Zusammenarbeit im Tourismus bzw. eine Neuorganisation der Tourismusdestinationen umsetzbar wäre. Der Regierungsrat hat die Weiterverfolgung dieses Projekts im Januar jedoch abgelehnt.

Arbeitsamt

Die Prozesse und Abläufe wurden im Berichtsjahr neu organisiert, und die vom Staatssekretariat für Migration zur Verfügung gestellte Software ZEMIS wird nun eingesetzt. Die geopolitischen Veränderungen, insbesondere die Flüchtlingsbewegungen, führten dazu, dass viele Flüchtlinge und Asylbewerber nach Appenzell Ausserrhoden gelangten. Zahlreiche Unternehmen stellten Anträge zur Beschäftigung und Anstellung von Personen im Flüchtlings- bzw. Asylstatus. Dies führte zu einem erheblichen Arbeitsaufwand. Im Berichtsjahr wurden total 134 Gesuche bearbeitet.

Gewerbebewilligungen

Der Bereich der Gewerbebewilligungen (vormals Verwaltungspolizei) wurde neu organisiert, und seit Anfang Jahr sind ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016 - 2019 sämtliche Informationen und Antragsformulare elektronisch



abrufbar. Im Berichtsjahr wurden 56 neue Gastgewerbebewilligungen (Vorjahr: 57) und im Bereich Kleinhandel mit Alkohol 11 Kleinhandelsbewilligungen ausgestellt. Die Statistik im Anhang S. 102 informiert über weitere Zahlen.

5.2 Arbeitsinspektorat

Die Anzahl der gewerblichen Baugesuche lag leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Bei den Beratungsgesprächen war ein Trend zum Thema Mobbing zu verzeichnen. Mögliche Ursachen könnten erhöhter Leistungsdruck am Arbeitsplatz und/oder die SECO-Kampagne zu psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz sein. Die Anzahl der Meldungen im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze (flankierende Massnahmen) ist um rund 6 % angestiegen und lag damit auf einem neuen Höchststand. Auffallend war, dass die Meldungen für einen Stellenantritt in der Schweiz um rund 27 % zu- und die Meldungen von selbständigen Dienstleistungserbringern um rund 20 % abgenommen haben. Die Kontrollzahlen im Bereich Schwarzarbeit beinhalten auch die Kontrollen von Selbständigen/Scheinselbständigen. Die Anzahl Kontrollen war gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig, die Anzahl der kontrollierten Personen lag aber über dem Niveau der beiden Vorjahre. Leicht rückgängig war die Anzahl abgeschlossener Fälle im Bereich Schwarzarbeit.

Infolge einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen im Eich- und Messwesen bezüglich Eichturnus von bestimmten Messmitteln reduzierte der Eichmeister sein Pensum um 20 %. Die freigewordenen Stellenprozente konnten somit neu für den Vollzug des AVG eingesetzt werden. Das SECO-Audit zum AVG-Vollzug verlief erfolgreich.

Die Statistiken im Anhang S. 103 informieren über weitere Zahlen.

5.3 Handelsregister

Das Total der eingetragenen Rechtssubjekte erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr wieder stärker. Dies ist hauptsächlich auf den Rückgang der Löschungen zurück zu führen (- 21 %). Bei den Neueintragungen inkl. Zuzügen resultierte eine Abnahme um rund 9 %. Im Rückgang der Löschungen widerspiegelt sich der Umstand, dass die

Registerbereinigung im Zuge der Einführung der Unternehmensidentifikationsnummer im Jahr 2015 mehrheitlich abgeschlossen wurde. Aufgrund der hohen Anzahl an laufenden Liquidationsverfahren bei juristischen Personen ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Löschungen im 2017 wieder steigen wird, denn Liquidationsverfahren dauern meistens ein bis zwei Jahre. Einer der Gründe für die Zunahme der laufenden Liquidationsverfahren ist die Erhöhung der minimalen Kapitalsteuer auf Fr. 900 per 1. Januar 2015.

Die Handelsregisterlösung HR-Net wurde im Frühjahr auf die neue Lösung «CR-Business» umgestellt, welche die Voraussetzung für künftige zusätzliche Funktionen bietet (z.B. Einführung Personenreferenzregister, elektronischer Workflow, Verarbeitung von elektronischen Eingaben, Internetbestellung mit Kartenzahlung) - ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016 - 2019.

Die Statistiken im Anhang S. 104 informieren über weitere Zahlen.

6. Amt für Landwirtschaft

Im Rahmen der Agrarpolitik (AP) 2014 - 2017 sind die Faktoren für die Berechnung der Standardarbeitskräfte (SAK) dem technischen Fortschritt angepasst worden. Für Appenzell Ausserrhoden hat dies zur Folge, dass rund 10 % der Landwirtschaftsbetriebe unter jene Betriebsgrösse (1 SAK) fallen, welche noch als landwirtschaftliches Gewerbe gilt und damit unter den Geltungsbereich des bäuerlichen Bodenrechts fällt. Mit einer Teilrevision der Verordnung über das bäuerliche Bodenrecht hat der Kantonsrat diese Nachteile korrigiert, indem er die Mindestgrösse eines landwirtschaftlichen Gewerbes neu auf 0,8 SAK festgelegt hat. Dadurch bleibt die Anzahl von landwirtschaftlichen Gewerbebetrieben in Appenzell Ausserrhoden in etwa konstant. Dies ist wichtig, um den Fortbestand von mittleren, überschaubaren Strukturen im Berggebiet zu erhalten.

Die Bilanz nach drei Jahren AP zeigt einen massiven Einschnitt für die Ausserrhoder Landwirtschaftsbetriebe:



Infolge der Umformung des Direktzahlungssystems als zentrales Element der AP 2014 - 2017 erhielten die Betriebe insgesamt Fr. 2,1 Mio. bzw. 6 % weniger Direktzahlungen als noch im Jahr 2013.

6.1 Weiterbildung und Beratung

Die Beratungs- und Weiterbildungsaktivitäten waren im Berichtsjahr wiederum von der AP 2014 - 2017 geprägt. Rund 1'150 Teilnehmende (TN) besuchten die Kurse des Weiterbildungsprogramms für Appenzeller Bäuerinnen und Bauern. Zusätzlich fanden folgende Informationsanlässe statt: Informationsveranstaltungen für die Bauern (208 TN), Beratungsabende für Bäuerinnen (74 TN) und Älplerzusammenkunft (80 TN). Einzelberatungen erfolgten zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen, von Betriebsvoranschläge und von neuen Direktzahlungsbeiträgen, zur Umsetzung der Biodiversitäts- und Landschaftsqualitätsbeiträge, bei Hofübergaben, Neuorientierungen (Strategieberatungen), überbetrieblicher Zusammenarbeit oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen. Aufgrund des verlangten Nachweises verschiedener Label-Produktionen stabilisierte sich die Nachfrage der einzelbetrieblichen Beratung im Biodiversitätsbereich auf hohem Niveau. Im Projekt zur regionalen Entwicklung (PRE) «Appenzeller Erlebnisbauernhöfe» wurden vier von sechs Teilprojekten abschliessend umgesetzt.

6.2 Direktzahlungen

Insgesamt wurden Direktzahlungsbeiträge von Fr. 34'519'820 (Vorjahr: Fr. 34'784'535) an 617 Betriebe (Vorjahr: 619) und 109 Sömmerungsbetriebe (Vorjahr: 110) ausbezahlt. Der Übergangsbeitrag reduzierte sich gegenüber 2015 um Fr. 189'148 auf Fr. 2'365'858. Die Landschaftsqualitäts- und die Vernetzungsbeiträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2 % auf Fr. 2'118'107. Davon leistete der Kanton in Kofinanzierung mit dem Bund 10 %. Die Vernetzungsflächen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 22 Hektaren auf 450 Hektaren, die Zahl der Betriebe im Landschaftsqualitätsprogramm um neun auf 439 Betriebe. Die Zunahme dieser Flächen und der beteiligten Betriebe entspricht der Zielsetzung des Regierungsprogramms 2016 - 2019. Das kantonale Ressourcenprogramm zur Verminderung der

Ammoniakverluste wurde wie geplant nach sechs Jahren eingestellt. Eine Massnahme daraus, das Güllen mit Schleppschlauch, unterstützt der Bund weiterhin über Ressourcenbeiträge.

Der Anteil der Betriebe, welche sich an Produktionssystemprogrammen beteiligen, hat sich gesteigert. Die Anforderungen der Bioproduktion erfüllen 109 Betriebe (Vorjahr: 106), für die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion 579 Betriebe (Vorjahr: 576), für die besonders tierfreundliche Stallhaltung sind es 241 Betriebe (Vorjahr: 235) und am Programm für regelmässigen Auslauf im Freien beteiligten sich 572 Betriebe (Vorjahr: 567). Die Biodiversitätsförderflächen der Qualitätsstufe 1 belaufen sich auf 1'108 Hektaren und jene der Qualitätsstufe 2 auf 389 Hektaren. Die Anzahl der Hochstammfeldobstbäume der Qualitätsstufe 1 reduzierten sich von 19'662 auf 19'286 im Jahr 2016. Die Beitragskürzungen wegen Nichteinhaltung der Vorschriften erhöhten sich auf Fr. 114'481.

6.3 Investitionshilfen

Kanton und Bund zahlten im Berichtsjahr Fr. 1,87 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen. 85 % der Beiträge gingen an Projekte zur Erneuerung landwirtschaftlicher Ökonomiegebäude, 3 % flossen an Sanierungen von Hofzufahrten und 12 % in die Umsetzung des PRE «Appenzeller Erlebnisbauernhöfe». Die landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte 37 neue Darlehen (Vorjahr: 50) im Umfang von Fr. 4,32 Mio.

6.4 Boden- und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission entschied an elf Sitzungen über 89 Gesuche (Vorjahr: 104). Die Pachtkommission bewilligte sieben Gesuche und führte zwölf Pachtzinsschätzungen durch.

6.5 Pflanzenschutz

Ab der zweiten Julihälfte erreichten die Kirschessigfliegen unsere Höhenlagen. Viele Früchte und Beeren waren durch die Essigbildung nach der Fliegenablage ungeniessbar.



Die invasiven Neophyten werden stetig und erfolgreich bekämpft. Das Berufkraut und das Schmalblättrige Greiskraut werden erst seit kurzem in die Bekämpfung miteinbezogen. Sie stellen aber wegen ihrer raschen und weiträumigen Verbreitung mittels Flugsamen eine Herausforderung in der Bekämpfung dar. Trotz diesen neueren Arten kostete die Bekämpfung leicht weniger als in den Vorjahren. Gärtnerinnen und Gärtner und Mitarbeitende von Verkaufsstellen wurden mit einer Infoveranstaltung und die Bevölkerung mittels Zeitungsartikel für die Neophyten-Thematik sensibilisiert.

Einige wenige Infektionstage im Frühling liessen das Feuerbrandrisiko ansteigen. Die Schäden hielten sich aber mit einigen Blüteninfektionen und Altbefällen in Grenzen.

7. Arbeitslosenversicherung/ öffentliche Arbeitsvermittlung

Die Brexit-Abstimmung in England, die schwierigen Präsidentschaftswahlen in den USA sowie die lange ungeklärte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative brachten der Wirtschaft neue Unsicherheiten. Im Arbeitsmarkt widerspiegelte sich dies in einer allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit, von welcher auch Appenzell Ausser rhoden nicht verschont blieb. Im Jahresdurchschnitt waren 952 Personen zur Stellensuche eingeschrieben, 24 mehr als im Vorjahr. Im Widerspruch dazu steht die Arbeitslosenquote: Sie lag im Jahresdurchschnitt bei 1,8 % und somit um 0,1 % tiefer als im Vorjahr. Der Grund dafür liegt in den internationalen Statistik-Standards, nach denen Personen in der Kündigungsfrist und solche mit einem Zwischenverdienst oder einer Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt für die Arbeitslosenquote nicht berücksichtigt werden.

Zur Vermeidung einer noch höheren Arbeitslosigkeit hat die kantonale Arbeitslosenkasse (ALK) mit Fr. 1,25 Mio. rund doppelt so viel Kurzarbeitsentschädigung ausbezahlt als im Vorjahr. Es konnten damit 117 Arbeitsverhältnisse erhalten werden, die aus wirtschaftlichen Gründen unmittelbar gefährdet waren.

Durch eine interne Aufgabenumverteilung stehen dem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) seit Mitte

Berichtsjahr 40 Stellenprozent für die Pflege der Arbeitgeberkontakte und die Stellenbewirtschaftung zur Verfügung. Als Folge davon konnte das Angebot der erfassten Stellen massiv gesteigert werden. Noch nicht gestiegen ist die Zahl der direkten Vermittlungen. Die Vorzeichen stehen aber gut, dass mit den zusätzlichen Personalressourcen für die Stellenbewirtschaftung auch dieser Wert gesteigert werden kann. Die Änderung erfolgte auch im Hinblick auf den schon länger diskutierten und mittlerweile von den eidgenössischen Räten beschlossenen Inländervorrang bzw. die damit verbundene Stellenmeldepflicht.

Bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) gemeldete Personen, die in erster Linie aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos sind und gleichzeitig bei der Invalidenversicherung ein Leistungsbegehren offen haben, werden unter bestimmten Voraussetzungen durch die ALV bevorschusst. Die Zahl dieser Vorleistungsbezügerinnen und -bezüger hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen; Tendenz weiter steigend. Ebenfalls zugenommen hat die Komplexität der einzelnen Versicherungsfälle und als Folge davon das finanzielle Risiko für den Kanton (Trägerhaftung) und die Wohngemeinden (Bedarf Sozialhilfe). Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, erfolgt die Betreuung dieser Personengruppe seit Herbst durch eine spezialisierte Beraterin. Bereits in Angriff genommen wurde auch eine entsprechende Optimierung des internen Kontrollsystems.

Einschränkende Vorgaben des Bundes haben bis anhin eine Einbindung der ALK in das IT-Netzwerk der AR Informatik AG (ARI) verunmöglicht. Nachdem der Bund die verhängenden Vorgaben aufgehoben hat, konnte die Anbindung ans ARI-Netz im November erfolgen. Sie bringt der ALK eine einfachere IT-Infrastruktur mit einer weit höheren Betriebssicherheit.

Wie alle andern RAV, hat auch das RAV Appenzell Ausser rhoden seinen Ursprung in einer umfangreichen Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes aus dem Jahr 1995. Es wurde im September 1996 eröffnet und hatte somit im Berichtsjahr seinen 20. «Geburtsdag». In Anbetracht der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit wurde bewusst auf Feierlichkeiten oder einer breiten Kommunikation dieses Ereignisses verzichtet.



Departement Inneres und Sicherheit

Direktor: Regierungsrat Paul Signer

Die grösste Herausforderung im vergangenen Jahr bedeutete die Bestellung von vier neuen Amtsleitungen. So wurde per Ende Juni Kurt Ulmann als Direktor der Gefängnisse Gmünden durch Alexandra Horvath abgelöst, im Juli folgte bei der Assekuranz AR Jürg Solèr auf Ernst Bischofberger, im September löste Andreas Vetsch Peter Hafner als Leiter des Strassenverkehrsamts ab, und im Dezember folgte auf Hans Saxer als Leiter des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz Marc Rüdin. Damit sind vier von sieben Direktunterstellungen des Departementsvorstehers innerhalb Jahresfrist neu besetzt worden. Die Ämter leisteten auch unter den neuen Leitungen bewährte und gute Arbeit, auch wenn gewisse Anlaufschwierigkeiten kaum zu vermeiden waren und die Departementsleitung vermehrt gefordert war.

Die verschiedenen Gesetzesvorlagen sind unterschiedlich weit fortgeschritten: Während sich zum Beispiel das Polizeigesetz immer noch in der Vorprüfung befindet, konnte das Registergesetz zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden, und die Revision des Immobiliarsachenrechts wurde vom Kantonsrat in erster Lesung gut angenommen. Es warten jedoch weitere Gesetze auf zum Teil dringliche Revisionen. Aber mit den weiterhin beschränkten Ressourcen ist das Departement gezwungen, klare Prioritäten zu setzen. So muss zum Beispiel eine Revision des Justizgesetzes trotz klar ausgewiesenem Bedarf weiter aufgeschoben werden, genauso wie die Revision der ganzen Gesetzgebung im Bereich Geldspiele. Dort muss aber eine Gesetzesrevision an die Hand genommen werden, sobald das eidgenössische Parlament seine Arbeit am neuen Geldspielgesetz abgeschlossen hat.

Die Reorganisation der kantonalen Verwaltung mit den neuen departementalen Strukturen hat sich bereits nach einem Jahr positiv ausgewirkt. Das Departement ist noch besser aufgestellt, damit die anstehenden Herausforderungen gemeinsam gut gemeistert werden können.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Das Departementssekretariat befasste sich in der ersten Hälfte des Berichtsjahrs noch mit Nacharbeiten im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung, zumal die Abläufe und Termine der neu übernommenen Aufgaben wie etwa das Spiel- und Lotteriewesen zu implementieren waren. Im Weiteren gingen im Jahre 2016 neben dem Direktor der Assekuranz die Leiter der Gefängnisse Gmünden, des Strassenverkehrsamtes und des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz in Pension, was zu zeitintensiven Personalrekrutierungsprozessen zusammen mit dem Personalamt führte. Im Berichtsjahr gingen 40 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 36), wovon 35 erledigt werden konnten. Die Zahl der zu beantwortenden Vernehmlassungen und Anhörungen seitens des Bundes verharrten einmal mehr auf sehr hohem Niveau. Das Sekretariat befasste sich mit folgenden Gesetzgebungsarbeiten: Kantonales Register-

gesetz, Teilrevision EG zum ZGB (Immobiliarsachenrecht), Verordnung über die Versteigerung von Kontrollschildern, Teilrevision des Gebührentarifs der Kantonspolizei, Teilrevision der Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug und die Bewährungshilfe, Teilrevision der Verordnung über das Zivilstandswesen und neue vorläufige Verordnung über das Stimmregister für Auslandschweizerinnen und -schweizer.

1.2 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Aus Sicht des Regierungsrates ist mittelfristig eine grundlegende Überprüfung der Grundbuchorganisation in Appenzell Ausserrhoden erforderlich. Die Veränderungen durch die rechtliche und technische Entwicklung im Grundbuchbereich bringen zunehmend grössere Her-



ausforderungen mit sich. Das Grundbuch wird beinahe lückenlos digital geführt. Der Geschäftsverkehr mit dem Grundbuchamt wird in naher Zukunft zu einem grossen Teil elektronisch abgewickelt. Es wird schwieriger für die Gemeinden, Fachpersonen für die Führung des Grundbuchamtes zu finden. Gemeinden arbeiten daher vermehrt zusammen. Im Rahmen der Inspektionen des kantonalen Beurkundungsinspektors wurde deutlich, dass bei öffentlichen Beurkundungen durch Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber sowie Leiterinnen und Leiter von Erbschaftsämbtern ein grundsätzliches Problem besteht. Die Urkundspersonen verrichten ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen und sind äusserst dienstleistungsbereit und kundenfreundlich. Allerdings verfügen sie zumeist nicht über vertieftes Fachwissen insbesondere im Ehegüter-, Erb- und Gesellschaftsrecht. Dies zeigt sich vor allem bei komplizierten Sachverhalten. Die Qualität gewisser Urkunden lässt vielfach zweifeln, ob beispielsweise die Erbteilungen, die unter Aufsicht der Erbschaftsämbter bzw. Erbteilungskommissionen erfolgen, in allen Fällen korrekt sind. Den Gemeinden wird daher wiederholt empfohlen, nur in einfachen und überschaubaren Fällen, die über Musterurkunden abgedeckt werden können, Beurkundungen vorzunehmen und im Übrigen die Parteien an fachlich versierte Urkundspersonen zu verweisen (ausgenommen davon sind Grundbuchangelegenheiten).

1.3 Stiftungsaufsicht

Im Berichtsjahr wurden durch die kantonale Stiftungsaufsicht 72 klassische Stiftungen (Vorjahr: 70) beaufsichtigt. Der Kern der operativen Tätigkeit umfasste die Überwachung der zweckgemässen Verwendung der Stiftungsmittel im Sinne der Stiftungsurkunde. Dazu gehörten die jährliche Prüfung der Berichterstattungen, die Reglementsprüfungen bezüglich Rechtskonformität mit der Stiftungsurkunde und den reglementarischen Vorschriften sowie die Kontrolle der Urkundenänderungen, Aufhebungen und Liquidationen. In einem Fall musste als aufsichtsrechtliche Massnahme die Einsetzung eines Sachwalters infolge Suspendierung der Stiftungsorgane verfügt werden. Die bereits in den Vorjahren festgestellte Zunahme bei den Gesuchen um Beiträge in den Bereichen «Kultur» und «Soziales» hat sich auch im

Berichtsjahr fortgesetzt. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen belief sich Ende 2015 auf Fr. 304,9 Mio. (Vorjahr: Fr. 305,9 Mio.).

2. Strafverfolgung

Das vergangene Jahr war geprägt von der Umsetzung verschiedener Massnahmen, um die Aufgaben der Strafverfolgung weiterhin bewältigen zu können. Denn mehr Strafverfahren, eine Flut von neuen Gesetzen und Strafbestimmungen sowie immer mehr formelle Auflagen seitens der Rechtsprechung zwangen die Staatsanwaltschaft, ihre Organisation im Berichtsjahr anzupassen. Im Vordergrund stand dabei eine Reorganisation im Bereich der Bagatelldelikte. Auf einen Antrag hin wurden den Sekretärinnen der Staats- und Jugendanwaltschaft, die über längere berufliche Erfahrung verfügen, genau umschriebene staatsanwaltschaftliche Befugnisse erteilt. Damit konnte ein Pendenzenanstieg verhindert werden, obwohl auch 2016 nochmals mehr neue Strafverfahren zu verzeichnen waren. Weiter konnte die Staatsanwaltschaft ein zusätzliches Büro beziehen und damit die Betriebsabläufe effizienter gestalten sowie die Fallbearbeitung administrativ vereinfachen. Die zunehmenden Arbeiten in der Strafverfolgung verlangen nach einer Aufstockung des Personals. Denkbar wäre aber auch, für Gebiete wie beispielsweise die Wirtschafts- oder Cyberkriminalität ein regionales Kompetenzzentrum aufzubauen. Denn gerade diese Deliktstypen werden die Strafverfolgungsbehörden auch künftig stark belasten.

Die Zahl der Neueingänge bei den Strafverfahren gegen bekannte Straftäter ist um etwas mehr als 1 % gestiegen. So wurden 4'100 neue Verfahren registriert, davon 3'640 neue Strafuntersuchungen (Vorjahr: 3'564). Bezüglich der Art der Delikte ist keine Tendenz erkennbar, auch wenn die Gewaltdelikte leicht ab- und die Drogendelikte minim zugenommen haben. Auch ist die Zahl der Haftfälle konstant geblieben, ebenso die Zahl der Delinquenten, bei welchen medizinische oder psychiatrische Gutachten in Auftrag gegeben werden mussten. Auffällig ist jedoch, dass die Verfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität nicht nur zugenommen haben, sondern die Ermittlungen auch aufwändiger werden. Dies setzt genügend gut



ausgebildete Fachleute voraus, damit diese Verfahren mit oft international tätigen Beteiligten und spezialisierten Rechtsvertretern zeitgerecht erledigt werden können. Im vergangenen Jahr waren keine spektakulären Strafverfahren zu verzeichnen. Allerdings sorgte ein Todesfall in der Strafanstalt Gmünd für eine grosse Medienpräsenz. Auch wenn jene strafrechtlichen Ermittlungen relativ rasch abgeschlossen werden konnten zeigte sich, wie wichtig ein kompetentes Auftreten gegenüber den Medien ist. Die Staatsanwaltschaft hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein Medienkonzept erarbeitet und verfügt neu in der Person des Jugendanwaltes über einen Mediensprecher, der nicht nur selber auftreten, sondern auch die verfahrensleitenden Staatsanwälte in diesen Auftritten unterstützen kann. Zudem ist er mit den anderen Staatsanwaltschaften und dem kantonalen Kommunikationsdienst vernetzt, was die allgemeine Medienarbeit vereinfacht.

Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge auf 172 Verfahren leicht zurückgegangen (Vorjahr: 186), wobei der Ermittlungs- und Betreuungsaufwand praktisch gleichgeblieben ist. Die Pendenzenzahl ist nach wie vor tief, die Verfahrensdauer kurz. Daher konnten der Jugendanwalt und das Sekretariat der Jugendanwaltschaft auch Aufgaben der Staatsanwaltschaft übernehmen und dort für eine zusätzliche Entlastung sorgen. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Staatsanwaltschaft hat sich einmal mehr als sehr sinnvoll erwiesen.

Bei den Delikten, welche Jugendliche verüben, zeichnet sich keine klare Tendenz ab. Nach wie vor handelt es sich meistens um Bagatelldelikte. Doch bleibt die Zahl jener Delinquenten, die einer zusätzlichen Abklärung und Betreuung bedürfen, unverändert hoch. Zurzeit werden zwei jugendliche Täter stationär und rund zehn ambulant betreut. Bei zahlreichen weiteren Jugendlichen wurden im Berichtsjahr ausserdem Abklärungsgespräche bezüglich Massnahmebedürftigkeit und persönlicher Betreuung geführt. Der Einsatz der Sozialarbeiterinnen ist bei diesen jugendlichen Straftätern äusserst wertvoll und verhindert in den allermeisten Fällen, dass im Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht schwerwiegendere Massnahmen angeordnet werden müssen. Aber ebenso wichtig ist die gute Vernetzung der Jugendanwaltschaft mit den anderen Strafverfolgungsbehörden sowie eine aktive und präventive Jugendpolitik seitens Kanton und Gemeinden.

3. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Anzahl neuer Fälle von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen erreichte mit 749 (Vorjahr: 582) ein Rekordniveau. In 104 Fällen musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 103'031 führte. In den restlichen Fällen ging die Busse oder Geldstrafe noch ein. Das Justizsekretariat hat im Berichtsjahr Fr. 197'204 eingetrieben (Geldstrafen Fr. 38'440; Bussen Fr. 158'764); dies nach Androhung von Ersatzfreiheitsstrafen und von Personen, bei welchen das Betreibungsverfahren nicht erfolgreich war. Es wurden 392 Aufgebote zum Strafantritt erlassen, welche in 175 Fällen polizeilich zugestellt werden mussten und zu 153 Haftbefehlen sowie 147 polizeilichen Ausschreibungen führten. Für die Jugendanwaltschaft erledigte das Justizsekretariat den Vollzug von Freiheitsentzügen nach Art. 25 sowie der persönlichen Arbeitsleistungen nach Art. 23 des Jugendstrafgesetzes. Es vollzog 66 Arbeitsleistungen und einen Freiheitsentzug. Beim Strafregister des Bundesamtes für Justiz wurden im vergangenen Jahr für die kantonalen Behörden 1'262 Strafregisterauszüge eingeholt (Vorjahr: 1'154) und für die Gerichtsinstanzen insgesamt 390 Urteile erfasst (Vorjahr: 393).

4. Gefängnisse

Im Berichtsjahr betrug die Auslastung im offenen Vollzug 90,66 %. Im zweiten Halbjahr war während rund vier Monaten ein starker Rückgang bei den Einweisungen zu verzeichnen. Auch im kantonalen Gefängnis ging die Belegung deutlich zurück. Dies war vor allem auf die Abnahme bei der Ausschaffungs- und Untersuchungshaft zurückzuführen. Die Nachfrage der Einweisungskantone nach Plätzen im geschlossenen Vollzug nahm nicht ab. Wegen der hohen Auslastung konnten die Ertragsvorgaben - im ersten Jahr des Globalkredits mit Leistungsauftrag - nicht eingehalten werden. Die vier zusätzlichen Zellen im Spezialvollzug mussten baulich an den erhöhten Sicherheitsstandard angepasst werden und konnten deshalb nicht belegt werden. Die Einweisenden begrüßten zwar die Erweiterung des Angebots an Plätzen, die den Übergang zwischen dem geschlossenen und dem offenen Vollzug erleichtert. Sie waren aber oft nicht gewillt,



den Preiszuschlag zu bezahlen. Die Auftragslage in den Werkstätten hat sich weiter verschlechtert; die Budgetvorgaben wurden nicht erreicht. Einige Aufträge konnten zudem auf Grund ihrer Komplexität nicht angenommen werden. Viele Gefangene sind gesundheitsbedingt oder ausbildungsmässig nicht immer in der Lage, schwierigere Arbeiten auf konstant hohem Niveau auszuführen. Die Prozesse bei der Medikamentenabgabe wurden weiter optimiert; Sicherheitsaspekten kam dabei erhöhte Aufmerksamkeit zu.

5. Amt für Inneres

5.1 Abteilung Migration

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Appenzell Ausserrhoden belief sich Ende Dezember auf 8'463 Personen (Vorjahr: 8'375). Davon waren 3'977 Personen (47 %) im Appenzeller Hinterland, 2'204 Personen (26 %) im Mittelland und 2'282 Personen (27 %) im Vorderland wohnhaft. 2'347 Ausländerinnen und Ausländer (27,7 %) besaßen eine Aufenthaltsbewilligung und 6'116 Personen (72,3 %) eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den 28 EU- und drei EFTA-Staaten umfasste insgesamt 6'045 Personen. Dies entspricht 71,4 % des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen mit 30,6 % aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 11 % und portugiesischen Staatsangehörigen mit 7,5 %. Von den 8'463 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'714 Personen (91,2 %) aus Europa und 749 Personen (8,9 %) aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen von 104 Staaten zusammen. Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Der Bestand der Angehörigen aus den EU/EFTA-Staaten hat mit plus 1,2 % weniger stark zugenommen als in den Vorjahren. Bei den Drittstaatsangehörigen war eine Zunahme von 0,6 % zu verzeichnen. Gesamthaft erhöhte sich der Ausländerbestand um 88 Personen und stellt mit + 1,1 % die geringste Zunahme seit dem Jahr

2010 dar. Mit 15,5 % liegt der Ausländeranteil (Überfremdung) in Appenzell Ausserrhoden weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im Weiteren waren in Appenzell Ausserrhoden per Ende Dezember 448 Personen (+ 4 gegenüber Vorjahr) mit einer Grenzgängerbewilligung tätig. Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger stammten hauptsächlich aus Österreich (219 Personen) und Deutschland (168 Personen).

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 17 Personen (Vorjahr: 22) in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft. Je eine Person musste mit polizeilicher Begleitung bzw. per Sonderflug ausgeschafft werden. Insgesamt wurden 21 Ausschaffungshafteten (Vorjahr: 25), eine kurzfristige Festhaltung (Vorjahr: drei) sowie vier Eingrenzungen (Vorjahr: sieben) angeordnet. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen wurden vorwiegend gegen Personen aus dem Asylbereich angeordnet, die im Rahmen des Dublin-Abkommens in Drittstaaten zurückgeführt werden konnten oder aufgrund der Verletzung ihrer Ausreise- und Mitwirkungspflicht in ihre Heimatländer ausgeschafft wurden.

Über im Kanton anwesende Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge gibt der Bericht des Amtes für Soziales Auskunft.

5.2 Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand

Bürgerrecht

Im Berichtsjahr wurden 94 Personen durch das ordentliche Einbürgerungsverfahren eingebürgert. Weitere 54 Gesuche (79 Personen) sind zurzeit im laufenden Verfahren. 124 Personen erhielten durch die erleichterte Einbürgerung das Bürgerrecht einer Ausserrhoder Gemeinde und damit auch das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden. Zehn Personen wurden aus dem Ausserrhoder Landrecht entlassen. Ausserdem befasste sich die Abteilung im Berichtsjahr mit der Frage, inwieweit die per 1. Januar 2018 in Kraft tretende Totalrevision der Bundesgesetzgebung im Bürgerrechtsbereich einen Handlungsbedarf im Kanton auslöst (Rechtssetzung, Instruktion der kommunalen Behörden usw.). Im Weiteren haben die Vorarbeiten für die Einführung eines fachspezifischen Informatikprogramms begonnen, welches die Datenerfassung, Geschäftskontrolle und Verfahrensleitung vereinfachen wird.



Zivilstandswesen

Im Berichtsjahr wurden 18 Namensänderungen bewilligt. Die Abteilung verfügte 460 Auslandereignisse zur Eintragung in das schweizerische Personenstandsregister betreffend den Personenstand von Bürgerinnen und Bürgern von Appenzell Ausserrhoden. Im Weiteren haben die Vorarbeiten für die Einführung eines fachspezifischen Informatikprogramms begonnen, welches die Datenerfassung, Geschäftskontrolle und Verfahrensleitung vereinfachen wird.

6. Strassenverkehrsamt

6.1 Ausbau E-Government

Beim Strassenverkehrsamt wurden, ganz im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016 - 2019, die E-Government-Services ausgebaut. Es ist nun möglich, Adress- oder Namensänderungen online zu erfassen. Zudem können alle Rechnungen papierlos als E-Rechnung empfangen werden.

6.2 Strassenfahrzeugbestand

Per 30. September waren im Kanton insgesamt 47'189 Strassenfahrzeuge immatrikuliert (+ 3,3 %, Vorjahr: 45'685). Den grössten Anteil des Gesamtbestandes weisen die 31'786 Personenwagen auf (Vorjahr: 30'998).

6.3 Administrativmassnahmen

Im Berichtsjahr wurden 1'019 Administrativmassnahmen rechtskräftig abgeschlossen (Vorjahr: 1'049 / - 2,94 %). Schweizweit haben sich die Führerausweisentzüge um 2,57 % auf 85'261 Fälle reduziert. Nebst diversen anderen Massnahmenarten sind vor allem die 388 Verwarnungen (Vorjahr: 405) und die 491 Führerausweisentzüge (Vorjahr: 520) zu nennen. Wie in den vorangegangenen Jahren sind vor allem massive Geschwindigkeitsüberschreitungen die Gründe für die Führerausweisentzüge. Am meisten mit Administrativmassnahmen belegt wurde die Gruppe der 20 bis 24-jährigen Verkehrsteilnehmenden. Aufgrund einer Gesetzesänderung wird seit dem 1. Oktober der Tatbestand

des qualifizierten Fahrens in angetrunkenem Zustand nur noch mit Atemalkoholkontrollen beweissichernd abgeklärt. Die früheren Blutprobenuntersuchungen bilden die Ausnahme.

6.4 Einführung Kontrollschilderauktion

Am 9. März wurde die erste internetbasierte Auktion von Motorrad- und Motorwagenkontrollschildern gestartet. Bis zum Ende des Berichtsjahres wurden in 19 Steigerungsrunden 86 Motorwagen- und 31 Motorradschilder verkauft. Das Kontrollschild «AR 1» erzielte dabei mit Fr. 69'000 den höchsten Endbetrag eines Motorwagenschildes. «AR 7» war das beliebteste Motorradschild; die Auktion endete bei Fr. 5'850. Der Gesamterlös aller Versteigerungen betrug Fr. 382'360.

7. Kantonspolizei

7.1 Kommando

Das Bedürfnis nach Sicherheit stieg im Berichtsjahr, da einzelne Ereignisse schnell und länderübergreifend Unsicherheiten verbreiteten: Erneute Terroranschläge in Europa, zuletzt auf den Weihnachtsmarkt in Berlin, die Amokläufe in München oder der Vorfall in Salez/SG, anhaltende Migrationsströme wie auch die Situation in der Türkei beeinflussten das subjektive Sicherheitsgefühl. Die Wappnung gegen solche Vorkommnisse, aber auch sportliche Grossanlässe oder grössere Veranstaltungen, erfordern künftig immer aufwändigere Sicherheitskonzepte, welche die Polizeikörpers aller Kantone einbeziehen; dies aber im Wissen, dass es die hundertprozentige Sicherheit nicht gibt. Auch die Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden befasst sich laufend mit möglichen künftigen Szenarien wie auch technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, um daraus die richtigen Schlüsse für die eigene Organisation zu ziehen und die entsprechenden Weichen zu stellen. Dies aber immer im Bewusstsein, dass eine Polizei letztlich nie definitiv richtig und abschliessend aufgestellt sein wird.



Die Kantonspolizei ist mit den vier Schwerpunkten «Weichenstellungen Infrastruktur / IT», «auf mich / uns ist Verlass», «Einführung neue Finanzflüsse» und «Kooperationen intern und extern stärken» gestartet und hat diese Themenfelder im Berichtsjahr konsequent und erfolgreich bearbeitet. Als Stichworte dazu können aufgeführt werden: Durchführung von Übungen im Stabs-, Kader- und Korpsausbildungsbereich, Umbewaffnung Korps, Optimierung verschiedener Arbeitsprozesse, neues Schutzmaterial und neues Einsatzfahrzeug für die Sicherheitspolizei, Erweiterung und Anpassung der Räumlichkeiten im Polizeikommando. Speziell herausfordernd waren die Aufgaben im Bereich Sicherheit rund um die temporären, in Entstehung begriffenen oder vorhandenen Asyleinrichtungen. Eine breite Palette von polizeilichen Ereignissen ist im vergangenen Jahr polizeilich bewältigt worden. Insbesondere bei Alarmfällen oder bei Aufgeboten zu Ordnungsdienstinsätzen in anderen Kantonen war die Flexibilität der Mitarbeitenden gefordert, indem diese oft kurzfristig aus der Freizeit in den Dienst versetzt wurden. Dabei wurde mehrmals die Problematik der knappen personellen Ressourcen augenfällig. Im technischen Bereich wurden die korpseigenen Applikationen weiterentwickelt, die Schnittstellen zur ARI analysiert und entsprechende Entwicklungen eingeleitet. Ausserdem hat die Kantonspolizei bei allen schweizerischen Projekten der harmonisierten Polizei-Informatik wie auch bei regionalen Polizei-IT-Entwicklungen mitgewirkt.

Entsprechend dem föderalen Staatssystem der Schweiz können komplexe polizeiliche Herausforderungen künftig vielfach nur im Verbund der Polizeikorps wie auch in enger Kooperation mit den Bundesbehörden bewältigt werden. Kaum zu vermeiden ist dadurch die gegenseitige Abhängigkeit mit gleichlaufender Abnahme der Autonomie. Die Polizeigrundausbildung wird in den nächsten Jahren schweizweit von einem auf zwei Jahre verlängert; im sicherheitspolizeilichen Spezialbereich sind bereits zusätzliche Module eingeführt worden. Und auch die Aus- und Weiterbildung der Polizisten wird inhaltlich vielfältiger und zeitlich intensiver werden. Zudem wird die interkantonale polizeiliche Zusammenarbeit in allen Fachbereichen und auf allen Hierarchieebenen weiter an Wichtigkeit zunehmen. So hat die Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden derzeit turnusgemäss den Vorsitz des Ostschweizer Polizeikonkordats ostpol inne.

7.2 Support und Personelles

Einem Korpsübertritt und acht Polizeiaspiranten, welche bis September 2017 die Polizeischule in Amriswil besuchen, stehen acht Kündigungen und diverse Beschäftigungsgradreduktionen gegenüber. Im Rahmen des internen Aus- und Weiterbildungskonzeptes wurde zum zweiten Mal ein viertägiger Korporal-Kurs für erfahrene Polizistinnen und Polizisten erfolgreich durchgeführt. Ergänzend zu den zwei Kaderweiterbildungen für das mittlere Kader und teilweise deren Stellvertreter, wurde das erste Mal ein eintägiges Stabstraining für die Pikettoffiziere durchgeführt. Darin ging es um die Einsatzführung in einer besonderen Lage, mit besonderem Blick auf die interkantonale Zusammenarbeit.

7.3 Kriminalpolizei

Dank einer Erweiterung der Räumlichkeiten können nun die Bedürfnisse der IT-Forensik und der Ermittlung gut abgedeckt werden. Gleichzeitig wurde ein separater Arbeitsraum für technische Überwachungsmassnahmen realisiert, in dem auch Einvernahmen durchgeführt werden. Der Chef des Kriminaltechnischen Dienstes, Adj Peter Bruderer, ist nach 39-jähriger Tätigkeit per Ende Jahr in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Die Kriminalpolizei hatte sich erneut mit verschiedensten Straftatbeständen zu befassen. Die Zahl der Gewaltstraftaten nahm minimal zu. Die Anzahl der Einbruchdiebstähle war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Im Betäubungsmittelsektor wurden erneut mehrere aufwändige Verfahren durchgeführt, die teilweise noch nicht abgeschlossen sind. Der Fachdienst Jugend führte an allen Oberstufen Präventionsarbeit durch und beschäftigte sich insbesondere mit Ermittlungen im Jugendgewaltbereich.

7.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte 103 Personenüberprüfungen (Vorjahr: 77). Zudem waren die Mitarbeiter des Nachrichtendienstes in verschiedenen Teilbereichen wie Terrorismus, Werksspionage usw. aktiv tätig.



7.5 Regional- und Verkehrspolizei

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 668 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr: 727). Insgesamt 28'351 Lenkerinnen und Lenker haben die Höchstgeschwindigkeit überschritten (Vorjahr: 31'840). Von diesen Übertretungen befanden sich 552 im Verzeigungsbereich (Vorjahr: 630), davon ein Raserdelikt (Geschwindigkeit ohne Abzug 152 km/h, signalisiert 50 km/h). 530 Personen mussten den Betreibungsämtern zugeführt werden (Vorjahr: 376). Ausserdem sind 352 Zahlungsbefehle zugestellt worden (Vorjahr: 295).

7.6 Kommandodienste

Der Betrieb der kantonalen Notrufzentrale konnte dank dem stabilen Einsatzleitsystem (ELIS) rund um die Uhr gewährleistet werden. Die verschiedenen Wartungsarbeiten im ELIS sind für die Qualitätserhaltung wichtig und zunehmend intensiver. Die IT entwickelt sich stetig weiter und fordert die Kantonspolizei betrieblich und auch in Projekten. Diesbezüglich sind Bundesvorgaben treibend und müssen umgesetzt werden. Die Harmonisierung der schweizerischen Polizei-Informatik hilft, die IT kostensparend und effizient weiter zu entwickeln und zu betreiben. Die Grundlage für die Hauptapplikation, das polizeiliche Informationssystem (ABI), wurde mit der Prozessharmonisierung auf Stufe Konkordat weiter entwickelt und soll für alle schweizerischen Polizeikorps wegweisend sein. Somit sind die Grundlagen für die Erneuerung des in die Jahre gekommenen ABI geschaffen, um das Design der IT-Architektur im neuen nutzerfreundlichen myABI zu gestalten. Künftig werden dadurch Kosten gesenkt.

7.7 Sicherheitspolizei

Im Berichtsjahr waren wie im Vorjahr 15 Grenadier-, Personenschutz- und Ordnungsdiensteinsätze zu verzeichnen. Es wurden 230 Gesuche für das Waffenerwerben und Waffentragen (Vorjahr: 204) und 24 europäische Feuerwaffenpässe eingereicht (Vorjahr: 18); 24 dieser Gesuche gingen über den elektronischen Polizeischalter «ePolice» ein. Im Sprengbereich wurden acht Abbrandbewilligungen ausgestellt (Vorjahr: zwölf). Beim Feuerwerk-

verkauf der Kategorien F1 - F3 wurden sieben Gesuche bewilligt (Vorjahr: zwei). Zwei Verkaufsbewilligungen der Kat. F1 - F3 und F4 wurden wegen eines Unfalls sistiert. Gesuche für Mitarbeitende privater Sicherheitsfirmen gab es 154 (Vorjahr: 80) und 19 Firmenbewilligungen (Vorjahr: 20). Zudem wurden einige kantonale und kommunale Amtsstellen im Verhalten mit gewalttätigen Kunden geschult. Im Zusammenhang mit der Veränderung der allgemeinen Sicherheitslage hat der Kantonsrat einen Nachtragskredit für zusätzliches Material im Bereich Terror/Amok bewilligt. Das Material inkl. Materialbus konnte in der zweiten Jahreshälfte - begleitet durch Schulungen - in den Betrieb integriert werden.

8. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

8.1 Zivilschutz

Die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden zur Unterstützung des Bundes in Heiden und Herisau hat das Berichtsjahr geprägt. Anfänglich beim Herrichten von Zivilschutzanlagen, dann aber vor allem bei der Unterstützung im Betrieb, in der Logistik wie auch in der Betreuung waren 315 Zivilschutzangehörige des Zivilschutzbataillons gefordert. Das Gleiche galt für die Angestellten des Amtes. Von gesamthaft 4'500 geleisteten Zivilschutzdiensttagen haben die Zivilschutzkompanien für diese Unterstützung 2'500 Dienstage eingesetzt. Die üblichen Dienstleistungen, Wiederholungskurse und Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft, zumeist Unterstützung der Gemeinden, konnten wie geplant durchgeführt werden. Die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzangehörigen in der internationalen Tierseuchengruppe ist eingeübt und sichergestellt.

8.2 Bevölkerungsschutz

Der von der Koordinationsstelle organisierte Ostschweizer Präsentationstag im Bereich des ABC-Schutzes hat in Fachkreisen bundesweite Beachtung gefunden. Der zweitägige kantonale Einführungskurs für neue Stabsmitglieder verzeichnete einen Teilnehmerrekord. Schwerpunkt war die gemeinsame militärisch-zivile Volltruppenübung



«U TECHNICO 16». Es nahmen über 1'000 Personen aus Führungsstäben, Armee und Zivilschutz teil. Dem kantonalen Führungsstab und seiner Führungsunterstützung wurde eine erstklassige Trainingsmöglichkeit geboten. Seine Einsatzmittel und -unterlagen haben sich bewährt. In Zusammenarbeit mit den Gemeindeführungsstäben und den Partnern im Bevölkerungsschutz haben wiederum zahlreiche Übungen stattgefunden. Die permanente Gefahrenanalyse und das Üben im Verbund der Einsatzkräfte ist ein Kernanliegen des Bevölkerungsschutzes und wird in einer komplexer werdenden, extrem vernetzten Welt stetig an Bedeutung zunehmen und Ressourcen binden. Eine Projektgruppe hat sieben Empfehlungen für Präventivmassnahmen bei Strommangellagen (Black-outs) erarbeitet. Weitergetrieben wurden Abklärungen für eine Verdichtung des kantonalen Alarmierungs-Sirennetzes und die Ersatzbeschaffung der veralteten mobilen Sirenen. Das Vorhaben wird durch den Bund im Rahmen eines nationalen Pilotprojektes unterstützt.

8.3 Militär

Die auf Ende 2015 vollzogene Aufhebung der Sektionschefs hat sich bewährt. Die Arbeitsabläufe konnten vereinfacht werden. Das Kreiskommando hat die Organisation der Orientierungstage für die Stellungspflichtigen angepasst. So haben die Teilnehmenden beispielsweise neu den ganzen Tag hinweg einen Coach an der Seite. Damit wird dem Bedürfnis, vermehrt auf die Anliegen der Teilnehmenden einzugehen, Rechnung getragen. Die Militärdiensttauglichkeit war auch im Berichtsjahr hoch und als gut zu bewerten.

8.4 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Die seit Jahren geforderte Umsetzung des Projekts «Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz» in der kantonalen Verwaltung steht in einer neuen Phase: Dank der Mitgliedschaft und der angestrebten Branchenlösung des Schweizerischen Vereins für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz stehen die notwendigen Instrumente für eine strukturierte und gezielte Umsetzung zur Verfügung. Die Organisationsstruktur muss nun auf die neuen Departemente und bis auf Stufe Abteilungen angepasst

werden. Noch fehlen Bereichssicherheitsbeauftragte (so genannte BESIBE), welche unter Anleitung des Sicherheitsbeauftragten (SIBE) die Gefahrenermittlung und entsprechenden Massnahmenplanungen vornehmen können. Die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen wird weiter vorangetrieben.

8.5 Care Team

Das Care Team AR/AI wurde über die Notrufzentrale zu 13 Ereignissen aufgeboden. Die Aus- und Weiterbildung der Mitglieder war erneut ein wesentlicher Bestandteil für die Hochhaltung der Einsatzbereitschaft des Teams. An vier Teamrapporten sowie zwei Weiterbildungsanlässen wurden sämtliche Ereignisse nachbearbeitet und abgeschlossen. Daraus gewonnene Erkenntnisse und die notwendigen Massnahmen wurden mit fachlicher Unterstützung umgesetzt. Ende Jahr bestand das Care Team inklusive Leitung aus 22 Mitgliedern. Die Einsatzbereitschaft im Milizsystem ist damit weiterhin sichergestellt.





Statistischer Anhang

Kantonskanzlei

Passbüro

Ausweisstatistik

	2013	2014	2015	2016
Pass Kinder	569	543	716	672
Pass Erwachsene	2 818	3 230	3 517	3 236
ID Kinder	1 674	1 531	1 798	1 879
ID Erwachsene	4 112	4 449	5 024	5 411

Rechtsdienst

Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	4	7	11
Eingänge	19	1	20
Erledigungen	8	6	14
Pendent Ende Jahr	15	2	17



Departement Finanzen

Departementssekretariat

Lotteriefonds 2016: Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke (in Fr.)

Bereich und Begünstigte	Unterstützte Projekte	Beitrag
Kultur		
Gemeinnütziger Verein Grub	Beitrag für ein Klavier im Altersheim Grub	2 500
Trachten- und Alphirtenfest, Interlaken	Unspunnenfest 2017	5 000
Verein Dunant2010plus	Appenzeller Friedensweg	30 000
Evang. Ref. Landeskirche beider Appenzell	500 Jahre Reformation	40 000
Trägerverein Walderlebnisraum Gais	Erneuerung des Pfades im Walderlebnisraum Gais	8 000
Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft (AGG)	Druckkostenbeitrag Appenzeller Jahrbuch	3 000
Denkmalpflege		
Verein Pro Alte Mühle, Wolfhalden	Teilabbruch und Wiederaufbau Nebengebäude Alte Mühle Wolfhalden	25 000
Sozialwesen		
insieme Ostschweiz	Ferienkurse 2016	10 000
Pro Senectute Appenzell Ausserrhoden	Anlaufstelle für Altersfragen	60 000
Procap St. Gallen-Appenzell	Beitrag 2016	3 500
Pro Infirmis St. Gallen-Appenzell	Beitrag 2016 für Sozialberatung und Bildungsclub	12 000
Schweiz. Stiftung des Internat. Sozialdienstes	Beitrag für im Jahr 2015 erbrachte Dienstleistungen	3 115
Benevol, St. Gallen	Beitrag 2016	20 000
Schloss Herdern	Beitrag für das Jahr 2017	1 000
Pro Juventute Appenzell Ausserrhoden	Weihnachtsaktion für bedürftige Kantonseinwohner/innen	27 419
Pro Senectute Appenzell Ausserrhoden	Weihnachtsaktion für bedürftige Kantonseinwohner/innen / Steuererklärungsdienst	54 837
Eidg. Dep. für auswärtige Angelegenheiten	Unterstützung schweizerischer Hilfsgesellschaften im Ausland	1 000
Jugend und Erziehung		
Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, Basel	Dialogue en Route	10 000
Verein Kita Rosalie, Urnäsch	Kindertagesstätte Rosalie	5 000
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi, Trogen	Kinderkonferenz 2016 in Trogen	5 000
Stiftung Elternsein, Zürich	Elternvideos "Gemeinsam sind wir Klasse"	2 000
Gesundheit		
Samariterverband beider Appenzell	Erfahrungsaustausch Samaritervereine AR/AI	3 000
Alzheimervereinigung St. Gallen-Appenzell	Veranstaltung "Leben mit Demenz in Appenzell Ausserrhoden"	2 500
pro auditio schweiz	Help-Center Hören	2 460



Bereich und Begünstigte	Unterstützte Projekte	Beitrag
Umwelt und Entwicklungshilfe		
Schweizer Allianz Mission, Winterthur	Landwirtschaftsprojekt AGRO - MPA, Kissidougou, Guinea	10 000
Nouvelle Planète, Lausanne	Landwirtschaftl. Bewässerungssystem für das Dorf Amparak, Madagaskar	5 000
Médair, Ecublens	Madagaskar: Rano Tsara II ("gutes Wasser") - Phase 2	5 000
Fastenopfer, Luzern	Indien: Adivasi-Familien befreien sich selbständig aus der Schuldknechtschaft	5 000
Freunde Kenias und seiner Menschen, Kloten	Milchziegenprojekt mit Frauengruppen in Nyanduma, Zentralkenia	9 000
Fundación Suiza Para Los Indigenas del Ecuador	Páramo-, Quellen- und Erosionsschutz in 10 Gemeinschaften um Pímbalo	5 000
CO-OPERAID, Zürich	Grundschulbildungsprojekt für Kinder ethnischer Minderheiten in Bangladesch	5 000
SWISSAID, Bern	Tschad: Weil nur sauberes Trinkwasser ein gesundes Leben garantiert	5 000
Stiftung Vivamos Mejor, Bern	Jequitinhonha-Tal, Brasilien: Genug Wasser für das ganze Jahr	5 000
Hand in Hand-Afrika, Herisau	Lily's Educare Atlantis, Südafrika	5 000
ROKPA Schweiz, Zürich	ROKPA-Bildungsprogramm in tibetischen Gebieten Chinas	5 000
Biovision, Stiftung für ökologische Entwicklung, Zürich	Äthiopien: Push-Pull-Anbaumethode in Tolay und Shoa Robit	5 000
MIVA Schweiz, Wil	Haiti: Gesundheit und Bildung der Ärmsten im Hinterland dank Fahrzeug	5 000
Helvetas, Zürich	Benin: Beruf und Einkommen	5 000
Stiftung Terre des hommes, St. Gallen-Appenzell	Erdbeben in Ecuador	20 000
Kath. Kirchgemeinde Teufen-Bühler-Stein	Autonome Region Kurdistan: Brunnen und Schulcontainer im Sindjargebirge	5 000
Stiftung Solidarität Dritte Welt, Regionalkomitee Ostschweiz	Bolivien: Integrierte Entwicklung auf dem Altiplano	5 000
Glückskette, Genf	El Niño in Afrika	10 000
Aqua Alimenta, Zürich	Westafrika: Blühende Perspektiven für Kleinbauernfamilien	4 000
Hilfswerk Bolivien, Gais	Unterstützung für das Volksspital "Dr. Jorge Duez"	5 000
Fastenopfer, Luzern	Senegal: Dank Solidaritätskassen und Konfitüren weniger Hunger	4 000
Terre des hommes, Schweiz	Nicaragua: Schul- und Berufsbildung für arbeitende Kinder und Jugendliche	4 000
Verein biodivers, Zürich	Plattform Naturförderung	6 000
Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern	Hurrikan Matthew in Haiti	10 000
Sport		
Ostschweizerischer Handmähverein	Ostschweizer Handmähmeisterschaft 2016	1 000
übrige Projekte		
Verkehrsverein Schwellbrunn	Rätselweg Schwellbrunn, Pips' Rätselrunde für Familien	2 500
OK Oldtimertreff, Herisau	11. internationaler Oldtimertreff auf der Schwägalp	1 000
Amt f. Militär und Bevölkerungsschutz, Herisau	Inspektionsspiel Herisau	1 000
Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten	100 Jahre vbkb	1 000
Gemeinde Schwellbrunn	Schneeschnurouten Schwellbrunn	2 500
Appenzell Innerrhoden, Appenzell	Wappenscheibe Haus Appenzell	15 000
SRG Ostschweiz	Radio- und Fernsehpreis der Ostschweiz 2016	1 000
OK Oldtimertreff, Herisau	12. internationaler Oldtimertreff auf der Schwägalp	1 000
Total		514 331



Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2016	Rechnung 2016	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2015	Veränderung Rechnung 2016 : 2015
Total direkte Steuern	149,4	146,8	- 1,7 %	147,4	- 0,4 %
Total Spezialsteuern	7,0	7,1	+ 1,4 %	7,0	+ 1,4 %
Total Bundessteuern	19,5	18,0	- 7,7 %	19,1	- 5,8 %
Gesamttotal	175,9	171,9	- 2,3 %	173,5	- 0,9 %

Einkommens - und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,2 Einheiten

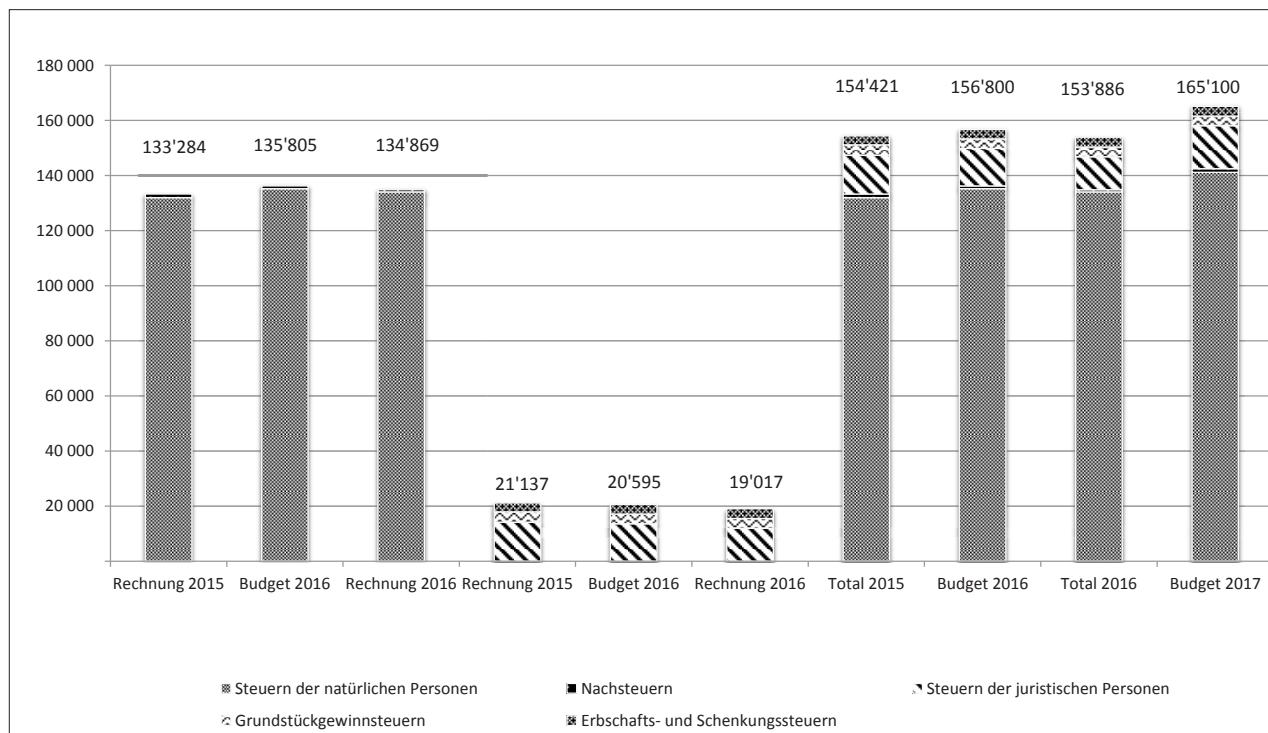
	Budget 2016	Rechnung 2016	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2015	Veränderung Rechnung 2016 : 2015
natürliche Personen	135,8	134,8	- 0,7 %	133,3	+ 1,2 %
juristische Personen	13,6	12,0	- 11,9 %	14,1	- 15,0 %
Total direkte Steuern	149,4	146,8	- 1,7 %	147,4	- 0,4 %

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts - und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2016	Rechnung 2016	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2015	Veränderung Rechnung 2016 : 2015
Grundstückgewinnsteuern	3,5	3,6	+ 1,5 %	3,8	- 6,6 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	3,5	3,5	+ 0,2 %	3,2	+ 8,0 %
Total Spezialsteuern	7,0	7,1	+ 0,8 %	7,0	+ 0,1 %



Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich (in Fr. 1'000)

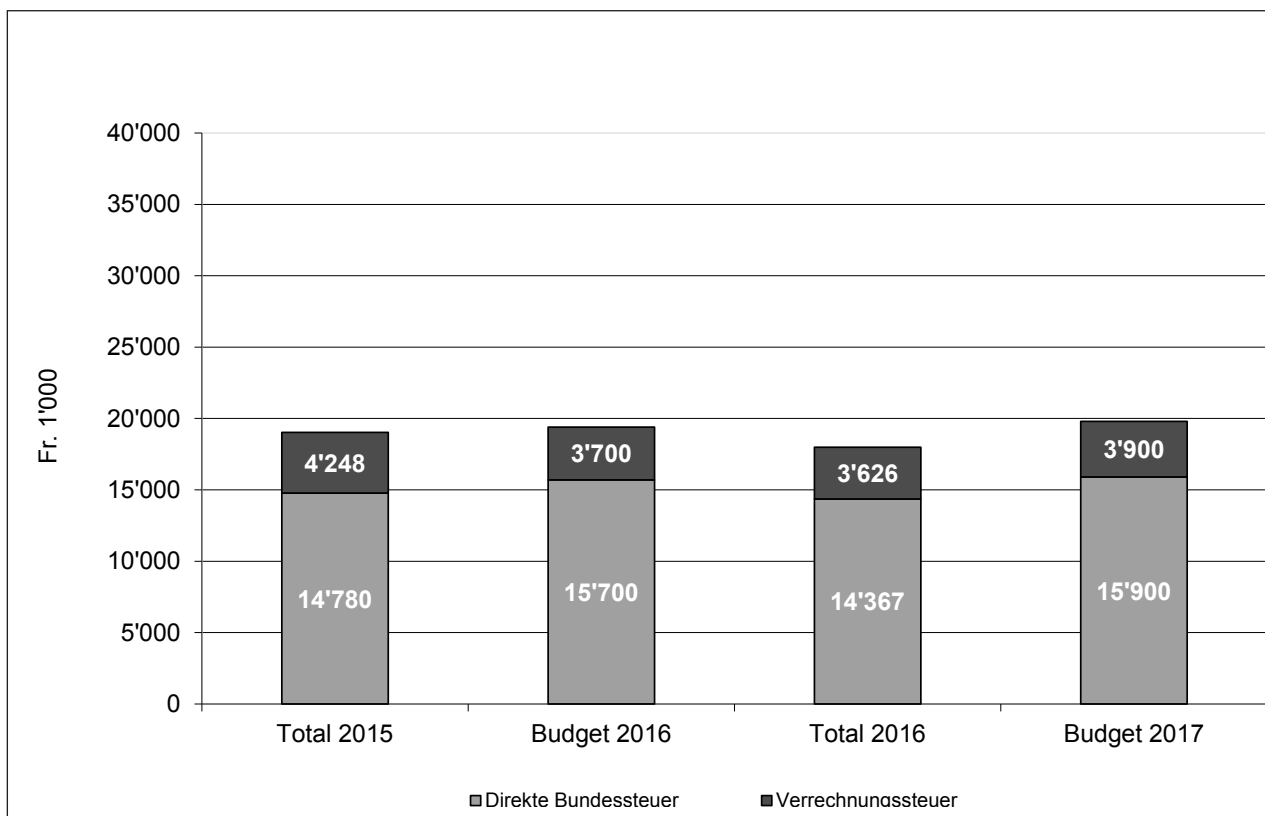




Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2016	Rechnung 2016	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2015	Veränderung Rechnung 2016 : 2015
Direkte Bundessteuern	15,7	14,4	- 8,5 %	14,8	- 2,8 %
Verrechnungssteuern	3,7	3,6	- 2,0 %	4,2	- 14,6 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,0	- 72,0 %	0,1	- 46,2 %
Total Bundessteuer	19,5	18,0	- 7,6 %	19,1	- 5,6 %

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich (in Fr. 1'000)





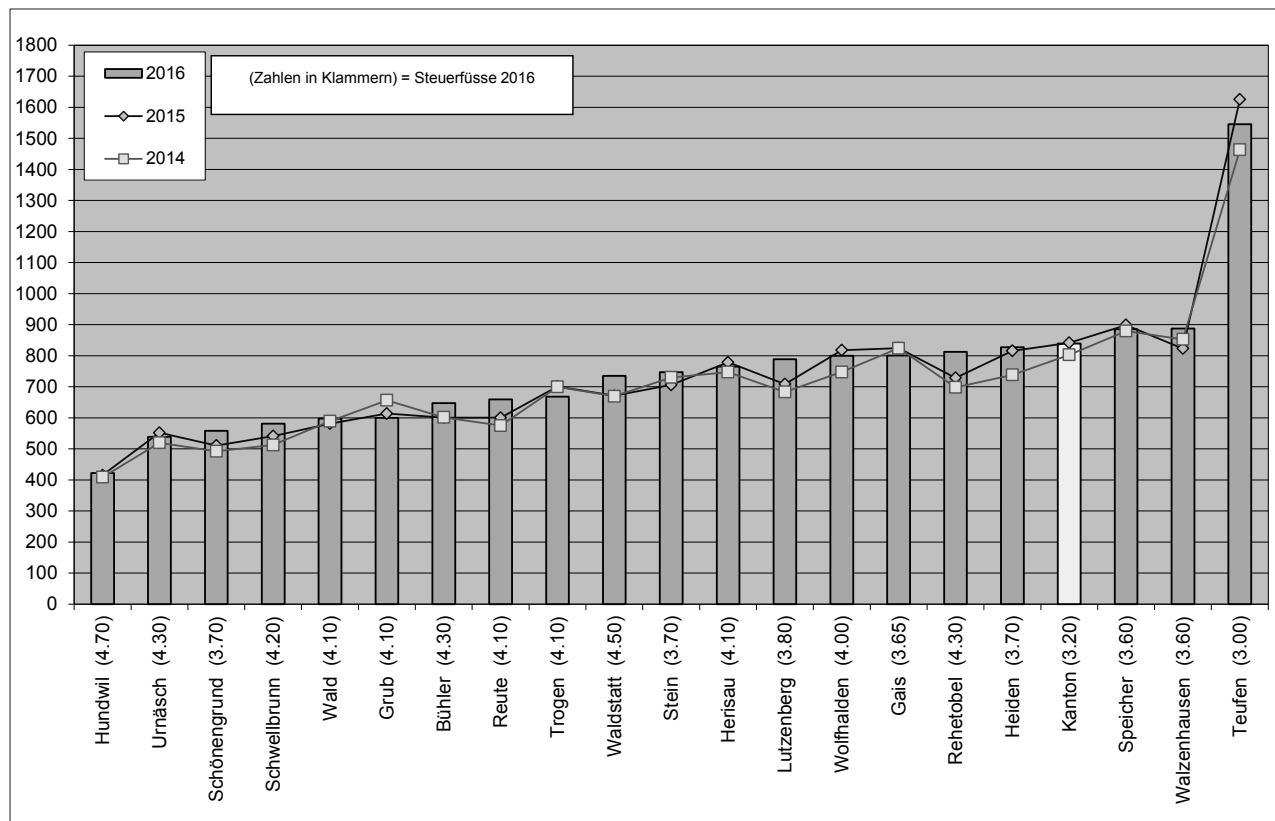
Steuerkraft der Gemeinden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2016	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Total	147 915 490	46 223 591	55 083	839,16	100,0 %	
Teufen	30 780 106	9 618 783	6 223	1 545,70	184,2 %	1
Walzenhausen	5 777 052	1 805 329	2 034	887,60	105,8 %	2
Speicher	11 998 230	3 749 447	4 234	885,55	105,5 %	3
Heiden	11 170 739	3 490 856	4 220	827,20	98,6 %	4
Rehetobel	4 620 929	1 444 040	1 778	812,15	96,8 %	5
Gais	7 968 265	2 490 083	3 110	800,65	95,4 %	6
Wolfhalden	4 711 905	1 472 470	1 841	799,80	95,3 %	7
Lutzenberg	3 135 631	979 885	1 242	788,95	94,0 %	8
Herisau	38 619 743	12 068 670	15 777	764,95	91,2 %	9
Stein	3 398 386	1 061 996	1 421	747,35	89,1 %	10
Waldstatt	4 190 743	1 309 607	1 782	734,90	87,6 %	11
Trogen	3 741 855	1 169 330	1 750	668,20	79,6 %	12
Reute	1 482 306	463 221	703	658,90	78,5 %	13
Bühler	3 616 016	1 130 005	1 746	647,20	77,1 %	14
Grub	1 981 763	619 301	1 033	599,50	71,4 %	15
Wald	1 652 969	516 553	864	597,85	71,2 %	16
Schwellbrunn	2 910 245	909 452	1 564	581,50	69,3 %	17
Schönengrund	933 558	291 737	523	557,80	66,5 %	18
Umäsch	3 926 252	1 226 954	2 276	539,10	64,2 %	19
Hundwil	1 298 798	405 874	962	421,90	50,3 %	20



Steuerkraft der Gemeinden

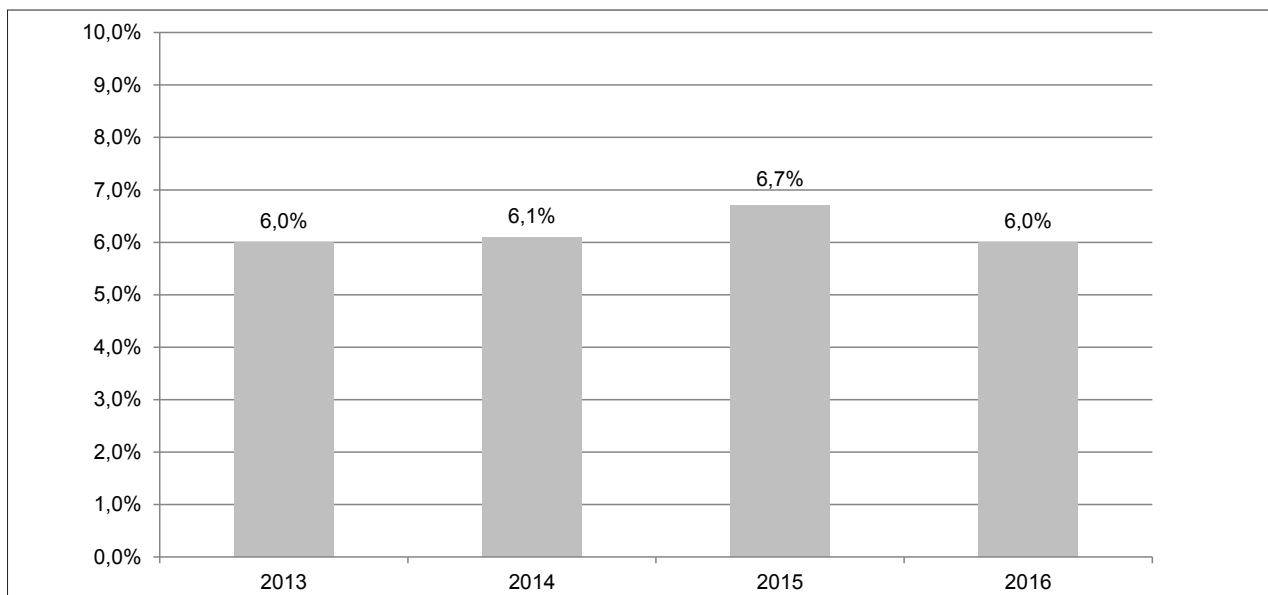
gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2016 der natürlichen und juristischen Personen



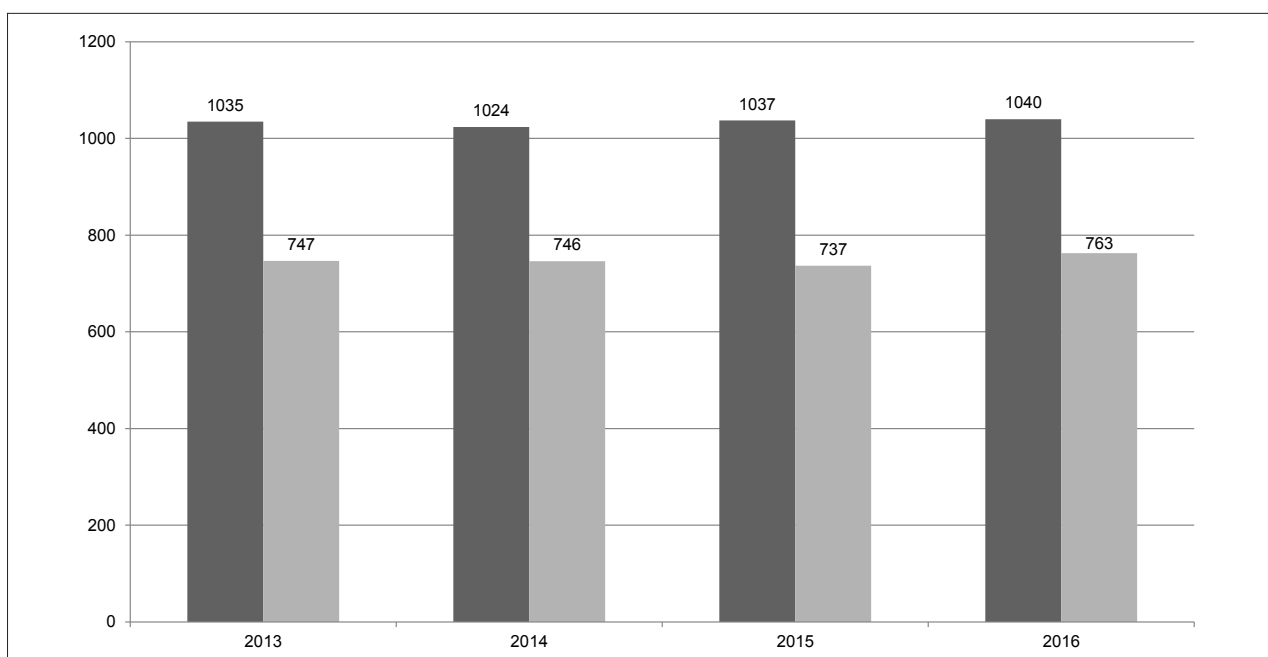


Personalamt

Fluktuatuion in Prozent

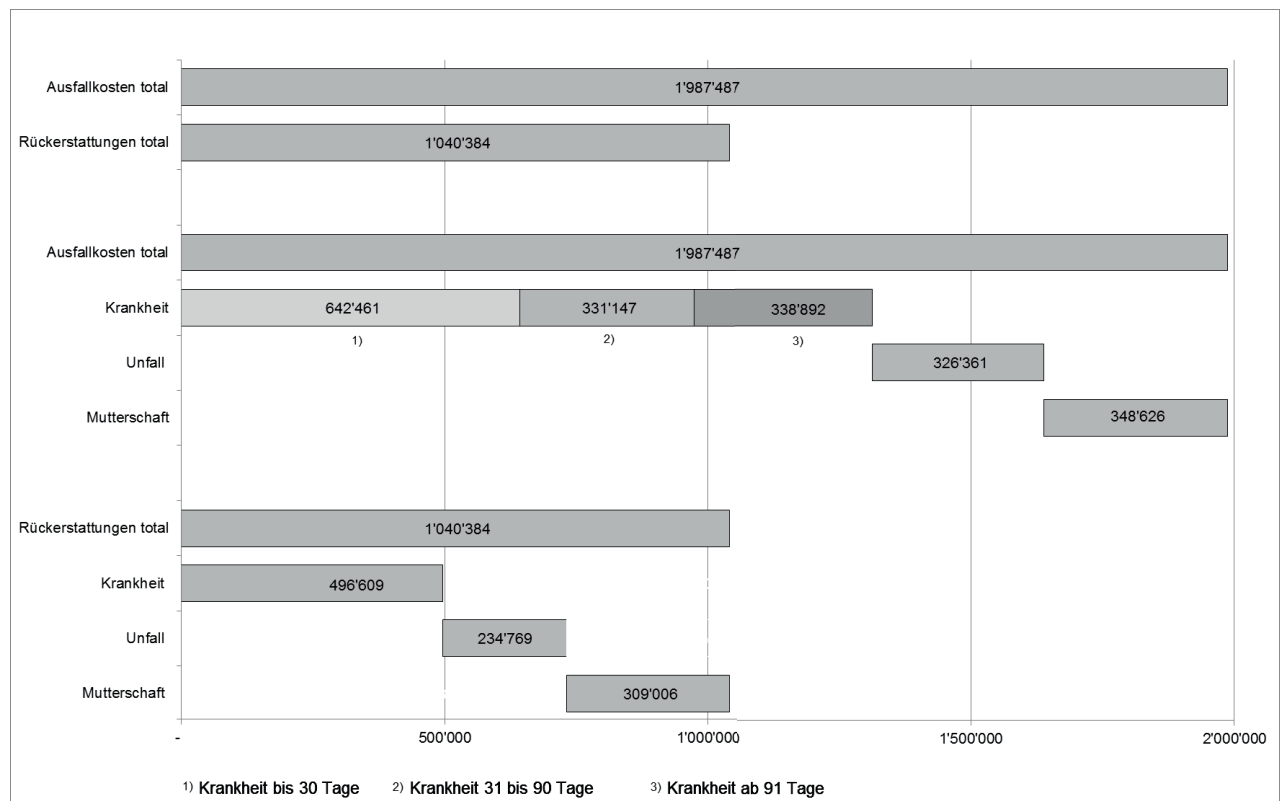


Anzahl Mitarbeitende und Personaleinheiten kantonale Verwaltung





Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft (in Fr.)





Grundstücksschätzungsbehörde

	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl geschätzte Grundstücke	3 021	2 827	3 504	3 268	2 898
öffentliche Grundstücke (Finanzvermögen)	-	-	287	-	-
Grundstücke Pensionskasse	-	-	-	-	62
Total geschätzte Grundstücke	3 021	2 827	3 791	3 268	2 960
zurückgestellte Schätzungen	569	615	454	274	155
geschätzte Grundstücke und zurückgestellte Schätzungen	3 590	3 442	4 245	3 542	3 115

Total Einsprachen	67	62	80	88	61
Einsprachequote der geschätzten Grundstücke	2.2 %	2.2 %	2.1 %	2.7 %	2.1 %
Rekurse	1	2	1	8	3
Weiterzug (Obergericht)	-	-	-	1	-



Amt für Immobilien

Offene Investitionskredite (Ende 2016)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilli- gungs- instanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
Kantonsschule Trogen Konviktsgebäude 2. Etappe	4'120'000	KR	X	4'120'000	4'120'000
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA Planung Möglichkeiten der Landreserve	160'000	RR	X	160'000	160'000
Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung	39'500'00	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4'300'000	RR	X	4'634'041	4'634'041
Haus I	9'000'000	RR	X	9'878'147	◇ 9'170'448
Haus III	6'000'000	RR		0	offen
Haus IV	6'100'000	RR	X	6'796'952	◇ 6'464'170
Haus V	1'855'000	RR		0	offen
Haus VI	3'350'000	RR		0	offen
Haus VIII (Freigabe Anteil Küche 1.+2.Etappe)	3'850'000	RR	X	4'441'994	4'441'994
Haus IX	2'450'000	RR	X	3'171'533	◇ 3'069'102
Haus XIII	2'000'000	RR	X	2'209'896	◇ 1'893'968
Trogen, Fünfeckpalast Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	583'000	KR	X	697'270	600'000
Strafanstalt Gmünden, Niederteufen Raumprovisorium Abteilung Strafvollzug	320'000	RR	X	320'000	◇ 309'187
Pensionskasse AR , St.Gallerstrasse 53/55, Rehetobel Instandstellung Aussenhülle, Verglasung Balkone, Sanierung von 3 Wohnungen	*1'450'000	PK	X	1'450'000	1'450'000
Ostschw. Konkordat , RehabilitationsZentrum Lutzenberg Neubau Werkstätten	*3'950'000	OK	X	3'950'000	3'950'000
Gemeinde Bühler , Mittleres Schulhaus, Hermoos 3 Sanierung	*3'700'000	VA	X	3'700'000	3'700'000

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = **abgerechnet**

RR = Regierungsrat

VA = Volksabstimmung

* = kein kantonales Bauvorhaben

KR = Kantonsrat

OK = Ostschweizerisches Konkordat



Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften

		Gebäude, Grund- stücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2016
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude	74	91	91		115 485 800
	Grundstücke ohne Gebäude	5				
	PZA, Anstalten, Schulen	43				167 259 200
	Baurechtsgrundstücke Spitäler	3				
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude	28	91	77	2	34 543 200
	Grundstücke ohne Gebäude	7			2	
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude	18	34	34		14 899 700
	Grundstücke ohne Gebäude	27			1	
	Baurechtsgrundstücke	2				
Pensionskasse AR	Grundstücke mit Gebäude	36	269	269		96 853 200
	Grundstücke ohne Gebäude	2				
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	11	9	6	10	5 182 000
Bestand 31.12.2016		256	494	477	15	434 223 100
Bestand 31.12.2015		256	494	477	15	434 470 516



Zugemietete Liegenschaften/Objekte

	Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Bürräume, Wohnungen	18	76	1 470 961
Archive, Lager	3	29	
Parkplätze	3	24	
Gewerbliche Objekte	7	7	148 376
Parkplätze		10	
Polizeiposten	3	3	49 628
Archive, Lager	1	4	
Parkplätze	3	5	
Garagen und Einstellplätze	2	69	123 000
Bestand 31.12.2016	40	227	1 791 965
Bestand 31.12.2015	38	225	1 744 525

* vermietbare Einheiten

Parkplatzbewirtschaftung

Insgesamt werden 333 Parkplätze für die kantonale Verwaltung (ausserhalb der Arbeitszeit für die Öffentlichkeit) durch das Amt für Immobilien bewirtschaftet.



Renditeliegenschaften Finanzvermögen (in Fr.) allgemein

Liegenschaft	Ort	Buchwert 01.01.2016	Nettomietzins Solleinnahmen pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Dorfplatz 5	Gais	1 998 000	129 532	6,48 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 770 000	225 152	5,97 %
Alpsteinstrasse 3809 (Pumpenhaus)	Herisau	13 700	890	6,50 %
Cilanderstrasse 24A	Herisau	340 000	22 140	6,51 %
Cilanderstrasse 7	Herisau	290 000	29 960	10,33 %
Spitalstrasse 4 (Verkauf per 28.07.2016)	Herisau	682 000	20 580	3,02 %
Huebstrasse 40A	Herisau	402 900	30 120	7,48 %
Huebstrasse 40B (Verkauf per 29.01.2016)	Herisau	154 300	10 800	7,00 %
Huebstrasse 49 (Verkauf per 01.04.2016)	Herisau	401 000	21 852	5,45 %
Industriestrasse 15	Herisau	463 000	15 240	3,29 %
Krombach 1	Herisau	462 900	35 280	7,62 %
Krombach 2	Herisau	221 100	15 480	7,00 %
Huebstrasse 34	Herisau	493 600	31 589	6,40 %
Kreuzstrasse 22	Herisau	2 392 000	168 315	7,04 %
Gmünden auf GB Nr. 1109	Niederteufen	674 900	33 500	4,96 %
Gmünden 1191	Niederteufen	420 000	26 400	6,29 %
St. Gallerstrasse 11	Rehetobel	1 088 000	65 280	6,00 %
Ebni 4	Teufen	2 125 000	138 132	6,50 %
Herisauerstrasse 36/Mooshalden 3	Waldstatt	24 000	700	2,92 %
Total		16 416 400	1 020 942	6,22 %



Renditeliegenschaften Finanzvermögen (in Fr.) vorsorglicher Erwerb

Liegenschaft	Ort	Buchwert 01.01.2016	Nettomietzins Solleinnahmen pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Hinterbissastrasse 68	Heiden	318 000	30 540	9,60 %
Alpsteinstrasse 26B	Herisau	315 000	24 300	7,71 %
Alpsteinstrasse 26C	Herisau	326 000	22 320	6,85 %
Alpsteinstrasse 30/32	Herisau	469 000	32 760	6,99 %
Cilanderstrasse 2 (Kauf per 01.01.2016)	Herisau	--	--	--
Degersheimerstrasse 3	Herisau	240 000	18 410	7,67 %
Gossauerstrasse 82 (Kauf per 23.02.2016)	Herisau	--	--	--
Industriestrasse 1	Herisau	647 000	41 640	6,44 %
Industriestrasse 3	Herisau	636 000	56 060	8,81 %
Schlossstrasse 5	Herisau	745 000	45 570	6,12 %
Schlossstrasse 14	Herisau	135 000	8 820	6,53 %
Dorf 4	Hundwil	223 000	9 924	4,45 %
Mooshaldenstrasse 26 (vormals 30)	Waldstatt	172 000	12 840	7,47 %
Mooshalden 541 auf GB Nr. 09	Waldstatt	50 000	12 000	24,00 %
Total		4 276 000	315 184	7,37 %

Renditeliegenschaften Miteigentum

	Buchwert 01.01.2016	Buchwert 01.01.2017
MEG Gutenberg I, Kasernenstr. 2/4 (2/12 Anteile)	4 707 800	4 707 800
MEG Gutenberg II, Gutenbergstrasse 2 (2/12 Anteile)	164 800	164 800
MEG Gutenberg III, Kasernenstrasse 6 (2/12 Anteile)	1 454 600	1 454 600
Total	6 327 200	6 327 200



Departement Bildung und Kultur

Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2012	2013	2014	2015*	2016
Kindergarten	955	983	990	1 033	1 067
Primarschule	3 127	2 999	2 960	2 942	2 971
Sekundarschule	1 802	1 707	1 644	1 567	1 498
Total	5 884	5 689	5 594	5 542	5 536

* Die Anzahl Lernender an der Volksschule im Rechenschaftsbericht 2015 war unzutreffend.

Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17
Attest Gesundheit und Soziales	14	20	24	22	16
Detailhandelsassistent/in	25	19	20	21	21
Detailhandelsfachmann/-frau	81	90	91	82	79
Elektroinstallateur/in	80	75	81	74	74
Fachfrau/-mann Gesundheit	105	114	118	123	136
Forstwart/in	48	45	53	46	55
Hauswirtschaftsjahr	10	-	-	-	-
Holzbearbeiter/in	-	11	7	9	4
Kaufmann/Kauffrau Profil B	26	34	31	26	21
Kaufmann/Kauffrau Profil E	124	113	105	103	111
Kaufmann/Kauffrau Profil M	85	93	96	97	79
Landwirte	31	38	24	-	-
Polymechaniker/in	85	73	72	69	82
Schreiner/in	104	106	115	116	104
Schreinerpraktiker/in	10	10	9	7	11
Zimmermann/Zimmerin	142	129	127	116	112
Brücke AR	75	76	78	68	78
Integration	-	-	-	-	22
Total	1 045	1 046	1 051	979	1 005



Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17
Sekundarschule	160	155	143	134	119
10. Schuljahr	19	12	-	-	-
Berufsfachschule Wirtschaft	43	37	40	44	36
Fachmittelschule	83	87	106	107	89
Gymnasium	388	389	370	358	341
Total	693	680	659	643	585

Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2014			2015			2016		
	♂	♀.	total	♂	♀.	total	♂	♀.	total
< 16 Jahre	105	118	223	132	162	294	112	132	244
16 – 24 Jahre	143	209	352	110	171	281	124	193	317
25 und mehr Jahre	73	144	217	59	93	152	77	99	176
Anzahl Ratsuchende	321	471	792	301	426	727	313	424	737
Anzahl Beratungssitzungen	460	658	1 118	477	658	1 135	466	591	1 057
Testdurchführungen	158	245	403	227	285	512	178	223	401

BIZ Besuche (Berufsinformationszentrum)

	2012	2013	2014	2015	2016
Besucher/innen	620	257	270	200	135
Anzahl Schulklassen im BIZ	29	2	4	-	2
Anzahl durchgeführte Klasseninformationen in den Schulhäusern	kein Angebot	kein Angebot	36	44	36



Berufsbildung: Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31.12.

	2013	2014	2015	2016
Gesamtbestand	1 423	1 420	1 400	1 358
neu abgeschlossene	566	550	531	544
aufgelöste	103	121	105	103

Berufsbildung: Lehrabschlussprüfungen; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2013	2014	2015	2016
aus Ausserrhoden	468	455	464	501
aus Innerrhoden	84	76	81	83
aus St.Gallen	51	43	53	46
Total geprüfte	603	574	598	630
davon bestanden	585	554	575	605
davon nicht bestanden	18	20	23	25



Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2012	2013	2014	2015	2016
Auszahlungen	53 250	113 000	128 000	78 000	57 000
Rückzahlung von Darlehen	152 080	208 911	106 712	87 953	78 146
ausstehende Darlehen (31.12.)	622 453	526 541	547 829	537 877	516 730

Stipendien; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2012	2013	2014	2015	2016
Sekundarstufe II	639 200	529 200	428 200	409 750	351 150
Tertiärstufe	1 077 950	1 131 200	1 083 700	1 009 850	1 081 900
Total	1 717 150	1 660 400	1 511 900	1 419 600	1 433 050

Schuldgifter für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2012	2013	2014	2015	2016
ausserkantonale Berufsschulen	7 017 224	7 474 168	7 270 452	7 319 620	7 158 929
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 836 048	2 784 745	2 719 518	2 622 410	2 728 823
Total	9 853 272	10 258 913	9 989 970	9 942 030	9 887 752



Studiengelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2012	2013	2014	2015	2016
Universitäten	6 454 630	6 528 620	6 860 390	6 843 552	6 625 587
Fachhochschulen	10 001 542	8 783 652	9 756 763	9 763 393	10 233 218
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	2 322 655	2 125 458	2 422 752	3 048 776	3 782 320
Total	18 778 827	17 437 730	19 039 905	19 655 721	20 641 125

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche und Stellungnahmen

	2012	2013	2014	2015	2016
Beitragsgesuche	75	59	78	66	78
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	193	188	203	184	195 ¹⁾

1) 18 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben. 177 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.

Denkmalpflege; Entwicklung Beiträge (in Fr.)

	2012	2013	2014	2015	2016
Kanton	923 371	949 153	954 388	664 690	797 382
Bund	210 500	305 593	392 040	211 812	569 336
Gemeinde	802 338	689 568	1 320 212	642 732	1 143 656
Total	1 936 209	1 944 314	2 666 640	1 519 234	2 510 374



Departement Gesundheit und Soziales

Kantonsärztlicher Dienst

Stationäre Versorgung (Somatik, Rehabilitation): Kostengutsprache gesuche

	2011	2012 ¹⁾	2013	2014	2015	2016
bewilligte Gesuche ohne Tarifeinschränkung	2 109	1 813	1 882	2 022	2 017	2 103
bewilligte Gesuche mit Einschränkung der Kostenbeteiligung auf Referenztarif Kanton	-	518	407	382	446	563
abgelehnte Gesuche/nicht Eintreten	490	216	83	90	106	94
Total Gesuche	2 599	2 547	2 372	2 494	2 569	2 760

¹⁾ Einführung DRG/Fallpauschalen

Total Hospitalisationen (Somatik, Rehabilitation, Psychiatrie), inkl. UV-, MV- und IV- Fälle

Behandlung im Kanton	5 478	5 679	5 613	5 663	k.A.	k.A.
Anzahl Hospitalisationen	8 757	8 813	8 995	9 338	k.A.	k.A.

Quelle: Medizinische Statistiken der Krankenhäuser; Bundesamt für Statistik (BfS)

Quelle: Medizinische Statistiken der Krankenhäuser; Bundesamt für Statistik (BfS)

²⁾ Seit 2012 werden die zivilrechtlichen Wohnsitze sämtlicher Patientinnen und Patienten geprüft.

Stationäre Versorgung (Somatik, Rehabilitation): Kostengutsprache gesuche

³⁾ Daten der medizinischen Statistik 2015 und 2016 werden zu einem späteren Zeitpunkt durch das BfS bereitgestellt.

Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen

	2014	2015	2016
Bewilligungen nach Bundesrecht	533	576	594
Bewilligungen nach kantonalem Recht	561	586	594
Total	1 094	1 162	1 188



Bewilligungen nach Bundesrecht

	2014	2015	2016
Ärzte/Ärztinnen mit Praxisbewilligung	327	351	367
Zahnärzte/-ärztinnen	87	89	95
Apotheker/-innen	13	15	18
Chiropraktoren/Chiropraktorinnen	1	1	1
Psychologen/-innen	61	68	63
Tierärzte/-ärztinnen	44	52	50
Total	533	576	594

Bewilligungen nach kantonalem Recht

	2014	2015	2016
Heilpraktiker/-innen	248	253	251
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	80	80	82
Hebammen	39	41	46
medizinische Masseur/-innen	41	42	43
dipl. Pflegefachpersonen (ausserhalb von Spitälern/Kliniken)	26	30	29
Drogisten/Drogistinnen	15	15	16
Meldungen von ärztlichen Gesundheitsfachpersonen in Ausbildung (Praktika; Assistenz-Aerztinnen/Aerzte)	81	91	93
übrige Gesundheitsfachpersonen	31	34	34
Total	561	586	594

Anmerkung: Eine Gesundheitsfachperson kann mehrere Bewilligungen besitzen (d.h. die Zahl der Gesundheitsfachpersonen liegt unter dem Total der Anzahl der Bewilligungen). Auch angestellte Gesundheitsfachpersonen verfügen über eine Berufsausübungsbewilligung (d.h. die Zahl der Bewilligungen entspricht nicht der Zahl der Betriebe).



Institutionenbewilligungen

	2014	2015	2016
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7	7	7
Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex) <i>{getrennte Erfassung ab 2016}</i>			16
Behinderten- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alters- und Pflegeheime	54	52	50
übrige Institutionen	105	105	93
Total	166	164	166

Institutionenbewilligungen: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

Inspektionen durch die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

	2012	2013	2014	2015	2016
bei Heilpraktiker/-innen	28	27	20	27	18
bei Zahnarzt/-ärztinnen	13	9	8	6	6
in ärztlichen Praxen	4	12	10	7	8
bei Apotheken und Drogerien	10	4	5	5	15
weitere Praxen	24	16	9	10	9
andere Inspektionen ¹⁾	6	8	25	26	15
Total	85	76	77	81	71

¹⁾Abklärungen/Inspektionen im Rahmen der Heilmittel-, Betäubungsmittel- oder Medizinalproduktegesetzgebung und/oder von Berufsausübungen.



Beratungsstelle für Suchtfragen

Beratungen

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Beratungen	160	175	161	135	138	181
Kurzberatung (bis 3 Stunden)	105	98	97	77	111	94
Total	265	273	258	212	249	275

Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als drei Stunden Aufwand)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Männer	101	110	102	91	100	129
Frauen	39	50	45	40	35	48
Paare	20	15	14	4	3	4
Total	160	175	161	135	138	181

Beratungen; aufgeteilt nach Substanzen (mehr als drei Stunden Aufwand)

Beratungen; aufgeteilt nach Substanzen (mehr als drei Stunden Aufwand)

Alkohol	79	85	82	76	75	98
Cannabis	33	30	28	19	26	40
Drogen (exkl. Cannabis)	33	46	40	24	26	24
Rauchstopp	4	-	1	1	-	1
diverse	11	14	10	16	11	18
Total	160	175	161	136	138	181



Veterinärämtesverband

Inspektionen Betriebs - und Schlachthygiene

	2012	2013	2014	2015	2016
bewilligte Schlachtbetriebe	11	11	9	9	9
Inspektionen	8	4	1	9	8
Beanstandungen	31	10	7	50	39

Fleischuntersuchungen; Schlachtungen total

	2012	2013	2014	2015	2016
Kühe/Rinder	671	676	594	507	538
Kälber	8	3	10	7	3
Schafe	420	468	549	531	477
Ziegen	222	231	284	226	165
Schweine	2 093	2 004	1 803	1 709	1 858
Pferde	3	2	60	100	98
Lamas, Alpakas	1	4	1	7	7
Total	3 418	3 388	3 301	3 087	3 146

Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2012	2013	2014	2015	2016
Kühe/Rinder	535	502	437	374	406
Kälber	5	3	7	4	2
Schafe	412	468	546	529	475
Ziegen	222	231	283	225	164
Schweine	2 083	1 995	1 795	1 703	1 853
Pferde	3	1	60	99	98
Lamas, Alpakas	1	4	1	7	7
Total	3 261	3 204	3 129	2 941	3 005



Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2012	2013	2014	2015	2016
Kühe/Rinder	136	174	157	133	132
Kälber	3	-	3	3	1
Schafe	8	-	3	2	2
Ziegen	-	-	1	1	1
Schweine	10	9	8	6	5
Pferde	-	1	-	1	-
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
Total	157	184	172	146	141

Rückstandsuntersuchungen

	2012		2013		2014		2015		2016	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	10	-	10	-	10	-	6	-	10	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch	10	2	10	-	10	-	-	-	-	-
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	64	-	73	4	47	7	27	-	27	2
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	12	-	12	-	12	-	18	-	20	-
Total	96	2	105	4	79	7	51	-	57	2

K = Kontrolle

B = Beanstandungen



Asyl und Integration

Unterbringung Kanton

	2015	2016	2015	2016	2015	2016	Differenz
zentrale Unterbringung	94	49	2	11	96	60	- 36
Unterbringung Gemeinden	213	205	114	133	327	338	+ 11
Total	307	254	116	144	423	398	- 25

Zentrale Unterbringung

Unterbringung Gemeinden



Zentrale Unterbringung

	2015	2016	2015	2016	2015	2016	Differenz
Unterbringung Zentren	64	17	-	8	64	25	- 39
Nothilfestruktur	11	10	-	-	11	10	- 1
diverse Unterbringungsfälle ¹⁾	19	22	2	3	21	25	+ 4
Total	94	49	2	11	96	60	- 36

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen

Entwicklung Zuweisungen

	2012	2013	2014	2015	2016
Anwesend am 01.01.	233	298	289	294	423
Zugänge	232	191	225	339	148
Erledigungen	167	200	220	210	173
Anwesend am 31.12.	298	289	294	423	398
Veränderung	+ 65	- 9	+ 5	+ 129	- 25

Zugänge

	2012	2013	2014	2015	2016
Bundes-Zuweisungen	216	174	169	293	91
Zuzüge aus anderen Kantonen	-	1	3	-	3
Geburten	9	6	5	11	18
vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	7	10	49	35	36
Total	232	191	226	339	148

* Aufgrund der beiden temporären Bundesverfahrenszentren in Heiden und Herisau, deren Belegung dem Kanton angerechnet wurden, hat der Bund Appenzell Ausserrhoden 142 Asylsuchende weniger zugewiesen.



Erledigungen



Departement Bau und Volkswirtschaft

Departementssekretariat

Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2012	2013	2014	2015	2016
Pendenzen vom Vorjahr	37	28	50	67	69
Eingänge	53	82	132	77	72
Erledigungen	62	60	115	75	59
Pendent Ende Jahr	28	50	67	69	82

Wohnbaustatistik

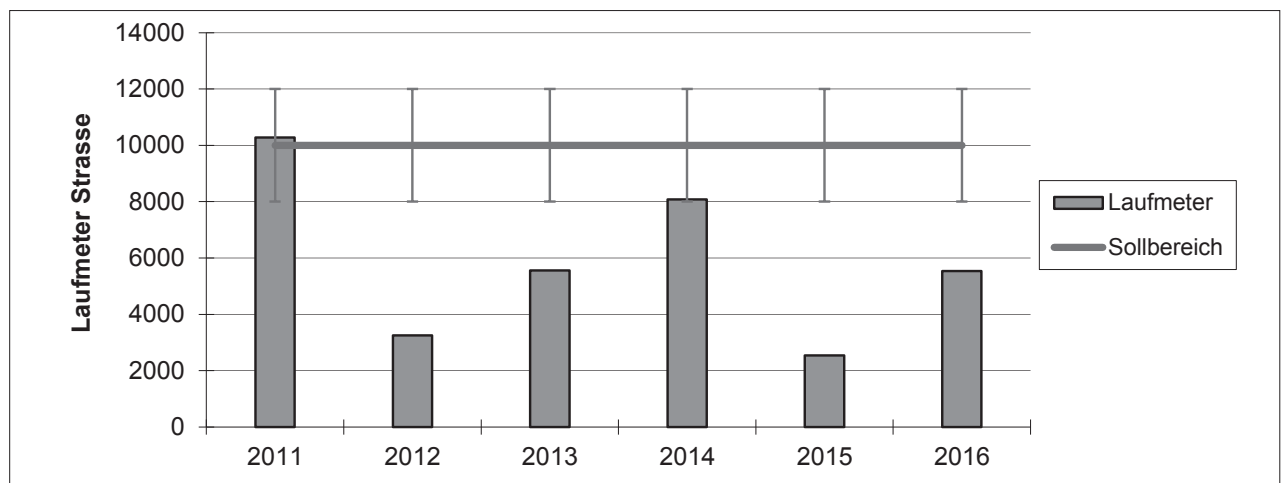
	2014	2015	2016
Baubewilligte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	291	463	398
Im Bau befindliche Wohnungen (Ende Jahr, kantonsweit)	328	457	371
Neu erstellte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	394	253	312

Quelle: Ausserrhoder Gemeinden

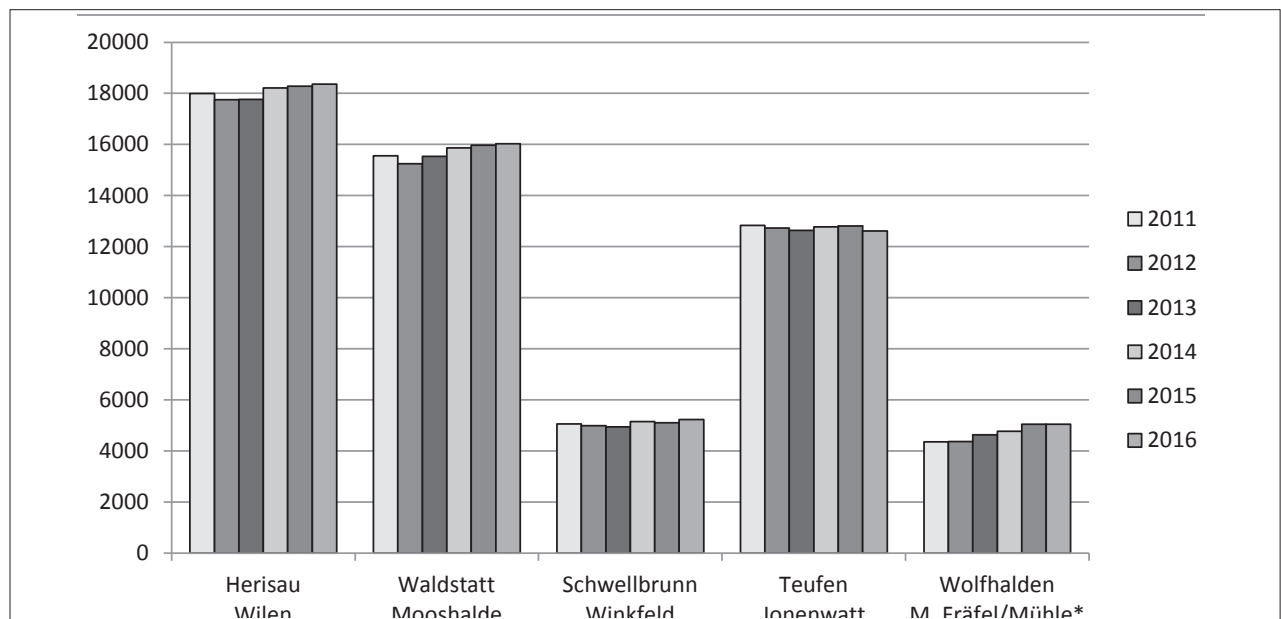


Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik Kantonsstrassennetz



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)

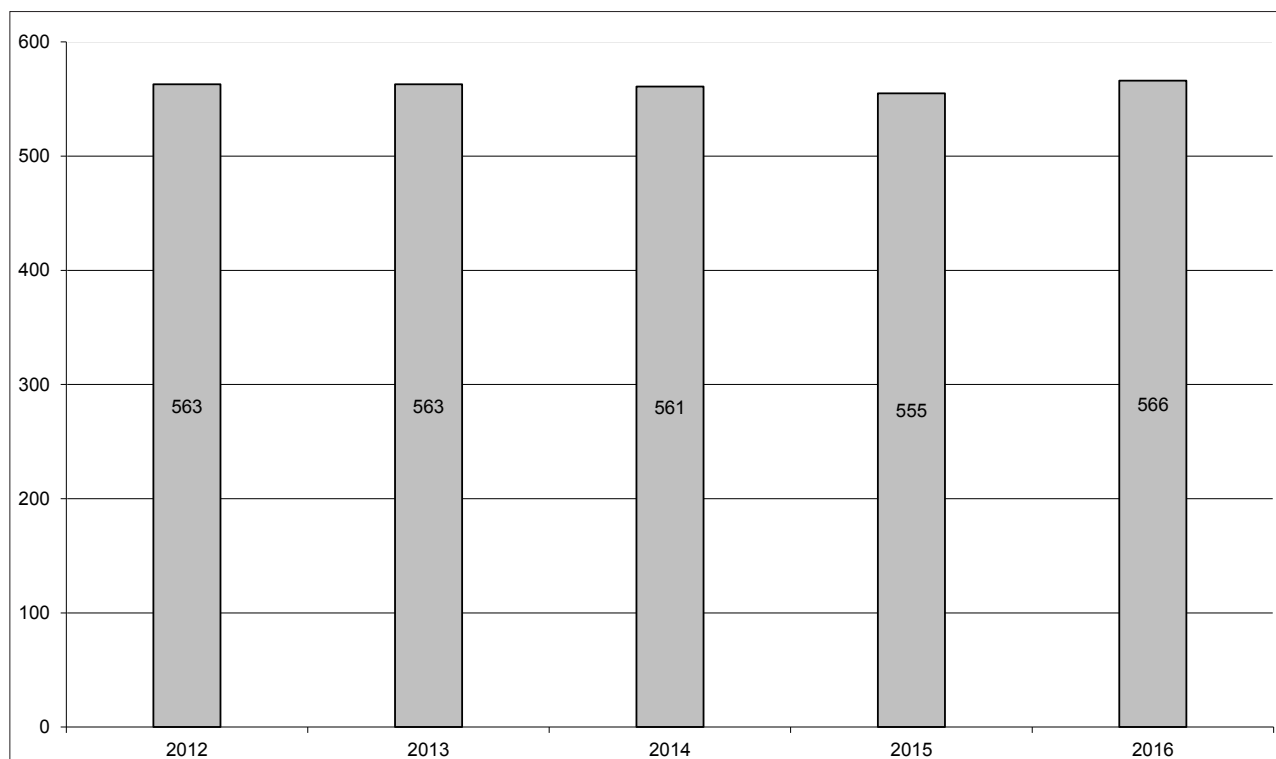


* Messstelle wegen Bauarbeiten ausser Betrieb ab Mai 2016. DTV anhand von Ganglinien hochgerechnet.



Amt für Raum und Wald

Anzahl bearbeitete Baugesuche (ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbilschutzzonen)





Jagdverwaltung

Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2012	2013	2014	2015	2016
Schwarzwild	-	-	-	2	-
Rotwild (Hirsche)	26	42	27	47	52
Gamswild	13	11	5	10	7
Rehwild	494	511	459	471	516
Total	533	564	491	530	575

Patente

	2012	2013	2014	2015	2016
Niederjagdpatente	137	140	143	152	146
Hochjagdpatente	55	57	53	62	59
Jagdstraffälle	-	7	1	5	1



Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: ausbezahlte Beiträge in Fr.

	2012	2013	2014	2015	2016
Thermische Solaranlagen	137 436	106 570	84 244	45 936	50 743
Photovoltaik-Anlagen	851 085	550 043	118 868	7 500	1 650
Holzfeuerungen	59 000	561 100	34 500	28 500	40 500
Wärmenetzanschlüsse	89 400	134 200	95 700	77 000	12 600
Erdsonden-Wärmepumpe	150 000	100 000	64 000	42 000	74 000
Minergie-Gebäude	304 200	172 010	262 870	103 630	20 000
Gebäudehüllen-Sanierung	434 790	397 130	455 850	145 000	10 000
Diverse Massnahmen	25 500	36 520	50 468	4 430	7 500
Total	2 051 411	2 057 573	1 166 500	453 996	216 993
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	1 642 565	1 564 905	1 220 995	1 016 655	797 230

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2012	2013	2014	2015	2016
Thermische Solaranlagen	72	54	38	25	22
Photovoltaik-Anlagen	120	100	29	2	1
Holzfeuerungen	25	18	15	8	14
Wärmenetzanschlüsse	39	51	39	31	6
Erdsonden-Wärmepumpe	28	18	12	8	14
Minergie-Gebäude	26	20	28	11	3
Gebäudehüllen-Sanierung	101	62	60	14	1
Diverse Massnahmen	9	6	14	4	6
Total	420	329	235	103	67
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	445	395	353	306	279



Amt für Wirtschaft und Arbeit

Entwicklung Anzahl Beschäftigte (B) und Vollzeitäquivalente (VZA) nach Wirtschaftszweigen und Gemeinden

	1. Sektor			2. Sektor			3. Sektor			Total		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Herisau												
B	232	234	236	2 859	2 900	2 972	6 133	6 265	6 324	9 224	9 399	9 532
VZA	147	151	152	2 644	2 672	2 737	4 474	4 691	4 665	7 265	7 514	7 554
Hundwil												
B	141	138	139	34	41	46	260	274	257	435	453	442
VZA	99	101	99	30	37	39	171	181	176	300	318	318
Schönengrund												
B	48	49	52	24	19	35	59	80	70	131	148	157
VZA	36	36	35	20	15	27	42	54	48	98	105	110
Schwellbrunn												
B	155	151	157	64	66	79	219	226	238	438	443	474
VZA	115	111	112	58	59	69	141	164	154	314	334	335
Stein												
B	87	88	87	67	70	79	301	306	331	455	464	497
VZA	61	62	63	60	60	65	193	199	215	314	321	343
Urnäsch												
B	200	198	205	283	255	288	559	535	540	1 042	988	1 033
VZA	139	139	142	238	213	236	382	370	373	759	722	751
Waldstatt												
B	59	59	57	530	546	548	272	329	337	861	934	942
VZA	40	40	39	492	506	507	179	208	238	711	754	784
Bühler												
B	54	58	55	383	367	372	255	263	209	692	688	636
VZA	37	40	39	342	323	325	174	186	152	553	549	516
Gais												
B	106	115	114	346	357	361	809	801	794	1 261	1 273	1 269
VZA	78	80	80	302	315	311	557	565	542	937	960	933
Speicher												
B	69	60	65	225	225	245	744	727	776	1 038	1 012	1 086
VZA	47	43	44	197	191	203	521	522	538	765	756	785
Teufen												
B	118	119	122	464	473	472	2 057	2 107	2 259	2 639	2 699	2 853
VZA	74	69	73	415	420	422	1 443	1 505	1 586	1 932	1 994	2 081



	1. Sektor			2. Sektor			3. Sektor			Total		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Trogen												
B	59	60	60	116	119	123	672	720	715	847	899	898
VZA	40	41	37	101	107	110	495	534	528	636	682	675
Grub												
B	46	46	49	70	64	54	172	180	172	288	290	275
VZA	30	31	33	59	55	48	116	126	117	205	212	198
Heiden												
B	75	68	65	856	830	849	1 741	1 885	1 960	2 672	2 783	2 874
VZA	49	41	39	798	772	780	1 263	1 391	1 418	2 110	2 204	2 237
Lutzenberg												
B	28	27	22	74	69	70	203	190	195	305	286	287
VZA	18	18	14	64	59	57	145	136	137	227	213	208
Rehetobel												
B	52	53	57	110	108	113	356	344	340	518	505	510
VZA	34	33	34	84	89	91	257	270	244	375	392	369
Reute												
B	33	28	29	32	36	35	135	148	145	200	212	209
VZA	22	20	19	25	30	29	90	98	97	137	148	145
Wald												
B	59	59	53	146	148	148	108	110	92	313	317	293
VZA	37	38	36	126	129	134	67	69	59	230	236	229
Walzenhausen												
B	55	47	53	339	336	337	885	891	883	1 279	1 274	1 273
VZA	31	27	33	314	308	303	620	632	628	965	967	964
Wolfhalden												
B	60	48	51	476	473	462	275	284	272	811	805	785
VZA	36	30	30	442	432	421	197	207	195	675	669	646
Total B	1 736	1 705	1 728	7 498	7 502	7 688	16 215	16 665	16 909	25 449	25 872	26 325
Total VZA	1 170	1 151	1 153	6 811	6 792	6 914	11 527	12 108	12 110	19 508	20 050	20 181

Quelle: STATENT Bundesamt für Statistik, Rundungsdifferenzen möglich, provisorische Daten der Vorjahre werden nachgeführt.



Gastgewerbe

Gemeinde	Anzahl Betriebe					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Urnäsch	27	25	25	25	26	24
Herisau	122	113	115	114	119	102
Schwellbrunn	18	17	17	18	18	17
Hundwil	16	14	14	14	15	12
Stein	15	13	12	12	12	10
Schönengrund	7	7	7	7	7	6
Waldstatt	13	11	11	10	11	- 10
Teufen	33	31	31	31	33	29
Bühler	15	15	15	16	15	14
Gais	29	25	25	23	25	19
Speicher	26	20	20	20	22	21
Trogen	16	14	14	13	14	12
Rehetobel	18	18	18	17	17	13
Wald	7	7	7	7	7	5
Grub	8	6	7	7	8	5
Heiden	38	35	33	33	34	32
Wolfhalden	15	15	15	15	15	13
Lutzenberg	6	3	3	3	3	4
Walzenhausen	15	13	14	15	15	13
Reute	9	9	8	8	8	4
Total	453	411	411	408	424	365



Arbeitsinspektorat

Bereich ArG/UVG		2014	2015	2016
Anzahl	Betriebsbesuche	104	109	101
	bearbeitete Planbegutachtungen und Plangenehmigungen	169	186	180
	diverse Geschäfte	72	58	57
Anzahl Beratungs-gespräche	Total	166	174	172
	Mobbing	1	4	13
	sexuelle Belästigung	0	1	0

Bereich Flankierende Massnahmen/Arbeitsmarkt		2014	2015	2016
Anzahl	Meldungen	1872	2446	2575
	Kontrollen	105	107	107
	kontrollierte Personen	267	229	315
	abgeschlossene Fälle	126	89	171

Bereich Schwarzarbeit		2014	2015	2016
Anzahl	Kontrollen	60	79	60
	kontrollierte Personen	211	185	253
	vermutete Fälle von Schwarzarbeit	16	34	39
	abgeschlossene Fälle	67	81	48



Handelsregister

Bestand

	2012	2013	2014	2015	2016
Einzelunternehmen	1 089	1 102	1 104	1 078	1 098
Personengesellschaften	68	66	62	60	56
AG	1 875	1 979	2 028	2 068	2 094
GmbH	1 299	1 360	1 444	1 482	1 526
Genossenschaften	54	56	56	52	51
Vereine	26	27	32	37	40
Stiftungen	131	131	128	129	132
besondere Rechtsformen	3	4	5	5	5
Zweigniederlassungen	107	105	104	104	108
Total	4 652	4 830	4 963	5 015	5 110
Veränderung		+ 3,8 %	+ 2,8 %	+ 1,0 %	+ 1,9 %

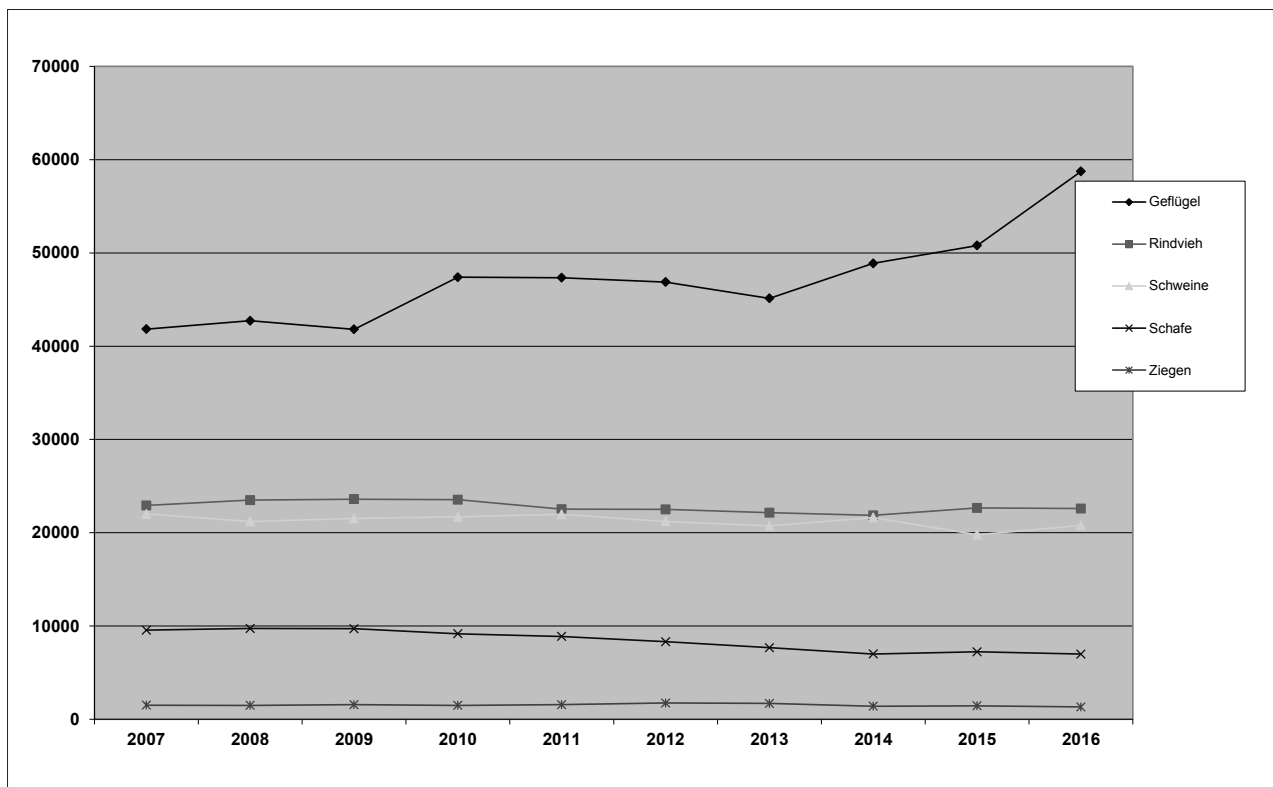
Eintragungen und Löschungen

	2012	2013	2014	2015	2016
Eintragungen Handelsregister	518	487	468	447	407
Löschungen	297	309	335	395	312
Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden	221	178	133	52	95



Amt für Landwirtschaft

Entwicklung Tierbestände





Arbeitslosenversicherung

RAV-Statistik

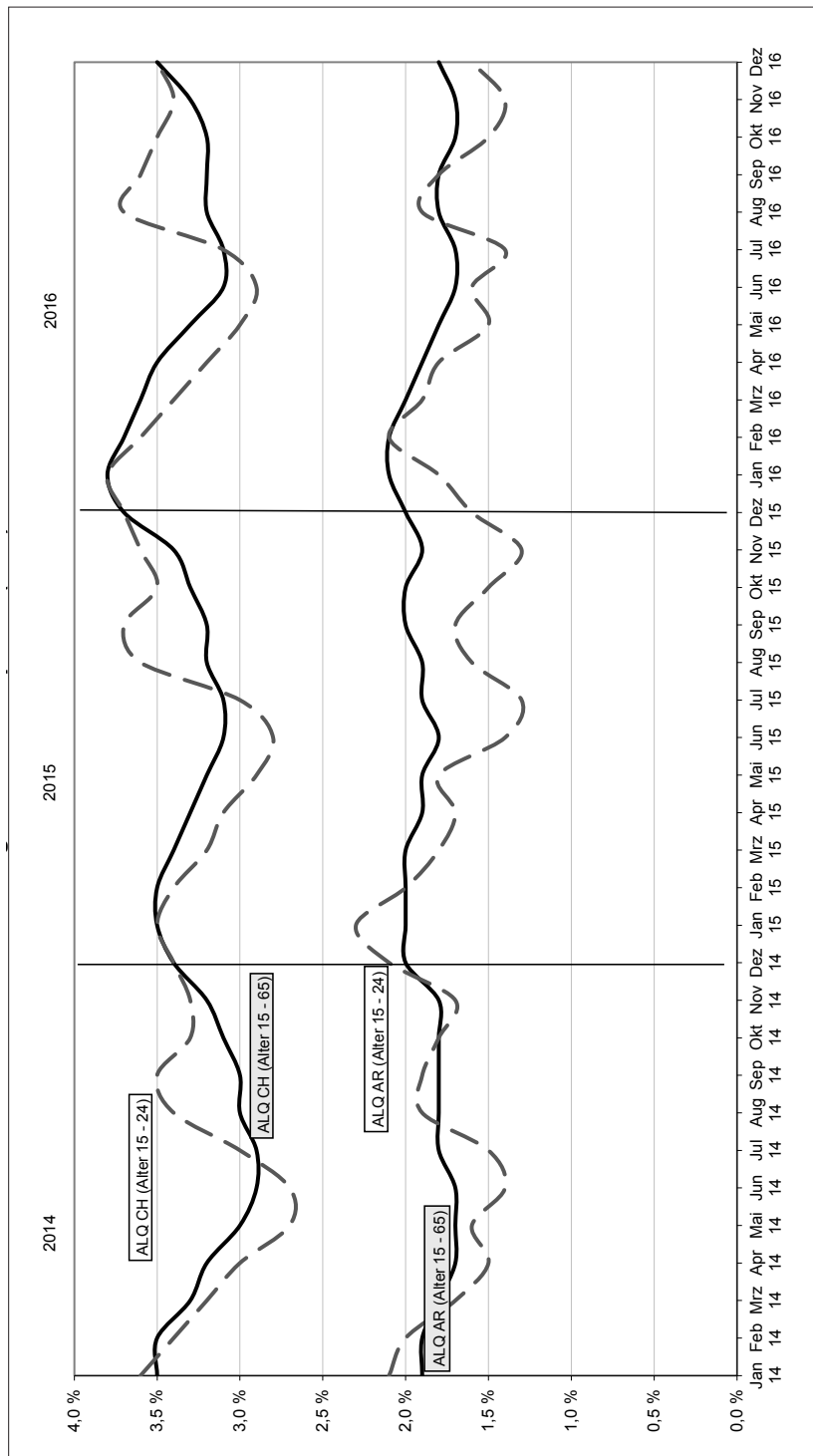
	2012	2013	2014	2015	2016
Ø Stellensuchende	842	836	865	928	952
Ø Arbeitslosenquote	1,6 %	1,7 %	1,8 %	1,9 %	1,8 %
Ø Personalbestand RAV ¹⁾	11,6	11,7	12,1	13,2	12,3
durchgeführte Beratungsgespräche	6 749	6 510	6 785	7 189	7 314
vermittelte Dauerstellen	56	61	79	80	80
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienste	71	39	50	57	55
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	481	514	544	498	544
Stellenmeldungen	266	355	336	381	607
Ø Bezugstage bis Abmeldung pro stellensuchende Person	156	145	152	151	²⁾ 149
neu ausgesteuerte Personen	150	147	157	162	²⁾ 150

¹⁾ Vollstellen

²⁾ provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)



Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)





Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmende

	2012	2013	2014	2015	2016
Januar	297	241	150	24	185
Februar	319	283	266	32	183
März	254	249	157	64	76
April	157	133	29	52	126
Mai	136	29	28	53	76
Juni	147	21	20	53	116
Juli	12	3	6	2	89
August	-	3	6	147	69
September	243	15	6	19	75
Oktober	130	114	5	129	93
November	274	161	2	123	122
Dezember	250	169	6	190	197
Total	2 219	1 421	681	888	1 407

Auszahlung Arbeitslosenentschädigung (in Fr.)

	2012	2013	2014	2015	2016
Arbeitslosenentschädigung	16 683 824	18 808 326	19 026 164	20 204 806	20 544 167
Kurzarbeitsentschädigung	1 978 037	1 669 985	780 794	552 843	1 243 980
Schlechtwetterentschädigung	469 520	440 451	50 496	243 569	40 078
Insolvenzenschädigung	89 677	111 023	47 171	23 458	89 140
Präventivmassnahmen	500 939	663 982	649 814	444 342	792 431
Total	19 721 997	21 693 767	20 554 439	21 469 018	22 709 796



Departement Inneres und Sicherheit

Bevölkerung des Kantons 1980, 1990, 2000, 2012 - 2015

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration 1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000; 2012 - 2015: Stand 31. Dezember (STATPOP).

Appenzell Ausserrhoden

	1980	1990	2000	2012	2013	2014	2015
Hinterland	21 545	23 805	24 248	23 540	23 729	23 883	24 174
Mittelland	14 392	15 373	15 623	16 560	16 654	16 775	16 862
Vorderland	11 674	13 051	13 633	13 338	13 308	13 406	13 507
Total	47 611	52 229	53 504	53 438	53 691	54 064	54 543

Hinterland

	1980	1990	2000	2012	2013	2014	2015
Umäsch	2 258	2 431	2 336	2 241	2 245	2 230	2 247
Herisau	14 160	15 624	15 882	15 222	15 342	15 512	15 721
Schwellbrunn	1 142	1 438	1 468	1 476	1 492	1 477	1 531
Hundwil	943	1 035	1 038	974	976	989	962
Stein	1 198	1 314	1 355	1 357	1 375	1 387	1 406
Schönengrund	404	434	459	492	509	510	524
Waldstatt	1 440	1 529	1 710	1 778	1 790	1 778	1 783
Total	21 545	23 805	24 248	23 540	23 729	23 883	24 174

Mittelland

	1980	1990	2000	2012	2013	2014	2015
Teufen	5 027	5 252	5 535	5 975	6 038	6 112	6 165
Bühler	1 640	1 628	1 598	1 705	1 702	1 704	1 705
Gais	2 388	2 662	2 770	3 018	3 052	3 081	3 073
Speicher	3 484	3 789	3 853	4 183	4 166	4 179	4 215
Trogen	1 853	2 042	1 867	1 679	1 696	1 699	1 704
Total	14 392	15 373	15 623	16 560	16 654	16 775	16 862

Vorderland

	1980	1990	2000	2012	2013	2014	2015
Rehetobel	1 416	1 688	1 742	1 709	1 731	1 725	1 729
Wald	695	851	881	843	832	856	844
Grub	833	1 019	1 038	1 021	1 020	1 016	1 008
Heiden	3 620	3 885	4 063	4 012	4 031	4 082	4 151
Wolfhalden	1 632	1 713	1 689	1 720	1 727	1 741	1 775
Lutzenberg	880	1 083	1 323	1 254	1 253	1 258	1 254
Walzenhausen	2 004	2 152	2 181	2 106	2 052	2 054	2 054
Reute	594	660	716	673	662	674	692
Total	11 674	13 051	13 633	13 338	13 308	13 406	13 507



Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

	2012	2013	2014	2015	2016
Personenwagen	29 906	30 491	31 036	30 998	31 786
Personentransportfahrzeuge	460	499	535	535	593
Sachentransportfahrzeuge	2 219	2 314	2 373	2 408	2 525
Landwirtschaftsfahrzeuge	2 279	2 301	2 316	2 309	2 348
Industriefahrzeuge	555	562	567	562	588
Motorräder	5 396	5 463	5 470	5 250	5 584
Anhänger	3 504	3 579	3 660	3 623	3 765
Total	44 319	45 209	45 957	45 685	47 189
Veränderung		+ 2,01 %	+ 1,65 %	- 0,59 %	+ 3,29 %

Quelle: Statistik als Vereinigung der Strassenverkehrsämter



Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Rekrutenaushebung

	2013	2014	2015	2016
Diensttauglich	247	252	256	254
Schutzdiensttauglich	44	45	40	40
Untauglich	36	49	52	56
Total Stellungspflichtige	327	346	348	350
davon Diensttauglich	76 %	73 %	74 %	73 %

Schiesswesen ausser Dienst / Bundesprogramm

	2013	2014	2015	2016
Bundesprogramm 300 m	1 531	1 544	1 493	1 537
Bundesprogramm 50 m / 25 m	141	97	82	107
Total	1 672	1 641	1 575	1 644
davon disziplinarische Bestrafung	43	39	47	54

Schiesswesen ausser Dienst / Feldschiessen

	2013	2014	2015	2016
Feldschiessen 300 m	793	778	713	877
Feldschiessen 50 m / 25 m	163	120	98	184
Jungschützen	76	66	66	80



Kontrollführung

	2013	2014	2015	2016
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 075	4 008	3 906	3 766
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	163	195	181	156

Wehrpflichtersatzabgabe

	2013	2014	2015	2016
Ersatzpflichtige	1 659	1 569	1 597	1 612
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	870 170	736 555	720 399	785 320
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	217 543	184 139	180 100	196 330

Zivilschutz

	2013	2014	2015	2016
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	78	46	32	20
geleistete Dienstage	4 710	3 814	3 185	5 011
Belegungstage Ausbildungszentrum Herisau	230	269	233	253
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	18	27	15	13

